Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Dezember 2025

23. Jahrgang - Ausgabe 123

Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt: Feminismus heißt Antimilitarismus

Militär.Macht.Gender
Bundeswehreinsatz in Wokistan
Kriegsmatrix – KI-Kriegsführung
„Sicherheitsrisiko“ psychiatrische Diagnosen
Das Ende der Konversion

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Thinking of You by Alketa Xhafa Mripa, Foto von Roel Wijnants über Flickr. Siehe auch das Editorial.

Schwerpunkt

Editorial – **Jacqueline Andres und Reza Schwarz** – 3
Militär.Macht.Gender – **Margot Mehlis** – 4
Patriachat entwaffnen – **Provisorischer anarchistischer Antikriegsrat Berlin** – 8
Zwischen Regenbogen und Tarnfarbe – **Victoria Kropp** – 10
Bundeswehreinsatz in Wokeistan – **Reza Schwarz** – 12
Feminismus in Tarnfarben – Die mediale Fantasie der kämpfenden Frau – **Robin Welsch** – 15
Überleben in dieser apokalyptischen Zeit – **Interview mit Farah Salka** – 17
Deutsche Feministische Außenpolitik? – Eine Bilanz – **Jacqueline Andres** – 20
Kriegsmatrix – KI-Kriegsführung – **Jutta Weber** – 25

Magazin

Proteste & Widerstand

Den Betrieb entrüsten - Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit – **Marcus Schwarzbach** – 28
Kriegstüchtig: Der Kölner Kessel und die Berichterstattung – **Christoph Marischka** – 30
Friedensorganisationen starten Abrüstungsappell – **Marius Pletsch** – 33
Den Druck hoch halten – **Pablo Flock** – 34

Innere „Sicherheit“

Psychiatrische Diagnosen als „Sicherheitsrisiko“ – **Reza Schwarz** – 39
Hobbits gegen Palantir – **Pablo Flock** – 43

Drohnen und Beschaffung

Drohnenwälle aus Bayern – **Franz Enders** – 47
The New Spirit – **Christoph Marischka** – 49
Fregatte versenkt – Das F-126-Fiasko – **Jürgen Wagner** – 54

Militärische Infrastruktur

Militärische Mobilität: Korridore der Aufrüstung – **Jonathan Jokisch** – 57
Das Ende der Konversion – **Jürgen Wagner** – 62

NATO & EU

Die NATO in der Arktis – **Ben Müller** – 66
Europas Rüstungsfahrplan 2030 – **Özlem Alev Demirel** und **Jürgen Wagner** – 68

Editorial

von Jacqueline Andres und Reza Schwarz

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 entbrannte eine Diskussion darüber, ob Waffenlieferungen an die Ukraine, d.h. in ein Kriegsgebiet, feministisch seien oder nicht. Diese Debatte fand immer wieder auch in den Diskussionsrunden im Anschluss an Vorträge von der IMI statt. Dabei glaubten Einzelne immer wieder an eine Unvermeidbarkeit des Krieges und an eine feministische Legitimation der Waffenlieferungen. Ähnlich tönte es aus dem Auswärtigen Amt: Auch die Leitlinien der feministischen Außenpolitik des Auswärtigen Amtes, die im März 2023 veröffentlicht wurden, trennten den Feminismus vom Pazifismus und erklärten Waffenlieferungen und militärische Mittel für – feministisch – notwendig. Damals, im Jahr 2023, analysierten Yasmina Dahm und Jacqueline Andres die Leitlinien für die IMI und begannen, Vorträge unter dem Titel "Feminismus heißt Antimilitarismus" zu halten. Uns, wie vielen Mitstreitenden und Wissenschaftler*innen bundes- und auch weltweit war es wichtig, gegen die Militarisierung von Feminismus für Krieg einzustehen, die Debatte dazu anzuregen, sich mit der Bedeutung von Feminismus auseinanderzusetzen und die progressive Rahmung von Kriegen argumentativ auseinanderzunehmen. Die progressive Rahmung, d.h. die Behauptung, Kriege seien z.B. humanitär oder feministisch, verpufft oftmals von selbst. Der Krieg in Afghanistan wurde in der BRD u.a. durch den Kampf für die Frauenrechte legitimiert. Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan", den der Bundestag im Januar 2025 veröffentlichte, fand eine Evaluierung der Entwicklung der Frauenrechte, für die die Bundeswehr angeblich in den Krieg zog, keinen Platz. Vermutlich, weil der Krieg die Lage der Frauenrechte und die Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung verschlechterte. Vermutlich auch, weil den deutschen Regierungen die Lage der Frauen nie wichtig war. Ein Desinteresse, das bis heute nachwirkt: So können viele besonders gefährdete afghanische Frauen trotz Aufnahmezusage aus Deutschland noch immer nicht einreisen.

Die Schwerpunktredaktion dieser Ausgabe freut sich, mit den hier veröffentlichten Beiträgen einen kleinen Beitrag zu den feministischen antimilitaristischen Argumenten und Analysen zu leisten. Im Gegensatz zu den meisten Ausgaben der Zeitschrift sind in dieser Schwerpunktausgabe nur Beiträge von Frauen und queeren Personen zu lesen. Sie ist als Anstoß gedacht, die Zusammenhänge von Feminismus und Antimilitarismus zu durchdenken – warum Feminismus antimilitaristisch ist und Antimilitarismus feministisch.

Das Titelbild zeigt die Ausstellung „Thinking of you" der Künstlerin Alketa Xhafa Mripa in Den Haag im Jahr 2024, die allen Überlebenden von sexualisierter Gewalt gewidmet ist. Zunächst füllte Mripa 2015 mit rund 5.000 Kleidern das Fußballstadion in Prishtina, Kosovo. Frauen aus ganz Kosovo spendeten dafür Kleider, viele von ihnen zählen selbst zu den rund 20.000 Überlebenden sexualisierter Gewalt in Kriegszeiten in Kosovo, manche spendeten die Kleider, die sie trugen, als sie vergewaltigt wurden. Die Ausstellung diente laut der Künstlerin dazu, das Schweigen über Vergewaltigungen in Kriegen zu brechen, den Überlebenden zu sagen, dass an sie gedacht wird, dass sie nichts falsch gemacht haben, und ihnen die Möglichkeit zu geben, loszulassen.

In dieser Ausgabe analysiert Jacqueline Andres, wie Militärstrukturen Gendernormen formen. Sophie Schnegg, Aktivist*in im provisorischen anarchistischen Antikriegsrat Berlin, geht der Frage nach, wie das Patriarchat entwaffnet werden kann. Victoria Kropp schildert in ihrem Erlebnisbericht, wie sie die Rekrutierung von Frauen und queeren Personen auf den Sozialen Medien selbst erlebte. Reza Schwarz beleuchtet, wie queere Soldat*innen in der Bundeswehr zwischen (un-)gelebter Inklusion und erstickenden Rollenstereotypien dienen. Robin Welsch bereichert den Schwerpunkt mit einer Glosse zur hypersexualisierten Darstellung von Kämpferinnen in der Popkultur. Farah Salka, eine feministische und antirassistische Aktivistin aus dem Libanon, berichtet in einem Interview über das (Über-)Leben von Frauen im Kriegsgebiet. Ein weiterer Beitrag von Jacqueline Andres zieht eine Bilanz der nun für beendet erklärten feministischen Außenpolitik der BRD. Jutta Weber, Professorin und Technikforscherin, kritisiert die experimentelle KI-Kriegsführung mit einem feministischen Blick. Wir wünschen eine gute Lektüre und schließen mit dem Titel der Ausgabe: Feminismus heißt Antmilitarismus!

Militär.Macht.Gender.

Ein feministischer Blick auf den Zusammenhang von Militarismus, Patriarchat und die koloniale Moderne

von Margot Mehlis

Im Januar 2025 erließ der US-Präsident Donald Trump ein Dekret für das Militär, in dem die Existenz von Geschlechtervielfalt abgesehen von Mann und Frau für nichtig erklärt und das die Arbeit im Militär für Trans-Personen verbietet. Im Dekret heißt es: „Die Behauptung eines Mannes, er sei eine Frau, und seine Forderung, dass andere diese Lüge respektieren, steht nicht im Einklang mit der Demut und Selbstlosigkeit, die von einem Soldaten erwartet wird. Im Interesse unserer Nation und der patriotischen [US-]Amerikaner, die sich freiwillig zum Dienst melden, muss der Militärdienst denjenigen vorbehalten bleiben, die geistig und körperlich fit für den Dienst sind.“ Damit pathologisiert das Dekret genderdiverse Personen als schwach, als geistig und körperlich unfit.[1]

Diese Aussage ist ein Paradebeispiel dafür, wie Militärstrukturen Gender[2] schaffen und formen.

Grundsätzlich braucht das Militär Binaritäten. Militärstrukturen prägen Ideen von Männlichkeiten; dies beginnt mit der Tatsache, dass in den meisten Militärstrukturen die Wehrpflicht nur für Männer gilt. In populären Erzählungen, Romanen, Filmen und heutigen TikTok-Posts von Soldaten der Bundeswehr wird immer wieder ein Bild gezeichnet: Im Militär – und im Krieg – werden aus Jungen Männer. Das Militär prägt das Bild vom Mann, vom Soldaten, als Beschützer. Dieses bzw. diese Bilder von Männlichkeiten brauchen Gegenbilder. Bilder von der Frau, vom Unmännlichen, vom Zivilen, von den Beschützten.

Binaritäten sind zweiteilige Ordnungen, wie zum Beispiel Mann und Frau, privat und politisch oder Freund und Feind. Es ist die Einordnung in starre und oberflächliche Kategorien, die oftmals auch eine hierarchische Ordnung schafft. Indem eine Kategorie der anderen untergeordnet wird, unterdrückt die Binarität und kann komplexe Realitäten nicht wiedergeben – so wie in dem Dekret: Männer, die sich als Männer sehen, sind geistig und körperlich fit, sie sind stark; genderdiverse Personen, die laut dem Dekret eine Lüge sind und die es damit nicht gibt, sind körperlich und geistig nicht stark. Das Militär braucht und schafft Binaritäten, auch Geschlechterbinaritäten, – u.a. in den eigenen Strukturen, an der Heimatfront und in den Kriegsgebieten.

Militär macht Gender im Militär

Wo sind die Frauen?[3] Die Politikwissenschaftlerin Cynthia Enloe lädt dazu ein, immer diese Frage zu stellen, um eine feministische Analyse zu erarbeiten. Es ist auch die Frage von liberalen Feminist*innen, die eine Gleichstellung der Geschlechter in den Gewaltstrukturen wie dem Militär anstreben. Blicken wir auf Militärapparate weltweit, so ist auffällig, dass Frauen selten in Kampfeinheiten zu finden sind und selten in ranghohen Positionen. Auch dadurch bestimmen die Abläufe im Militär, welche Rollen Frauen im Militär erfüllen. In Hinblick auf Militärapparate fällt auf, dass u.a. der Einsatz von Frauen in den Kampfeinheiten umkämpft ist. Laut dem Politikwissenschaftler Joshua A. Goldstein, seien 99% der Kämpfenden in den Weltkriegen Männer gewesen und bedeutsame Ausnahmen sieht er (jenseits der Weltkriege) nur im westafrikanischen Königreich Dahomey, dem heutigen Benin, in der Roten Armee der Sowjetunion, in einigen irregulären (nichtstaatlichen) Einheiten und in den US-Kriegen in Afghanistan und Irak.[4] Doch aktuell versucht der US-amerikanische Kriegsminister Peter Hegseth den Einsatz von Frauen in Kampfeinheiten in Frage zu stellen, indem er genderneutrale Fitnesstests für das Militär fordert, die es allerdings bereits gibt. In seinem Buch „The War on Warriors“, schreibt er: „Väter drängen uns dazu, Risiken einzugehen. Mütter bringen Stützräder an unseren Fahrrädern an. Wir brauchen Mütter. Aber nicht beim Militär und schon gar nicht im Kampf.“[5] Hier (re-)produziert er das Bild vom ermutigenden Vater und der bremsenden und vorsichtigen Mutter, vom starken Mann und der schwachen Frau. Hegseth verwies in den Sozialen Medien auch auf Israel, wo im Juni 2025 das israelische Militär ein Ausbildungsprogramm für Kampfsoldatinnen, die Infanterietruppen hinter der Feindeslinie versorgen sollten, aufgrund von Anforderungen an die Kampffitness aussetzten. Die Frauen seien der Belastung durch Kampfeinsätze nicht gewachsen. Dieser Schritt erfolgte, obwohl das israelische Militär seit Oktober 2023 eine Rekordzahl an Soldatinnen in Kampfeinheiten einsetzte, um die Lücken in den Reihen beim Einsatz im Genozid in Gaza zu

füllen.[6] Vielleicht erfolgte die Aussetzung nicht obwohl, sondern weil diese Rekordzahl an Frauen erreicht wurde und aufgrund der Notwenigkeit, „die Normen von Männlichkeit zu schützen, die Männer oft motivieren, in den Kriegen zu kämpfen“.[7]

Auch in den ranghohen Positionen sind wenige Frauen vertreten: In der Bundeswehr z.B. erhielten bislang drei Frauen einen Generaldienstgrad – sie sind alle im Sanitätsdienst verortet. Eine von ihnen erreichte im Juli 2025 als erste Frau den Grad eines Drei-Sterne-Generals und ist nun die neue Stellvertreterin des Generalinspekteurs der Bundeswehr.[8] Insgesamt sind rund 13% der Soldat*innen Frauen, d.h. etwa 24.000, und von ihnen sind ein Drittel im Sanitätsdienst.[9] Die ersten Laufbahnen, in die Frauen im Jahr 1991 aufgenommen wurden, waren der Sanitäts- und der Militärmusikdienst. Erst nach der Klage der Soldatin Tanja Kreil vor dem Europäischen Gerichtshof im Jahr 2000 wurden den Frauen alle militärischen Laufbahnen in der Bundeswehr eröffnet.[10]

Abgesehen von der Frage, welche Rollen die Frauen in den Militärapparaten offiziell einnehmen dürfen, stellt sich auch die Frage nach Diskriminierung gegen Frauen und geschlechtsspezifischer Gewalt im Militär. Im Patriarchat erfolgt eine Bestärkung der eigenen überlegenen Männlichkeit für sich selbst und für andere durch Erniedrigung und Dominanz, Macht und Kontrolle über „andere“, die nicht dieser Männlichkeit zugehörig sind – besonders über Frauen, queere Personen und Untergebene. Auch in Bezug auf die Bundeswehr werden immer wieder Fälle von sexualisierter Erniedrigung aufgedeckt, die von Soldaten als Rituale abgetan werden, die zur Bundeswehr dazugehören. So das Aufnahmeritual mit dem Namen „Zäpfchen“, das durch das Einführen eines Fingers oder eines Gegenstandes in den Anus von Soldaten nichts weniger ist, als eine Vergewaltigung.[11] In Pfullendorf zwangen Ausbilder die ihnen untergebene Soldatinnen dazu, an einer im Aufenthaltsraum installierten Stange zu tanzen. Dies zeigt ihre Machtausübung über die Frauen – sie wurden erniedrigt und die Ausbilder bewiesen vor den anderen Ausbildern ihre Bereitschaft zu Gewalt. Fünf der angeklagten Ausbilder wurden versetzt – innerhalb der Kaserne, an andere Standorte und zwei von ihnen ins Kommando Spezialkräfte. Damit zeigt die Bundeswehr auch, dass diese Gewaltbereitschaft, die sie schlussendlich schult, nicht zur Bestrafung führt.[12] Für den Zeitraum 2020 bis 2024 berichtet der Bundestag von 1.319 gemeldeten Verdachtsfälle auf „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und sonstige Formen sexueller Belästigung“ in der Bundeswehr – darunter waren 1.176 Verdachtsfälle gegen weibliche Soldatinnen.[13] Laut der 2020 für den internen Dienstgebrauch erstellten Studie "Bunt in der Bundeswehr - Ein Barometer zur Vielfalt" gaben 21,1 Prozent der in der Bundeswehr beschäftigten befragten Frauen an, innerhalb der vergangenen zwei Jahre mindestens einmal aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert worden zu sein. Damit sei laut der Studie Diskriminierungsrisiko dreimal so hoch wie im bundesweiten Arbeitskontext.[14] Zu der sexistischen Diskriminierung zählt auch beleidigende und sexistische Sprache, z.B. wenn Soldaten beim Drill aufgefordert werden, ihre Stärke und Durchhaltevermögen zu zeigen und keine „Pussy“ zu sein. Doch auch sprachlich richtet sich viel in den Militärstrukturen nach der an Männlichkeit ausgerichteten Norm. Carol Cahn sammelte Beispiele, die hinsichtlich von Atomwaffen genutzt werden – sie beobachtet dabei u.a., dass Atomwaffen oftmals männliche Namen tragen. Z.B. Little Boy und Fat Man, die Atombomben, die Hiroshima und Nagasaki verstörten, oder die Wasserstoffbombe „Mike“, die auf das Eniwetok Atoll der Marshall-Inseln gefeuert wurde. Die Atomwaffen penetrieren und hinterlassen Krater, die das französische Militär oftmals nach Frauen benannte.[15]

… an der Heimatfront und den Militärstützpunkten...

Kriege und Militärstrukturen formen Genderbinaritäten und -rollen auch an der Heimatfront mit. Die Frauen werden durch ihre im Patriarchat erwartete Eigenschaft für das Militär mobilisiert – z.B. als loyale Soldatenehefrauen, die ihren Mann, den Soldaten, umsorgen und unentgeltliche Gemeinschaftsarbeit auf den Militärbasen leisten: Reproduktions- und Care-Arbeit für die Militärgemeinschaft. Dafür vergibt die Armed Forces Insurance (AFI) seit 2008 den Preis als „Military Spouse of the Year“ (MSOY) an Ehepartner von Militärangehörigen aller Teilstreitkräfte der USA auf den unterschiedlichen Stützpunkten weltweit – mit wenigen Ausnahmen geht der Preis an Militärehefrauen.[16] Frauen können auch zur Motivation für den Kriegsdienst mobilisiert werden und zwar nicht nur vom jeweiligen Verteidigungsministerium: In Großbritannien gründete Charles Fitzgerald, ein Admiral im Ruhestand, im Jahr 1914 den "Orden der Weißen Feder" und dieser rief Frauen dazu auf, Männern, die nicht im Militär waren, bzw. in ziviler Kleidung im Straßenbild erschienen, weiße Federn, die Feigheit symbolisierten, zu überreichen. Sie sollten somit an ihre Männlichkeit appellieren, sie öffentlich beschämen und in den Militärdienst drängen.[17] Hierbei stärkte der Orden das Bild der Frau, die Schutz braucht und das des Mannes, des Soldaten, der sich für ihren Schutz opfert. Patriotische Dienste, die von Frauen zur Unterstützung des Militärs und der Nation verlangt wurden, umfassen nicht nur die Umsorgung der Soldatenehemänner, sondern auch die Prostitution für Soldaten an den ganzen NATO-Stützpunkten oder US-Stützpunkten weltweit. Wie die Politikwissenschaftlerin Katherine Moon schreibt: „Wo immer Soldaten sind, da existieren Frauen für sie.“[18] Sie betont, dass militärische Prostitution u.a. in Japan, Südkorea und den Philippinen ein komplexes System sei, an dem lokale und nationale Regierungen, politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ungleichheiten, Geschlechterdiskriminierung, Rassismus und das koloniale Erbe mitwirken. Die US-amerikanische und die südkoreanische

The White Feather A Sketch of English Recruiting (Arnold Bennett, 1914) über wikipedia.

Regierungen sahen laut Moon die Prostitution als Mittel an, „um die 'freundschaftlichen Beziehungen' beider Länder zu fördern und die US-Soldaten, „die so hart für die Freiheit des südkoreanischen Volkes kämpfen“, bei Laune zu halten.“[19]

… und im Krieg

Geschlechterbinaritäten, die Frauen, die Schutz brauchen, werden immer wieder mobilisiert, um Kriege als progressiv und unvermeidbar zu rahmen – so zum Beispiel der Krieg in Afghanistan, der zur Befreiung der Frauen geführt werden sollte. Dem liegt neben dem sexistischen Bild auch ein koloniales, rassistisches zugrunde. Wie Gayatri Chakravorty Spivak, eine fundamental wichtige Stimme für die postkoloniale Theorie, es formulierte: die *weißen* Männer retten die braunen Frauen vor den braunen Männern.[20]

Im Krieg werden Frauen häufig nur als Opfer dargestellt – Cynthia Enloe prägt in ihrem Buch „Bananas, Beaches and Bases“ den Begriff „FrauenundKinder“ (womenandchildren), mit dem die Opfer kategorisiert werden, wobei der Tod von Kindern und Frauen häufig von den von Männern getrennt wird. Dadurch, so Enloe, wird suggeriert, dass Frauen unschuldig und Männer Täter seien.

Tatsächlich wird sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt und feministische Wissenschaftlerinnen widmeten sich lange dem Thema. Es ist auch eine Tatsache, dass sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt wird – doch sie funktioniert im patriarchalen System. Sie greift die Männlichkeit an – des Gegners, der es nicht schafft, sich und/oder seine Frauen zu schützen und stellt die eigene Männlichkeit unter Beweis oder versucht die ethnische Identität anzugreifen. Die Politikwissenschaftlerin Swati Parashar führt das Beispiel an, dass im Befreiungskrieg von Bangladesh im Jahr 1971 rund 300.000 Frauen vergewaltigt wurden durch die pakistanische Armee, in einem strategischen Versuch, die bengalische ethnische Identität zu schädigen. Parashar kritisiert jedoch, das sexualisierte Gewalt an Männern und Jungen weniger Aufmerksamkeit erfährt. Einige poststrukturalistische Forscher*innen verweisen darauf, dass sexualisierte Gewalt auch männliche Soldaten oder Zivilisten trifft und auch Soldatinnen zu den Täterinnen zählen können – im Patriarchat sei sexualisierte Gewalt an Männern durch Frauen mit noch mehr Scham und Entmännlichung verbunden. Oftmals werde sie bei Männern auch schlicht als Folter bezeichnet. Damit brechen postmoderne Feminist*innen mit dem Bild der Frau als Opfer und des Mannes als Täter. Blicken wir aktuell auf Palästina, dann sind auch die männlichen palästinensischen Gefangenen systematischer sexualisierter Gewalt in den israelischen Gefängnissen ausgesetzt. Im Sudan wird auch über sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe vor allem gegen Frauen und Kinder berichtet, ein Drittel der Betroffenen seien laut einem Bericht der BBC Jungen[21] – doch die Kriegsgewalt trifft alle. Parashar kritisiert, dass Ernährungsunsicherheit und Hungersnöte wenig Aufmerksamkeit in der feministischen Analyse von Krieg finden, obwohl sie mehr Menschen bedrohen als Kampfhandlungen und sexualisierte Kriegsgewalt – und jeder Tod verdiene die gleiche Aufmerksamkeit. Im Sudan wurden mehr als 400.000 Menschen zwischen April 2023 und November 2025 getötet, mehr als 11 Millionen flohen, mehr als 12 Millionen brauchen dringend humanitäre Hilfe und die UN warnt vor einer immer schlimmer werdenden Ernährungsunsicherheit, die zur weltweit größten Hungersnot auswachsen kann.[22]

Feministische Kritik an den Wurzeln des Militarismus

Wir leben heutzutage nicht nur in einem Patriarchat, sondern, wie die feministische Kulturwissenschaftlerin bell hooks es formulierte, in einem „imperialistischen, kapitalistischen Patriarchat weißer Vorherrschaft“. Es ist notwendig, zu sehen, dass Imperialismus, Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zusammenwirken. Dabei ist es hilfreich, einen Blick auf den Ursprung dieses Patriarchats von heute und die Einführung der Binaritäten zu werfen. Die Politikwissenschaftlerin Claudia Brunner sieht die heutigen Kriege als ein Erbe der 500 Jahre andauernden kolonialen Gewaltgeschichte, die mit den Anfängen des Kapitalismus verbunden sind. Hierbei beruft sie sich zahlreiche Theoretiker*innen der „kolonialen Moderne“, wie Aníbal Quijano und zitiert den italienischen Philosophen und Soziologen Maurizio Lazzarato, der die Anfänge des Kapitalismus in der „dreifachen Eroberungen in der sogenannten 'Neuen Welt',„ verortet: „der Eroberung von Land und Erde sowie der Landarbeiter:innen in Europa, der Eroberung der Frauen (mit der Hexenverfolgung als Sinnbild und Inbegriff ihrer Unterwerfung und der Enteignung des Wissens); und der Eroberung des 'verfügbaren' Landes in der Neuen Welt, der indigenen Bevölkerungen, die in kolonisierte Bevölkerungen transformiert wurden, sowie der auf Sklav:innen reduzierten Afrikaner:innen“.[23] Die dekoloniale feministische Kritik, die mit der Durchsetzung von eurozentrischen und auf Menschen fokussierte Wissenswelt kritisch

Bild: Monika Mazur.

umgeht und anerkennt, dass es anderes Wissen gab und gibt, erkennt an, dass die Einteilung in Binaritäten und Kategorien mit der Unterwerfung von Natur und Menschen einhergeht.[24] Oder wie Claudia Brunner es formuliert: „Die in der kolonialen Moderne hervorgebrachte, zutiefst verinnerlichte Epistemologie und Praxis des Fragmentierens, Klassifizierens und Hierarchisierens hat die notwendigen Grundlagen dafür bereitgestellt, eine auf Kolonialismus und Kapitalismus basierende internationale Weltordnung der Ausbeutung zu etablieren, die den gegen sie über Jahrhunderte hinweg stets vorhandenen, auch gewaltsamen, Widerständen bis heute standhält.“[25] Sie fordert, dass dass Antimilitarismus „den globalen Zusammenhang zwischen Militarismus, Kapitalismus, Kolonialismus, Imperialismus, Nationalismus und Patriarchat zum Ausgangspunkt des Wiedersprechens gegen die normative Kraft des faktischen Krieges macht.“

Anmerkungen

1 The White House: Prioritizing Military Excellence and Readiness, whitehouse.gov, 27.1.2025.

2 Gender ist hierbei das soziale Geschlecht, als ein performatives Konstrukt zu verstehen, dass, wie Judith Butler betont, ein Tun ist. Die Genderidentität ist fluide und was wir tun, was wir sagen, was wir anziehen, wie wir handeln, erschafft dynamisch unser soziales Geschlecht. Das Geschlecht, was uns bei unserer Geburt zugeordnet wird und dann durch soziale Erwartungen anerzogen wird, können wir durch unser Tun ins Schwanken bringen – Gender Trouble, so nannte Judith Butler ihr Buch, das zur Grundsatzlektüre von Gender Studies zählt. Soziale Erwartungen erfolgen auch von Seiten des Militärs – und diese können sich auch ändern. Siehe: Judith Butler: Gender trouble, Feminism and the Subversion of Identity, Routlegde, New York und London, 1990.

3 Cynthia Enloe: Bananas, Beaches and Bases: Making Feminist Sense of International Politics, Univeristy of California Press, Berkeley, 2014.

4 Gordon Martel (Hrsg.): The Encyclopedia of War, First Edition, Blackwell Publishing, 2012

5 James LaPorta: Women in the military worry about Hegseth's views on women in combat, CBS-News, 13.12.2024.

6 Amir Bohbot: New IDF record: Over 5,000 women recruited for combat roles last year, jpost.com, 18.8.2025, Henry Bodkin: Israel to stop training female combat soldiers over ‘lack of fitness’, telegraph.co.uk, 29.5.2025.

7 Joshua S. Goldstein: War and Gender. How Gender Shapes the War System and Vice Versa, Cambridge University Press, 2001. Vielleicht zeigt der Einsatz, dass die soziale Kategorie „Frau“ der gleichen Belastung durch Kampfeinsätze ausgesetzt ist wie die soziale Kategorie „Mann“ und keine Person scheint der „Belastung“ des Krieges gewachsen zu sein – Soldaten der Kampfeinheiten machten im Jahr 2024 78% aller Suizide in Israel aus, zwischen Januar 2024 und Juli 2025 versuchten 279 Soldaten, sich umzubringen.

8 Dorothee Frank: Erste Frau wird Stv. Generalinspekteur: Generaloberstabsarzt Dr. Nicole Schilling, defence-network.com, 1.7.2025

9 Frauen im Sanitätsdienst – In der klinischen Versorgung, bundeswehr.de.

10 Frauen bei der Bundeswehr, bundeswehr.de.

11 Urteil gegen Ex-Soldaten "Für mich gehören bei der Bundeswehr solche Rituale hinzu", rbb24.de, Di 2.9.2025.

12 Matthias Gebauer: Bundeswehrausbilder zwangen Soldatin zum Stangentanz, spiegel.de, 14.2.2017.

13 Christan Dewitz, Sexualisierte Gewalt in den deutschen Streitkräften, Bundeswehrjournal, 23.5.2025.

14 Diskriminierung in Bundeswehr Keine bunte Truppe, tagesschau.de/report mainz, 14.3.2023

15 Carol Cahn: Sex and the Death in the Rational World of Defense Interllectuals, in: Journal of Women in Culture and Society, 1987, Vol. 12, No. 4, University of Chicago

16 Tamala Malerk: Interview with 2025 AFI USAG Wiesbaden Spouse of the Year, Candice Carter, Europe Stripes, 15.5.2025

17 Alexander Sarovic und Christoph Gunkel: Psychologische Kriegs-Mobilmachung „Diese idiotischen jungen Frauen“, spiegel.de, 10.3.2017

18 Katharine H.S. Moon: Military Prostitution And The U.S. Military In Asia, Asia Pacific Journal Volume 7 Issue 3, 2009

19 Katharine H.S. Moon: Sex among allies, Military Prostitution in US-Korea Diplomacy, Columbia University Press, New York, 1997

20 Gayatri Chakravorty Spivak: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant, 2008

21 One-year-olds among those raped during Sudan civil war, UN says, bbc.com, 4.3.2025

22 Center for Preventive Action: Civil War in Sudan, cfr.org, 6.11.2025

23 Claudia Brunner: Grammatik des Krieges, Beobachtungen zur Militarisierung der Gegenwart, in: Marxistische Blätter 4_2024.

24 Ebd.

25 Claudia Brunner: Still Loving the F-Word. Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 11, 153–164 (2022).

Patriarchat entwaffnen

Den militärischen Zugriff auf männlich gelesene Körper sabotieren

Provisorischer anarchistischer Antikriegsrat Berlin

Trump, Orban, Putin und so viele andere sagen, und sie brüllen es geradezu heraus, was wir zu Denken haben. Frauen sind Frauen. Männer sind Männer. Dazwischen gibt es nichts. Das ist die natürliche Ordnung. Und die natürliche Ordnung ist natürlich zementiert. Die Biologie ist das Kriterium, um auf diesen Merkmalen einen sozialen Unterschied zu implementieren. Dabei ist sowohl die Natur weniger dichotomisch als uns diese Patriarchen an der Macht einreden wollen, als auch sind die sozialen Beziehungen von so vielen unterschiedlichen kulturellen Einflüssen, Konzepten und individuellen Merkmalen geprägt, das es diese vorgebliche Eindeutigkeit weder biologisch noch sozial gibt.

Die als Hermaphrodit (Intersexuelle) geborenen verdeutlichen dies, wenn die Pränataldiagnostik diese „Abweichung“ nicht längst eliminiert und somit unsichtbar gemacht hat. Aber für die „patriarchalen Kommandos“ ist die Durchsetzung einer vermeintlich eindeutigen biologischen Zuordnung die entscheidende Grundlage, um eine soziale Differenz zwischen den Menschen zu etablieren. Naturalisierte Herrschaftsverhältnisse mit ihren binären Rollenzuweisungen sind für die Existenz patriarchaler Kommandos kriegswichtig.

Schauen wir zum Beispiel in den Krieg Russland-Ukraine. Es sind hauptsächlich Männer an der Front, die gegeneinander gehetzt werden, entweder patriotisch überzeugt oder resigniert und mit dem Überlebenswillen ausgestattet, das lieber der andere krepieren möge, als mann selbst. Um Menschen dahin zu bringen, dass sie einen anderen morden, abstrakt über eine Drohne, oder direkt, muss eine Menge an sozialer Konditionierung passiert sein, damit diese auf Befehl gehorchen und losrennen. Dieses „Privileg“ ist den Männern größtenteils vorbehalten.

In Russland hat Putin unter Strafe stellen lassen, wenn Filme oder Texte von einem guten Leben ohne Kinder erzählen (Propaganda der Kinderlosigkeit). Frauen sind für das Gebären zuständig und davon darf die patriotische Frau nicht abgehalten werden. Das „LGBTIQ-Imperium“ wird in Russland wie eine terroristische Vereinigung gehandelt. Das Vorgaben sind klar: Mann und Frau gehören zusammen – eine Abweichung ist nicht vorgesehen (Die Rechtsradikalen in Deutschland folgen diesem Ansatz mit einem Rekord an Übergriffen im Jahr 2025 auf die CSD-Veranstaltungen).

Nun könnte man sagen, die Ukraine ist die europäische Armee mit dem größten Frauenanteil. Bei ungefähr 500.000 Soldaten sind zwischen 15-20% Frauen im Militär. Doch wie viele sind davon an der Front? Es sind 5.000, hauptsächlich „Kampfsanitäterinnen“. Das heißt, sie sind meistens nicht im Kampf, sondern im Kampfgebiet und machen die Erstversorgung der verwundeten männlichen Soldaten. Das Morden und Sterben in Kampfuniform ist in der Regel den Männern vorbehalten.

Männlich gelesene Menschen in der Ukraine verstecken sich derzeit zu Hauf, denn es besteht die Wehrpflicht und aktuell ein Ausreiseverbot ab 23 Jahren bis zum 60. Lebensjahr. Jeder männlich definierte Körper hat die staatliche Verpflichtung zu erbringen, den Staat, die Nation und die Herrschaft gegen den Aggressor zu verteidigen. Dem haben sich trotzdem um die 650.000 Männer durch Flucht in die EU entziehen können. Zwischen 100.000 und 200.000 männlich gelesen Menschen aus der Ukraine sind in Deutschland.

Deutschland mit seiner langen militärische Tradition der Zwangsdienste für männlich gelesene Menschen hatte aktuell eine Wehrpflicht für Männer bis 2011, die nur ausgesetzt (!) wurde. Im Krisen- oder Spannungsfall ist sie sofort aktiv. Und an deren Einsetzung auch ohne Krieg wird hierzulande fieberhaft gearbeitet. Ab Januar 2026 bekommen die jungen Männer, bzw. als solche definierten, einen Fragebogen, dessen Beantwortung verpflichtend sei (für Frauen* freiwillig). Der Fragebogen dient der Wehrerfassung (ein Nichtbeantworten sabotiert sie). Über die Hintertür werden gerade patriarchale Strukturen hochgefahren, die nie verschwunden waren. Und das liegt nicht alleinig daran, dass für eine Neufassung des Gesetzes die nötige Zweidrittelmehrheit fehlt, sondern weil die patriarchalen Kommandos derzeit weltweit Konflikte kriegerisch bereit sind auszutragen und Männer „Gewehr bei Fuß“ zu stehen haben.

Der Frauenanteil in der Bundeswehr beträgt um die 13%. Kein Widerspruch – wenn das patriarchale Prinzip

nicht angetastet wird: Akzeptanz der Befehlsstruktur, Ausübung von Befehlen (die Mord beinhalten), Durchsetzung kriegerischer Interessen (wenn der Befehl kommt), Tragen einer Uniform und deren Hoheitswappen (verdeutlichen, wem man gehört). Mit anderen Worten, die „Frau“ kann in die Rolle „Mann“ schlüpfen, wenn sie die verlangten patriarchalen Anforderungen akzeptiert. Auf diese Weise kann auch der Transmann im Panzer seinen Platz finden.

Ein Beispiel aus der Schweiz: Bei einem Frauenanteil von gerade mal circa 2,3 % war die Umwandlung eines Soldaten von Mann zu Frau kein Problem. Sie, in der Funktion Soldat (Er) befehligt heute 30 Panzer mit 300 Soldaten. Das patriarchale Prinzip bleibt unangetastet. Emanzipation wäre, Männer aus dem Militär herauszuholen und nicht, Frauen in das Militär zu integrieren.

In Israel sind um die 465.000 Zivilist*innen als Reservistinnen eingetragen. Die Reservist*innen, die meisten natürlich wieder Männer, sind die tragenden Stützen im Krieg. Seit dem 7.Oktober 2023 wurden, Stand April 2025, um die 300.000 einberufen. Die wenigen Reservesoldatinnen kämpfen nicht an der Front, sondern wo? Einmal raten. Richtig, sie werden als Sanitäterinnen eingesetzt.

Selbst Militärs mit einem hohen Frauen*anteil also delegieren die direkte Kampfhandlung an männlich gelesene Menschen. Das Militär lebt und braucht diese patriarchale Zuordnung, um darauf seine kriegerische Möglichkeiten umsetzen zu können. Und im Zweifelsfall ist der als Frau gelesene Mensch qua sozialer Zuordnung für die Reproduktion und den Nachwuchs zuständig.

Und das soll auch so bleiben. Die Faschisten der AfD sprechen dies auch offen aus. Bundestagsabgeordneter Krahl auf TikTok: „Du bist kein Nonbinäres Einhorn, sondern ein Mann.“ Und er riet jungen Männern, sich nicht einreden zu lassen, „dass du lieb, schwach und links zu sein hast.“ Echte Männer seien rechts, „dann klappt es auch mit der Freundin“. 1,3 Millionen Aufrufe. So sieht die Aufzucht toxischer Männlichkeit aus. Das Militär fußt auf diese Vorarbeiten.

Sven von Storch, ebenfalls bei der AfD: „Die Genderideologie muss verschwinden. (…) Gendern zerstört gezielt unser gemeinsame Wertefundament und den naturrechtlichen Rahmen der Gesellschaft.“ Naturrechtlich – lasst den Begriff mal auf Euch wirken. Und weiter: „’Gendern’ zerstört die binäre Geschlechterordnung, die Heterosexualtität als Norm, die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau, die traditionelle Familie…“ In diesen Kreisen wird „Gendern“ gar als „Zersetzung“ klassifiziert. Zersetzen kommt aus dem militärischen und bedeutet nichts anderes als die Schwächung der eigenen Kampfkraft, in dem der eigene militärische Zusammenhalt untergraben und/oder aufgeweicht wird. Zersetzung und Desertion wurde im Faschismus mit dem Tode bestraft.

Ein antipatriarchaler, feministischer Kampf gegen die Geschlechterrollen unterminiert die Kriegsfähigkeit einer Gesellschaft schon vor Kriegseintritt. Toxische Männlichkeit schon im Alltag zu sabotieren, entzieht dem Militär nicht nur den Nährboden, auf den es zurückgreifen kann, um Männer kriegsfähig zu trimmen, es sabotiert auch die Gewaltverhältnisse zwischen den männlich und weiblich gelesenen Menschen. Dieser Geschlechterkrieg findet seinen täglichen Ausdruck auch in sogenannten Friedenszeiten, im Alltag, auf der Arbeit, im Bett. Die Femizide sind sichtbarer Ausdruck dieses Krieges.

Patriarchale Prinzipien außer Kraft zu setzen bedeutet also nicht, Frauen ins Militär zu holen, sondern die Wehrpflicht zu sabotieren, nicht nur hier, sondern in jedem Land – und den Zugriff auf männlich gelesene Körper durch das Militär als Akt der Emanzipation aktiv zu blockieren. Und so können männlich gelesene Menschen zu Verbündeten im Kampf gegen das Patriarchat werden. Und wir brauchen eine aggressive Einforderung der Asylrechts und Schutzpraxis für Deserteure aus aller Welt.

Die Zerstörung militärischer Strukturen geht einher mit der Zerstörung patriarchal konditionierter Zweigeschlechtlichkeit.

Auf geht's. Viel Zeit verbleibt uns nicht, wollen wir „vor die Kriege kommen“.

Zwischen Regenbogen und Tarnfarbe

Wie mich die Bundeswehr auf Social Media umwirbt

von Victoria Kropp

Es war ein Dienstagabend, ich lag auf dem Sofa und scrollte durch mein Handy. Eigentlich war alles wie immer: Food-Reels, Freund*innen-Updates und politische Memes. Doch plötzlich tauchte etwas in meinem Feed auf, das mich innehalten ließ – ein Reel der Bundeswehr. Eine junge Frau in Uniform schaut direkt in die Kamera, ihr Ton ernst und zugleich motivierend: „Ich würde jeder jungen Frau raten, sich selbst zu beweisen. Es ist eine Herausforderung, der man sich stellen muss und auch sollte.“ Schnitt. Eine weitere Person ergänzt: „Man kann zur Bundeswehr, und man ist auch absolut erwünscht als Frau.“ Dazwischen: Bilder eines Fußballspiels in Anspielung auf die EM, Szenen vom Reel-Shooting, lachende Gesichter, das Ganze unterlegt mit einem dynamischen Soundtrack.[1] Ich musste zweimal hinschauen – das wirkte nicht wie Behördenkommunikation, sondern wie ein Werbevideo einer Sportmarke.

In den Tagen darauf blieb es nicht bei diesem einen Post. Mein Algorithmus schien die Bundeswehr für mich entdeckt zu haben, und so tauchten immer mehr ähnliche Beiträge in meinem Feed auf. Ein Reel mit dem Titel „Ich wusste nicht, dass ich beides haben kann“ zeigt eine weiblich gelesene Soldatin, die die Ausbildung als Zahnmedizinerin und „sportliche Aktivität“ im Militär verbindet.[2] Ein Karrierepost lädt explizit zum „persönlichen, ehrlichen, informativen“ Austausch mit „Frauen bei der Bundeswehr“ ein. Und wieder ein anderes Reel: „Drei Frauen – Drei Wege – Eine Mission“ – fröhliche Gesichter, Gleichstellungsbeauftragte an ihrem Arbeitsplatz, die Botschaft: „Du kannst dazugehören.“[3] Fast immer schwingt das Versprechen von Selbstoptimierung mit: Karriere machen, fit bleiben, sich Herausforderungen stellen. Empowerment wird eng verknüpft mit Disziplin und Leistung – nicht mit emanzipatorischer Selbstbestimmung, sondern mit Anpassung an die Logik des Militärs.

Die Clips wirken nahbar, beinahe freundschaftlich. Emojis, Hashtags wie #KameradinGesucht, #WeilDuEsKannst, #TeamBundeswehr, #FrauenInUniform, #Diversity – alles Zeichen, die mehr an Lifestyle-Communitys erinnern als an eine Armee. Geworben wird nicht nur für einen Beruf, sondern für eine Gemeinschaft, in der alle ihren Platz haben sollen.

Was auch auffällt: Wie unterschiedlich die Plattformen bespielt werden. Während Instagram Hochglanz, Image und symbolische Politik zeigt, setzt die Bundeswehr auf TikTok stärker auf Nähe und Unterhaltung. Dort sind die Videos kürzer, geschnitten wie typische Creator*innen-Clips: ein schneller Gag, ein Trend-Sound, eine Alltagsszene aus der Kaserne.[4] Sogar Make-up-Tipps, was bei der Bundeswehr erlaubt ist, werden als lockeres Reel inszeniert.[5] Damit verschwimmt die Grenze zwischen staatlicher Institution und Entertainment besonders stark.

Neben den offiziellen Accounts tragen auch Kanäle aus dem Umfeld zur Inszenierung bei. Auf Instagram betreibt der Verein QueerBw, die Interessenvertretung für queere Angehörige der Bundeswehr, einen eigenen Kanal. Dort finden sich Gruppenfotos von Soldat*innen mit Regenbogen-Armbinden, Selfies aus Kasernen oder Botschaften wie „Nicht ich selbst zu sein, ist keine Option“. Diese Inhalte wirken persönlich, fast aktivistisch.[6]

Ein Blick auf die Social-Media-Präsenz der Soldatin Aileen Tina Hufschmidt zeigt, wie stark persönliche Inhalte und militärische Identität ineinanderfließen. In einem Reel kontrastiert sie Uniformaufnahmen mit Szenen aus ihrem Privatleben. Die Botschaft: Man muss sich nicht zwischen Karriere in der Bundeswehr und individueller Lebensweise entscheiden – „You can be both“.[7] In einem anderen Clip listet sie augenzwinkernd „Dinge, die für Soldaten normal sind“ auf: ständige Abwesenheit von zu Hause, sich aus seiner Komfortzone zu bewegen, um sich weiterzuentwickeln, kurze Wochenenden. Als visuelle Elemente sind immer die Uniform präsent und Szenen aus dem Fitnessstudio.[8] Die Reels wirken persönlich, nahbar, Alltag im Militär wird zugleich mit Individualität verbunden. Die Inhalte vermitteln subtil: Die Bundeswehr sei flexibel, modern und nahbar.

Ein zentraler Name in diesem Kontext ist auch Anastasia Biefang. Sie ist Oberstleutnantin und trans Frau. Ihre Social-Media-Beiträge wechseln zwischen Bühnenauftritten, militärischen Szenen und privaten Momenten in farbenfroher Kleidung.[9] Für Außenstehende wie mich wirkt das wie eine Erfolgsgeschichte: Sichtbarkeit, Anerkennung, Modernität. Eine Person, die zeigt, dass selbst in einer hierarchischen, männlich geprägten Institution

Platz für queere Biographien sein kann – und genau damit ein starkes Signal nach außen sendet. Gleichzeitig zeigt ihr Fall die Grenzen solcher Inszenierungen: 2022 bestätigte ein Gericht einen Disziplinarverweis gegen sie, nachdem ein privater Dating-Profiltext als „pflichtwidrig“ bewertet worden war. Sichtbarkeit existiert hier nur bis zu einer unsichtbaren Grenze, die die Bundeswehr selbst zieht.[10]

Je mehr solcher Beiträge auftauchen, desto stärker fällt auf, wie emotional sie gestaltet sind. Es sind nicht nur Informationen über Berufe oder Karrieremöglichkeiten, sondern Clips, die Motivation vermitteln, Gemeinschaft zeigen oder persönliche Einblicke geben. Mitunter entsteht der Eindruck, Menschen kennenzulernen, die man sonst nicht im Umfeld der Bundeswehr erwarten würde.

Die Kanäle der Bundeswehr bzw. aus deren Umfeld transportieren nicht nur Informationen. Sie verstärken die Inszenierung von Diversität und Nähe, sprechen gezielt bisher wenig präsente Gruppen an und vermitteln ein Gefühl von Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung. Sie illustrieren, wie Rekrutierung über soziale Medien funktioniert: subtil, alltagsnah und emotional. Gleichzeitig ist es ein Türöffner für Zielgruppen, die bisher kaum repräsentiert waren – Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen. Gerade die Personen, die dem Militär traditionell eher skeptisch gegenüberstehen, sollen so gezielt angesprochen werden. Die Botschaft lautet: Auch hier gibt es Platz für dich – gerade für Menschen, die bislang nicht dazugehörten.

Doch hinter dieser glänzenden Social-Media-Fassade verbergen sich Ambivalenzen. Coming-outs in Kasernen, Disziplinarverweise, ungleiche Chancen und die Erfahrung, dass nicht cis-männliche Personen oft mehr leisten müssen, um ernst genommen zu werden, zeigen, dass die institutionelle Realität restriktiver ist, als die Online-Bilder suggerieren. Auch wenn die Bundeswehr Sichtbarkeit in ihren Kampagnen als Angebot inszeniert, bleibt sie in der Realität kein Geschenk, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher und institutioneller Aushandlungsprozesse.[11]

Zwischen den bunten Posts, motivierenden Reels und persönlichen Accounts einerseits und den strikten Hierarchien, Machtstrukturen und Herausforderungen im Kasernenalltag andererseits klafft eine Lücke. Social Media vermittelt Zugehörigkeit, Selbstverwirklichung, Empowerment – die Realität bleibt geprägt von militärischer Disziplin, Machtverhältnissen, teils restriktiven Strukturen. Und genau diese Diskrepanz offenbart die Logik der Rekrutierung: Identifikation mit einem modernen, vielfältigen Bild der Bundeswehr soll entstehen – während die harten, hierarchischen Strukturen verschleiert werden. Die bunten Reels, Hashtags und Selfies dienen nicht primär der Emanzipation, sondern der Gewinnung neuer Soldat*innen, die sich mit der dargestellten Lebenswelt identifizieren. Vor allem aber verschweigen die bunten Videos und Bilder, dass all diese Menschen im Ernstfall Teil einer Armee sein sollen, die Krieg führt.

Bundeswehrlogo auf Instagram.

Gerade deshalb empfinde ich beim Scrollen ein tiefes Unbehagen. So laut die Hashtags und so bunt die Flaggen auch sein mögen: Militär bleibt Militär. Waffen, Befehlsketten, Gewaltmonopol – all das lässt sich nicht mit ein paar bunten Reels weichzeichnen. Die Kampagnen sind keine Emanzipation, sondern Rekrutierung. Mir wird klar: Die Strategie setzt auf emotionale Identifikation – und genau dort beginnt für mich die Ambivalenz zwischen Empowerment und Rekrutierungslogik. Es wirkt empowernd, Soldat*innen mit unterschiedlichen Biographien sichtbar zu sehen und bricht mit dem Bild des rein männlichen, heteronormativen Militärs. Zugleich bleibt unübersehbar, dass diese Sichtbarkeit immer im Dienst der Armee steht. Zwischen Regenbogen und Tarnmuster bleibt eine Lücke, die kein Emoji füllt.

Anmerkungen

1 Bundeswehr Karriere, „Ich würde jeder jungen Frau raten, sich selbst zu beweisen“, instagram.com, 2.7.2025.
2 Bundeswehr Karriere, „Ich wusste nicht, dass ich beides haben kann“, instagram.com, 25.7.2025.
3 Bundeswehr Karriere, „Drei Frauen – Drei Wege – Eine Mission“, instagram.com, 26.5.2025.
4 TikTok-Account Bundeswehr Karriere.
5 Bundeswehr Karriere, „Make-up bei der Bundeswehr?“, tiktok.com, 1.8.2025.
6 Instagram-Account QueerBw.
7 diefrauhauptmann, „Ihr müsst euch nicht entscheiden“, instagram.com, 24.7.2025.
8 diefrauhauptmann, „Dinge, die für Soldaten normal sind“, instagram.com, 14.5.2025.
9 Instagram-Account Anastasia Biefang.
10 Nadine Lange: Oberstleutnant Anastasia Biefang im Interview: „In mein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wurde eingegriffen“. tagesspiegel.de, 24.11.2022.
11 Maja Apelt, Henrik Dosdall und Ray Trautwein: Trans Soldat*innen und ein neues Gemeinsames, in: Franziska Martinsen, Andrea Günter und Andrea Maihofer (Hrsg.): Recht umkämpft. Feministische Perspektiven auf ein neues Gemeinsames, Barbara Budrich Verlag, Opladen, Berlin und Toronto, 2025, S. 73–92.

Bundeswehreinsatz in „Wokeistan“?

Ungelebte Inklusion und erstickende Rollenstereotype

von Reza Schwarz

Die Bundeswehr hat ein „Personalproblem“ und benötigt dringend neue Rekrut*innen, weshalb eine Reaktivierung der Wehrpflicht ganz oben auf der Agenda der Regierungsparteien steht. Seit 2001 dürfen in Deutschland auch Frauen* freiwillig in allen Laufbahnen innerhalb der Bundeswehr dienen und machten im Jahr 2023 einen Anteil von insgesamt 13,4% aus.[1] Innerhalb Europas wurde in den letzten zehn Jahren in Norwegen, Schweden und zuletzt in Dänemark die Wehrpflicht für Männer* und Frauen* eingeführt.[2] Diese Beispiele sorgten dafür, dass auch in Deutschland die Forderungen nach einer „Wehrpflicht für alle“ oder einem „allgemeinen Dienstjahr“ immer lauter wurden[3] und diese teilweise sogar als Errungenschaft für mehr Gleichberechtigung dargestellt wurden.[4]

Die Bundeswehr im Woke-Check

Frühestens seit der Tätigkeit Ursula von der Leyens (CDU) als erste weibliche Bundesverteidigungsminister*in bemüht sich die Bundeswehr immer weiter um einen Imagewandel: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Gleichberechtigung[5] und ein gerne für Werbezwecke genutztes diverseres Erscheinungsbild der Truppe. Diese Art von neuer Repräsentation wurde zum Beispiel für die Öffentlichkeitsarbeit des ersten deutschen Veteranentags in diesem Jahr bemüht: die zweifache Mutter und ehemalige Rugby-Nationalspielerin namens Sonja ist Oberstabsfeldwebel sowie militärische Gleichstellungsbeauftragte und hat bereits mit 14 Jahren den Entschluss gefasst, zur Bundeswehr zu gehen. Sie hat afroamerikanische Wurzeln, ihr Vater war Soldat beim US-Militär. In dem Einspieler auf dem offiziellen YouTube Channel des Veteranentags betont sie, wie unglaublich viel ihr die Bundeswehr ermöglicht habe und wie diese ihr zu einem selbstbestimmten Leben voller Wertschätzung verholfen habe.[6]

Eine andere Frau, welche in der Öffentlichkeit lange als Aushängeschild für Diversität bei der Bundeswehr diente, ist Anastasia Biefang. Sie führte zwei Jahre lang als erste trans*Frau in einer gehobenen Offizierslaufbahn das Informationstechnikbataillon 381 in Storkow. In einem Interview zum 65-jährigen Bestehen der Bundeswehr äußerte sie dennoch unmissverständliche Kritik: „65 Jahre Bundeswehr stehen für mich aber auch zu einem bedeutenden Teil für mangelnde innere Anstrengung zur eigenen Veränderung der Bundeswehr aus sich heraus. Die für mich prägendsten Beispiele dazu sind die Zulassung von Frauen in allen Bereichen der Streitkräfte erst durch ein Gerichtsurteil. Das andere ist die Abkehr vom Erlass von 1984 zur strukturellen und systematischen Diskriminierung von homosexuellen Soldaten, welche erst durch die politische Entscheidung des damaligen Bundesministers der Verteidigung im Jahr 2000, immer noch entgegen dem Ratschlag der Generalität, erfolgte. Das sind Themen, die wir als Organisation und insbesondere als Führungskräfte beleuchten müssen, wenn wir unsere eigene Bundeswehr immer wieder kritisch und systematisch überprüfen. In beiden Fällen hinkte die Bundeswehr deutlich dem gesellschaftlichen Wandel hinterher.“[7] Anastasia Biefang wurde 1994 mit 20 Jahren zum Dienst in der Bundeswehr eingezogen, ihr Vater war ebenfalls Offizier bei der Luftwaffe und Waffensystemoffizier.[8] Über diese Zeit sagte sie rückblickend in einem TEDx-Talk: „Ich verschwand in einer Welt von Verhaltensregeln kodifiziert, angefangen vom Haarschnitt, kurz geschoren, von Werten, vom Verständnis, vom Sein, vom Auftritt: durchsetzungsstark, laut, sichtbar, Raum einnehmend! Es gefiel mir... vielleicht. Aber alle um mich herum waren so und dennoch irgendwas fehlte, irgendwas war Versatz. Es hat nicht gepasst. Tagsüber war es Flucht. Die Gefühle, die ich aus dem Kleiderschrank meiner Mutter von sechzehn und siebzehn (Jahren) hatte, die waren immer noch da und sie passten noch immer nicht zusammen. Immer wieder versuchte ich auszubrechen und das Frausein in mir, was keimte, zu leben. Angst und Scham waren aber mein ständiger Begleiter.“[9] So kam es, dass Biefang sich erst nach über 20 Jahren, mit Anfang 40, als trans*Frau outen konnte und zunächst überraschenderweise auf ungewohntes Wohlwollen seitens ihres damaligen Vorgesetzten stieß. Für erhebliches Abschreckungspotential sorgte bei ihr nämlich auch der Umgang Anfang der 2000er mit einer anderen trans*Frau in-

Anastasia Biefang auf dem CSD 2022 in Köln über Twitter/X.

nerhalb der Bundeswehr: die ehemalige Luftwaffensystemoffizier*in Christiane Meiners.[10]

Meiners diente bis 2011 bei der Bundeswehr. Sie berichtet von Mobbingstrukturen und einem systematischen Unsichtbarmachen ihrer Existenz als trans*Frau innerhalb der Truppe gegenüber der Öffentlichkeit. Um eine offizielle Anerkennung ihrer Diskriminierungserfahrungen sowie bezüglich einer möglichen Entschädigung kämpfte sie vergeblich. Ihre Beweggründe, bei der Bundeswehr Karriere machen zu wollen, schildert sie wie folgt: „Wie viele andere Menschen auch, wollte ich schon als Kind Astronaut werden, mich haben auch Militär- und Kampfflugzeuge fasziniert. Vor meiner Pubertät konnte ich mit den Gefühlen, eine Frau zu sein, aber überhaupt nichts anfangen und konnte diese auch nicht zuordnen. [...] Fliegen war mein großer Lebenstraum. Nach dem Abitur hatte ich auch noch die Hoffnung, dass dieser mit Männlichkeit, Stärke und Disziplin assoziierte Beruf, meine innere Zerrissenheit, sich nicht als Mann, sondern als Frau zu fühlen, das vielleicht unterdrücken oder bekämpfen würde. Zu Beginn der Ausbildung Anfang der 1990er-Jahre hat das auch sehr gut funktioniert.“ Des Weiteren berichtet sie, dass die truppenärztliche Versorgung während der ersten wesentlichen Schritte innerhalb der medizinischen Transition überraschenderweise ziemlich gut war.[11]

Auch auf Anastasia Biefang wartete nach zunächst erfolgter Unterstützung innerhalb ihrer sozialen und medizinischen Transition ein unerwarteter Backlash: 2019 wurde ihrem Vorgesetzten anonym ein Screenshot ihres Online-Datingprofils auf Tinder zugesendet. Der Profiltext „Spontan, lustvoll, trans*, offene Beziehung und auf der Suche nach Sex. All genders welcome.“ führte zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit anschließender Versetzung zur Referatsleitung des Kommandos „Cyber- und Informationsraum (CIR)“ in Bonn. Biefang akzeptierte den Verweis nicht und versuchte mit Hilfe der „Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)“ und der Interessensvertretung queerer Bundeswehrangehöriger „Queer-Bw“ vor den Truppendienstgerichten und dem Bundesverwaltungsgericht diesen zu kippen. Die Gerichte bestätigten jedoch den Verweis, mit der Begründung, dass der Profiltext gegen die „außerdienstliche Wohlverhaltenspflicht“ verstoße und „Zweifel an der charakterlichen Integrität der Offizier*in“ wecken könnte. Das Bundesverfassungsgericht lehnte die Verfassungsbeschwerde im April 2025 ab, da der Verweis bereits vor Einreichung der Beschwerde schon tilgungsreif war, die Darlegung besonderer Gründe für eine Annahme wie z.B. eine Wiederholungsgefahr seien nicht rechtzeitig durch Biefang dargelegt worden.[12]

Ein Blick in die USA

Auch innerhalb des US-Militärs scheinen trans*idente Menschen durchaus vertreten zu sein. Eine Studie aus dem Jahr 2016 schätzte, dass zu diesem Zeitpunkt bis zu 15.000 trans*Personen dienten. 2011 wurde innerhalb der Streitkräfte die sogenannte „Don´t ask don´t tell“-Policy unter der Obama-Regierung erstmals gekippt. Diese Policy verhinderte, dass sich queere Militärangehörige öffentlich outeten und andererseits Führungskräfte keine Nachforschungen diesbezüglich initiieren durften. Es gibt bis heute keine verlässlichen Daten, wie viele trans*Personen genau beim US-Militär beschäftigt sind, jedoch lassen die Ergebnisse des über mehrere Jahre angelegten „National Transgender Discrimination Survey (NTDS)“ tendenziell folgenden Schluss zu: die Wahrscheinlichkeit, dass eine trans*Person dem US-Militär dienen wird, ist mindestens doppelt so hoch wie bei cis-geschlechtlichen Menschen. Die Mehrheit von ihnen hat einen männlichen Geschlechtseintrag nach der Geburt zugewiesen bekommen. Insgesamt wird hierbei von einem Anteil von circa 21% ausgegangen, was die US-Streitkräfte zum beliebtesten Arbeitgeber unter trans*Personen macht (Gates & Herman 2014).[13]

Doch warum zieht ein Arbeitgeber mit solch diskriminierenden Strukturen ausgerechnet Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten so sehr an? Ein Beweggrund scheint die Hypermaskulinisierung innerhalb des Militärs zu sein, die es einerseits ungeouteten trans*Frauen ermöglicht, ihre wahre Identität so lange wie möglich zu

verbergen und andererseits ungeouteten trans*Männern, ohne sich dafür gesondert rechtfertigen zu müssen, in „maskulinere“ Rollenbilder hineinwachsen zu können. Kurz gesagt scheint das Militär eine besondere Plattform für einerseits zunächst erfolgreiches Unterdrücken von Geschlechtsdysphorie, besonders um gesellschaftlich praktizierter Misogynie bei trans*Frauen zu entkommen, aber gleichzeitig „gender affirming“ für trans*Männer zu sein. Andere eher materialistische Beweggründe scheinen der gute Verdienst, die bessere Gesundheitsversorgung, gute Weiterbildungsmöglichkeiten sowie das gesteigerte Gruppenzugehörigkeitsgefühl zu sein, was trans*Personen in allen Belangen ansonsten meist verwehrt bleibt.[14]

Anmerkungen

1 Hänel, Lisa: Frauen in der Bundeswehr: Sehr gefragt aber selten, Deutsche Welle, dw.com , 14.4.2024.

2 Prange de Oliveira, Astrid. Weibliche Wehrpflicht: Welche Länder rekrutieren Frauen?, Deutsche Welle, dw.com , 5.4.2025.

3 Hauck, Uli: Koalition diskutiert über Reform: Welcher Wehrdienst soll es sein?, Tagesschau, tagesschau.de, 7.10.2025.

4 Lautsch, Eva Ricarda: Wehrpflicht für Frauen - Wenn dann für Alle, DIE ZEIT, zeit.de, 31.8.2025.

5 Verteidigungsministerin Von der Leyen will die Bundeswehr familienfreundlicher machen, DIE ZEIT, zeit.de, 12.1.2014.

6 Nationaler Veteranentag: Drei Fragen an Sonja, Oberstabsfeldwebel und militärische Gleichstellungsbeauftragte, veteranentag.gov.de, 2025.

7 Wanninger, Sebastian: Ein Orientierungspunkt - Oberstleutnant Anastasia Biefang, Bundeswehr.de, 2019.

8 Cordsen, Knut: Wie aus Marc Biefang die Bundeswehroffizierin Anastasia wurde, br24.de, 31.3.2021.

9 TEDxKIT: Einhorn in Flecktarn - Anastasia Biefang, TEDx Talks, 23.1.2023, youtube.com (05:02 - 06:06).

10 siehe Fußnote 8.

11 Demnitz, Jana: Rehabilitierung queerer Soldat*innen - „Ich war die erste Frau auf Kampfflugzeugen“, tagesspiegel.de, 11.5.2021.

12 Solmecke, Christian: Anastasia Biefang scheitert mit Verfassungsbeschwerde - Fragwürdiger Streit um privates Tinder-Profil, WBS.LEGAL Rechtsanwaltsgesellschaft, wbs.legal, 16.4.2025.

13 Gates, Gary J. & Herman, Jody L.: Transgender Military Service in the United States, The Williams Institute - School of Law (UCLA),williamsinstitute.law.ucla.edu, 1.5.2014.

14 Christopher, Ben: How the Military Became the Country’s Largest Employer of Transgender Americans, Priceconomics, 28.9.2016.

Feminismus in Tarnfarben?

Die mediale Fantasie der kämpfenden Frau

von Robin Welsch

Kaum ein imaginiertes Bild ist so widersprüchlich wie das der kämpfenden Frau. Sie posiert mit dem Gewehr, marschiert in die Schlacht, die Muskeln glänzen von Schweiß und zugleich ist sie schön, sexy, makellos. Zwischen militärischem Pathos und erotischer Pose illustriert die Popkultur einen alten Widerspruch: Wenn Stärke gleich militärischer Kampf bedeutet, dann bleibt die Logik des Patriarchats bestehen – nur eben mit femininen Anstrich.

Die Bundeswehr zeigt in ihren Werbekampagnen zunehmend als frauenfreundlicher Arbeitgeber. Durch Videokampagnen wie *die Rekrutinnen* werden Frauen mittlerweile gezielt in den Vordergrund gerückt. Durch sie und mit Hilfe von privaten Influencerinnen auf Plattformen wie TikTok, die gestylt und in Uniform in die Kamera lächeln und von ihrer Bundeswehrkarriere erzählen, wird ein progressives Bild der soldatischen Frau vermittelt.

Katy Perry kannte den Trick bereits. In ihrem Video *Part of Me* verwandelt sich Liebeskummer in eine militärische Karriere. Verraten vom Ex-Freund, greift sie zur Schere, schneidet sich das Haar, zieht die Tarnuniform an – und marschiert durch die Grundausbildung der Marines. „Who needs therapy when you can join the army?“ könnte die Bildunterschrift lauten. Was als Empowerment-Ritual beginnt, endet als Rekrutierungsvideo. Die Uniform ersetzt das Subjekt: Wer kämpft, gilt als stark; wer nicht kämpft, bleibt schwach. Feminismus als Militärtraining zum Vier-Viertel Takt.

Ähnlich funktioniert Beyoncé in *Run the World (Girls)*. Panzer, High Heels, choreographierte Kampfeslust. „Who run the world? Girls!“ – ein Schlachtruf im doppelten Sinne. Die Kamera fängt feminine Körper in militärischer Formation ein. Doch die performative Stärke bleibt an der Oberfläche, eingebettet in den militärisch-kapitalistischen Komplex. Empowerment wird zur Pose: Macht, ja – aber als Spektakel.

Die „Amazonen“ des Diktators und der Kinofilm The Woman King

Noch vor dem Musikvideo hat die westliche Fantasie eine andere Bühne gefunden: die sogenannten „Amazonen“ Gaddafis – jene weibliche Leibgarde, welche offiziell als *al-Raḥmān al-Ḥārisāt*, oder als die „Beschützerinnen des Führers“ bezeichnet werden. Allein der Name verrät den kolonialen Blick. „Amazonen“ – das klingt nach antiker Mythologie, nach wilden Kriegerinnen im Dschungel, nach Exotik mit Waffen. Es ist ein westliches Fantasma: die erotische Wildheit der bewaffneten Frau.

In den 1980er- und 1990er-Jahren erschienen die Leibwächterinnen in Reportagen als Kuriosität – halb Märchen, halb Fetisch. Uniform, Absatz, Lippenstift: ein autoritärer Harem mit Kalaschnikow. Ihre politische Realität, ihre fehlende Wahlfreiheit, ihre Position in einer patriarchalen Diktatur? Verschwunden unter der Schicht aus Projektion und Puder.

Die „Amazonen“ sind weniger libysche Geschichte als westlicher Spiegel. In dieser Zuschreibung überlagern sich der koloniale und patriarchale Blick. Zum Vorschein kommen der rassistische Orientalismus und der Soldatinnen-Fetischismus einer Medienkultur, die weibliche Macht nur gezähmt, als Dekor eines männlichen Systems begreifen kann. Die Frau mit der Waffe bleibt dem kriegerischen System treu – und dient zugleich als „moderne“ PR.

2022 brachte Hollywood Elite-Kriegerinnen aus Westafrika auf die Leinwand: Gina Prince-Bythewoods *The Woman King*. Endlich, so schien es, Schwarze Frauen als Heldinnen – stark, strategisch, solidarisch. Viola Davis als Generalin der Agojie, jener realhistorischen Einheit im Königreich Dahomey. Doch der Film erzählt weniger Geschichte als Mythos. Dahomey war Teil des transatlantischen Sklavenhandels – eine unbequeme Wahrheit, die das Drehbuch elegant verschweigt. Die Kriegerinnen kämpfen heroisch, die Gewalt ist kathartisch, der Krieg moralisch sauber.

Die Kamera feiert Muskeln, Schweiß, Körper – eine Ästhetik der „noblen Gewalt“. Man spürt die Handschrift des Superheld*innenkinos: choreographierte Brutalität, emotionaler Sound, Schockmomente in Zeitlupe. Was hier als „Feminismus“ verkauft wird, ist ein klassisches Hollywood-Märchen: Emanzipation durch Kampf, Selbstbestimmung durchs Schwert.

Kulturwissenschaftlich gesprochen: *The Woman King* produziert eine bestimmte Ästhetik die einen scheinbaren

Who needs therapy when you can join the army?: The Woman King (Sony Pictures), Kate Perry und die Rekrutinnen - Ausschnitte über youtube.com.

Pazifismus im Modus der Gewalt nahelegt. Die Gewalt ist geläutert, schön, und sie wird legitimiert durch die Kategorie des Geschlechts. Statt die militaristische Logik zu brechen, wird sie feminisiert. Das Ergebnis: ein Kriegsfilm in feministischer Verpackung – mit moralischer Note.

Kämpfen ja, aber bitte sexy

Kämpfende Frauen sind in der Popkultur willkommen – solange sie ‚attraktiv' kämpfen. Sie dürfen rebellieren, aber nicht deeskalieren; sie dürfen zuschlagen, aber nicht verhandeln. Die „Kriegerin" ist das ästhetische Pendant zum „Girlboss": stark, sexy, systemkonform. Doch Feminismus – verstanden als politische Bewegung – war nie ein um Gleichberechtigung an der Waffe.

Er war eine Kritik an Herrschaft, an Gewalt, an der Militarisierung des Lebens. Von der proletarischen Arbeiterinnenbewegung um Clara Zetkin bis zur Friedensbewegung der 1980er Jahre stand die Frage im Raum: Wie befreien wir uns *von* der Logik des Krieges, nicht *durch* sie?

Die popkulturelle Hypersexualisierung kämpfender Frauen ist darum kein Fortschritt, sondern ein Rückfall – ein Ablasshandel, der die Gewalt mit Glitzer überzieht.

Wenn Feminismus Antimilitarismus heißt, dann heißt es: Nein zur Waffe. Nein zur Kriegslogik. Nein zur Ästhetisierung der Gewalt.

Nicht die Frau mit dem Gewehr ist das Symbol der Emanzipation, sondern die Frau, die es niederlegt. Denn solange die kämpfende Frau nur ein schöneres Bild abgibt, bleibt der Krieg derselbe – nur mit einem anderem Gesicht.

Die bewaffnete Frau, ob in *The Woman King*, in Gaddafis „Amazonen"-Mythos oder in Popvideos, ist das Paradox unserer Zeit: Objekt der Bewunderung und Beweis der Unterwerfung zugleich. Ein wahrer feministische Akt wäre es, die große Bühne zu verlassen, um gemeinsam auf der Straße gegen imperialistische Kriege zu kämpfen.

Die Rapperinnen OG Lu und Ebow machen es vor: Auf der *Zusammen für Gaza* Demo am 27.09.2025 traten sie für ein Ende des Genozid, für Humanitäre Hilfe und gegen Waffenlieferungen an Israel vor dem Bundestag auf.

Überleben in dieser apokalyptischen Zeit

Interview mit Farah Salka

Farah Salka ist Mitbegründerin und Co-Leiterin der Gruppe Anti-Racism Movement (ARM), eines 2011 im Libanon gegründeten feministischen Basiskollektivs. Dessen Ziel ist es, soziale, wirtschaftliche und geschlechtsspezifische Gerechtigkeit für Migrantinnen und Migranten sowie marginalisierte Gruppen im Libanon zu erreichen – mit einem besonderen Fokus auf Migrantinnen, die als Hausangestellte unter dem repressiven Kafala-System* leben. Die Veränderungstheorie der ARM sieht Migrantinnen und Migranten als Akteure des sozialen Wandels. Dieser Wandel vollzieht sich durch migrantenzentrierte oder -geleitete Arbeit in den Bereichen Interessenvertretung, Gemeinwesenarbeit, Organisierung und Rechtsberatung. Die ARM vertritt eine starke feministische Ethik der Fürsorge, die sich nicht nur auf ihre Organisierungsarbeit, sondern auch auf ihr Arbeitsumfeld erstreckt. Das Interview führte Jacqueline Andres.

Was sind die größten Schwierigkeiten, die das Leben von Frauen im Libanon heute beeinflussen?

Die Liste ist sehr lang. Die zionistische Entität [Anm. d.R.: Gemeint ist der Staat Israel] und seine Verbündeten, Unterstützer und Geldgeber stehen an erster Stelle. Solange es möglich ist, jeden, wie auch immer, wann auch immer und ohne mit der Wimper zu zucken zu töten, gibt es keine Chance auf Leben oder ein Leben in Würde. Daher ist das vor allem ein großes Problem für Frauen im Libanon – ob Libanesinnen, Palästinenserinnen oder Migrantinnen. Solange Israel mit seiner kolonialen Geschichte, der Apartheid, seinen genozidalen Absichten und seiner nachgewiesenen Geschichte an militärischen Angriffen in der Region so nah ist, leben wir alle in ständiger Gefahr. Frauen riskieren, bei einem Anschlag getötet zu werden oder auf sich allein gestellt zu sein, wenn ihre Angehörigen und Freunde ums Leben kommen. Bomben können ihr Haus, ihren Arbeitsplatz oder ihr Auto treffen, wenn sie auf dem Heimweg sind. Israelische Phosphorbomben können ihre Ernte und ihr Ackerland verseuchen und langfristige gesundheitliche Schäden bei Mensch und Natur verursachen. Wenn sie versuchen, ihre zerstörten Häuser im Süden wieder aufzubauen, steht Israel ihnen erneut im Weg. Hinzu kommen all die sich gegenseitig verstärkenden Krisen, die der Libanon seit 2019, der Zeit der Revolution, durchgemacht hat. Damals gingen die Menschen auf die Straße und forderten soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Herrschaft korrupter und sektiererischer Eliten, darunter auch Kriegsverbrecher. Eine Krise jagte die nächste – es war wie ein unaufhörlicher Strom des Verderbens.

Was sind diese sich gegenseitig verstärkenden Krisen?

Die finanziellen und wirtschaftlichen Krisen. Der Libanon hat eine der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrisen der modernen Geschichte durchlebt. Das libanesische Finanzsystem brach 2019 nach langer Vorwarnung zusammen. Die libanesische Lira verlor über 98 % ihres Wertes, es kam zu einer Hyperinflation, die Lebensmittelpreise explodierten, und Banken verweigerten den Menschen den Zugriff auf ihre Ersparnisse. Viele Menschen, vor allem Frauen, überfielen Banken, um an ihre Ersparnisse zu gelangen. Gehälter wurden gekürzt, Renten wertlos. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung stürzten in die Armut.

Kurz darauf folgte die COVID-19-Pandemie, die die Wirtschaftskrise verschärfte und das Gesundheitssystem überlastete. Dann die Explosion in Beirut am 4. August 2020, eine Ammoniumnitrat-Explosion, die die gesamte Stadt zerstörte. Sie verursachte irreparable Schäden; einige Frauen liegen bis heute im Koma. Die Familien der Toten und Verletzten warten noch immer auf Aufklärung und Gerechtigkeit; sie wissen immer noch nicht, was geschehen ist. Und bis heute, fünf Jahre später, wurde niemand für die Explosion zur Rechenschaft gezogen.

Hinzu kommt die anhaltende Strom- und Treibstoffkrise. Seit dem Ende des Bürgerkriegs 1990 kämpft der Libanon mit einer Stromkrise, die durch ständige Stromausfälle und die kostspielige Abhängigkeit von stark umweltbelastenden privaten und extrem korrupten Energieversorgern gekennzeichnet ist.

2021, inmitten der Wirtschaftskrise, und 2024 konnte der Staat seine Rechnungen nicht mehr bezahlen und dem

staatlichen Stromversorger ging der Treibstoff aus – das Land hatte nur ein bis zwei Stunden Strom pro Tag. 2024 war der Libanon über 24 Stunden lang ohne Strom. Da die Wasserversorgung von Strom abhängt, geht die Stromkrise mit einer Wasserkrise einher. Die Wasserversorgung ist ohnehin schon knapp und die Versorgung von Hotels und des Tourismus hat Priorität. 2024 lieferte der staatliche Stromversorger etwa vier Stunden Strom pro Tag, 2025 etwa sechs bis acht Stunden. Seit 2023 haben israelische Angriffe die Strom- und Wasserinfrastruktur beschädigt und die Krise weiter verschärft. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt heute monatlich parallel zwei Rechnungen: eine für den staatlichen Stromversorger und eine für einen privaten Generator. Die Kosten dafür übersteigen oft die durchschnittliche Miete für eine Wohnung. So kann man sich notdürftig mit Strom versorgen, was aber immer noch nicht ausreicht, um den gesamten Strombedarf des Hauses zu decken. Es ist absurd und ärgerlich.

Ein weiterer Punkt ist die unvermeidliche Schulkrise. Seit 2018 haben Schülerinnen und Schüler über 760 Unterrichtstage verpasst, das sind 60 % ihrer Schulzeit. Die Wirtschaftskrise hat die Gehälter der Lehrkräfte drastisch gekürzt, und sie waren gezwungen zu streiken. Die Pandemie hat in einem Land, in dem Online-Unterricht aufgrund der Stromkrise nahezu unmöglich ist, zu erheblichen Beeinträchtigungen geführt. Und Israels Krieg im Libanon hat die Situation, wie so vieles andere auch, verschärft: Israel bombardierte und beschädigte Dutzende Schulen, etwa 40 % der staatlichen Schulen wurden zu Notunterkünften umfunktioniert und eine halbe Million Kinder mussten fliehen. Es ist eine anhaltende Krise – Familien sind weiterhin vertrieben, Schulen sind weiterhin unterfinanziert, die Gehälter der Lehrkräfte sind nach wie vor unzureichend.

All diese Krisen haben Armut und soziale Ungleichheit verschärft. Familien können ihre Kinder nicht ernähren, und viele arbeiten in mehreren Jobs, um in einer schrumpfenden Wirtschaft, die nicht genügend menschenwürdige Arbeitsplätze für alle bietet, über die Runden zu kommen. Hinzu kommt ein Mangel an Präventions- und Schutzmaßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt (GBV), an Unterstützungsangeboten für Überlebende sowie an Rechenschaftspflicht für Täter. Die Zunahme bewaffneter Gruppen und die Militarisierung erhöhen ebenfalls das Risiko von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Obdachlosigkeit gefährdet die persönliche Sicherheit von Frauen – Frauen, die durch die Explosion in Beirut oder den israelischen Beschuss ihre Häuser verloren haben, mussten auf der Straße oder in überfüllten Notunterkünften schlafen, wo sie einem höheren Risiko von Gewalt und Verletzlichkeit ausgesetzt waren.

All das oben Genannte ist ein bescheidener Versuch, die Krise im Libanon vor dem 7. Oktober 2023 zu beschreiben. Dann, und als ob das nicht schon genug wäre, beginnt im Jahr 2023 ein Völkermord direkt vor den Toren des Libanon. Gaza ist schließlich unter normalen Umständen nur eine zweistündige Autofahrt vom Südlibanon entfernt. Natürlich konnten wir in unserer Zeit nie dorthin fahren, da Gaza besetzt ist und Israel jeglichen Kontakt der Menschen aus Gaza mit der Außenwelt unterbindet. Und Ende 2023 begannen die Eskalation und der Krieg im Libanon, der Tausende von Menschenleben gefordert hat und weiterhin fordert, darunter auch Frauen und ihre Angehörigen.

Welchen Schwierigkeiten waren Frauen im Libanon schon vor der Krise ausgesetzt?

Die ganze rechtliche Diskriminierung (zum Beispiel die Unmöglichkeit, die Staatsangehörigkeit an Kinder oder Ehemänner weiterzugeben), die sexuelle Belästigung, der Missbrauch, die Gewalt und Manipulation, die familiären und religiösen Schwierigkeiten (das Personenstandsrecht wird von religiösen Gerichten in Bezug auf Ehe, Sorgerecht, Scheidung usw. festgelegt, sodass für Frauen verschiedener Konfessionen unterschiedliche Gesetze gelten), Überarbeitung und Unterbezahlung, die Probleme mit dem öffentlichen Nahverkehr (das öffentliche Verkehrssystem hat sich nie vom Bürgerkrieg erholt, und es mangelt bis heute an zuverlässigen und sicheren öffentlichen Verkehrsmitteln), die beruflichen Herausforderungen, die psychischen Probleme, die im Libanon immer mehr zunehmen. Der Zugang zu angemessener Hilfe ohne große finanzielle Mittel ist selten. Es ist heutzutage wirklich schwer, eine Frau im Libanon zu sein, selbst mit den Privilegien eines libanesischen Passes. Man kann sich also nur vorstellen, wie viele zusätzliche Belastungen und Traumata eine nicht-libanesische Frau, eine Migrantin, beispielsweise eine Arbeiterin im Rahmen des Kafala-Systems, oder eine palästinensische Frau mit halbem Flüchtlingsstatus im Libanon ertragen muss. Es ist ein Albtraum.

Militarismus und Kriege stützen das Patriarchat und vergrößern die Kluft zwischen Arm und Reich. Hatte dies Auswirkungen auf feministische Kämpfe?

Absolut, wie immer. Es ist traurig, herzzerreißend und empörend zu sehen, wie die Folgen der jahrelangen Gräueltaten im Libanon die feministische Bewegung, ihre Organisationsfähigkeit und ihre Aktivistinnen selbst beeinträchtigt haben. So viele wertvolle Menschen sind durch Flucht und Migration verloren gegangen, andere durch emotionale Erschöpfung und Burnout. Das Modell unseres Landes (das uns durch die in diesem Interview beschriebenen Umstände – und es gibt noch viele weitere – aufgezwungen wurde) treibt einen immer weiter von der Gemeinschaft weg und in einen extremen Überlebensmodus (individuell oder für die Familie). Man hat weder Zeit noch Kraft oder mentale Energie, sich um etwas anderes als sich selbst und den engsten Kreis zu kümmern. So schrecklich und selbstzerstörerisch.

Wie sieht der Alltag für Frauen und Mädchen im Südlibanon heute aus?

Verheerend, schmerzhaft, herzzerreißend und extrem unzureichend dokumentiert und vernachlässigt. Es scheint, als ob die meisten Menschen in Beirut und nördlich der Hauptstadt den Südlibanon zunehmend als hoffnungslosen Fall betrachten, als ein besiegtes Land, das uns entrissen wird und langsam auf dem Weg zur vollständigen Besetzung oder Wiederbesetzung durch Israel ist. Unsere lokalen Medien berichten kaum über die Gräueltaten im Süden und die täglichen Todeszahlen, geschweige denn über die indirekten Folgen des Krieges. Es ist, als ob Krieg uns nichts angeht, solange er nicht in Beirut stattfindet. Wir haben nicht einmal verlässliche Zahlen und Daten zum Ausmaß der Ereignisse im Süden. Man muss ständig nach Informationen suchen. Manchmal fragen sich die Menschen, wozu überhaupt berichten, wenn es nichts ändert. Man muss sich nur Gaza ansehen. Der gesamte Streifen befindet sich seit zwei Jahren in einem Teufelskreis aus Flucht und Vertreibung, und noch nicht alle sind zurückgekehrt. Die meisten haben angesichts der psychopathischen Zerstörungen Israels kein Zuhause mehr, in das sie zurückkehren könnten. Viele Frauen leben mit anderen Menschen oder Familien in kleinen Wohnungen und Zimmern, denn wohin sollen sie sonst gehen? Sie konnten entweder bei anderen Leuten unterkommen, extrem teure Unterkünfte mieten oder auf der Straße und in öffentlichen Schulen, die zu Notunterkünften umfunktioniert worden waren, leben. Überall herrschten Überbelegung und unhygienische Zustände. Oftmals war die Atmosphäre rassistisch. Es ist erschreckend, zu welcher Absurdität und zu welchem Rassismus Menschen fähig sind, selbst angesichts des nahenden Todes. Israel verfolgte und tötete weiterhin Menschen, selbst wenn sie kilometerweit von ihren bombardierten oder vertriebenen Häusern entfernt waren, irgendwo anders im Libanon, weit weg vom Süden oder der Bekaa-Ebene. Nirgendwo war und ist es sicher. Es gab keine Ruhepause. Eine Gräueltat jagte die nächste und angesichts dieser hochentwickelten, perfiden Technologie gab es für die Menschen kein Entkommen. Welch eine Schande!

Wie war der Krieg für migrantische Hausangestellte?

Um es gelinde auszudrücken: entsetzlich und beängstigend. Die migrantischen Hausangestellten wurden wieder einmal im Stich gelassen und wie Waschmaschinen weggeworfen, genau wie bei jeder anderen Krise im Libanon. Einer Arbeiterin wurde von der Familie, für die sie arbeitete, versprochen, Lebensmittel im Supermarkt zu besorgen. Doch sie kehrten nie zurück, und sie blieb völlig allein zurück. Tausende von Frauen, die als Hausangestellte arbeiteten, wurden von ihren Familien im Stich gelassen – ohne Pass, ohne Arbeit, ohne Geld, ohne alles. Die von der libanesischen Regierung bereitgestellten Unterkünfte waren ausschließlich für libanesische Staatsangehörige und ohnehin viel zu klein. Die IOM versäumte es, entgegen ihrem Mandat, eine Unterkunft für migrantische Hausangestellte zu eröffnen. Migrantische Aktivist*innen und einige wenige Verbündete betrieben informelle Unterkünfte, die natürlich ständig überfüllt waren. So wurden Zehntausende obdachlos und mussten auf der Straße schlafen, ohne zu wissen, wo die nächste Bombe fallen würde, ob sie nachts sicher sein würden und oft ohne Kontakt zu ihren Familien. Alle migrantischen Hausangestellten litten, sowohl diejenigen, die bei ihren „Sponsoren“ lebten, als auch diejenigen, die allein oder bei Freunden im Freien wohnten und als „Freiberuflerinnen“ in verschiedenen Haushalten arbeiteten.

Wie war der Krieg für Frauen in den palästinensischen Flüchtlingslagern? Und für Frauen aus den irakischen und syrischen Flüchtlingsgemeinschaften?

Er war auf mehreren Ebenen traumatisierend: persönlich, politisch und logistisch. Die Lager befinden sich an verschiedenen Orten im Land. Es gibt zwölf offizielle palästinensische Flüchtlingslager im Libanon – verstreut über das ganze Land und unterschiedlich groß: von etwa 800 Bewohnern (überwiegend, aber nicht ausschließlich Palästinenser) in Mar Elias bei Beirut bis hin zu über 64.000 Menschen in Ain el Hilweh im Süden. Rashidieh beispielsweise ist das Lager, das Palästina am nächsten liegt und am weitesten südlich im Libanon. Die Bibliothek von Rashidieh wurde am 26. November 2024, kurz vor Abschluss des Waffenstillstandsabkommens, von drei israelischen Luftangriffen getroffen, bei denen zwei Menschen getötet wurden. Generell sind die Lager überfüllt, schlecht ausgestattet und – wie in den meisten Teilen des Libanon – herrscht dort ständiger Mangel an Strom und Wasser sowie an grundlegender Infrastruktur für den Lebensunterhalt. Palästinensische Flüchtlinge im Libanon besitzen keine Staatsbürgerschaft, sind von vielen Berufen ausgeschlossen, dürfen kein Eigentum erwerben und haben nur eingeschränkten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Sie sind im Libanon extrem marginalisiert. Gemeinsamer Nenner aller Lager war, dass der gesamte Libanon bombardiert wurde. Gerade für Flüchtlingsfrauen im Libanon ist die Lage selbst in „friedlichen“ Zeiten äußerst prekär, daher müssen die 66 Kriegstage die Hölle gewesen sein. Sie mussten nicht nur einen tödlichen Krieg ertragen, sondern all dies auch fernab ihrer Heimat durchleben, größtenteils inmitten einer Gesellschaft, die Fremden, insbesondere Palästinensern, stets feindselig und hasserfüllt gegenübersteht. Im Libanon versuchen viele Syrer und Palästinenser, ihren Dialekt zu ändern, wenn sie mit Libanesen sprechen, um ihre Identität zu „verbergen“ und so Rassismus, Diskriminierung und anderen Schwierigkeiten zu entgehen. Wirklich schrecklich.

Wie hast Du den Krieg erlebt? Wie hat der Krieg Dein Leben beeinflusst?

Trauma, Angst, Wut, Abscheu vor dem Zustand der Welt und der Erkenntnis, wie klar wir mit der Behandlung durch andere umgehen, dem globalen Rassismus, dem Faschismus – mein Alltag besteht aus Arbeit bis zur Erschöpfung, ständigem Nachrichtenverfolgen, der Unsicherheit, wann und wo man das Haus verlassen kann und wann nicht, unzähligen Entscheidungen, die ich täglich für mich und meine Angehörigen treffe, dem Überlebensmodus in seiner extremsten Form.

Und vergessen wir nicht das monströse Pager-Verbrechen von 2024, das Tausende von Menschen verstümmelte und verletzte und viele tötete. Die manipulierten Pager explodierten überall; die Menschen trugen sie täglich bei sich; sie explodierten in Supermärkten, auf der Straße, in Krankenhäusern, einfach überall. Die Bomben der israelischen Luftangriffe könnten überall explodieren. Wie soll ich meinen Alltag bewältigen, wenn alles ein Ziel sein kann? Und die Drohnen – das tägliche Grauen der Drohnenangriffe. Bis heute hört man in Beirut fast täglich eine israelische Drohne über sich kreisen. Wenn man die Drohnen und Kampfjets hört, weiß man nie, wann und wo eine Bombe einschlägt. Es ist schwer zu beschreiben; entweder man weiß, wie es ist, unter dem täglichen Lärm und dem Schrecken der Drohnen zu leben, oder man weiß es nicht.

Frauen sind in Kriegen nicht nur Opfer, sondern spielen auch eine aktive Rolle. Wie haben Frauen letztes Jahr humanitäre Hilfe organisiert?

Ja, es gab viele Initiativen, viele davon basisdemokratisch, von Frauen geleitet, sogar von Migrantinnen selbst – allen Widrigkeiten zum Trotz. Der Mut und die Führungsstärke einiger Migrant*innen in ihren Organisationen (alle nicht registriert und auf allen Ebenen mit hohen Risiken verbunden) waren bemerkenswert. Migrantinnen füllten die Lücken, die viele Libanes*innen und NGOs nicht füllen konnten (aufgrund von offenem Rassismus und ausgrenzenden Maßnahmen oder einfach aufgrund mangelnder Kapazitäten und Ressourcen). Sie organisierten sich, unterstützten sich gegenseitig, solidarisierten sich, kümmerten sich umeinander, kochten, beherbergten einander und brachten sich gegenseitig in Sicherheit (oder aus den von Israel festgelegten „roten Zonen“). Sie leisteten viel emotionale Unterstützung und hielten einander in einer Zeit größter Angst und des Gefühls der Verlassenheit – insbesondere für Migrantinnen.

Gibt es einen Austausch zwischen feministischen Gruppen aus dem Libanon und Gruppen aus der Region, wie etwa aus Syrien und dem Irak, zum Thema der Auswirkungen des Krieges?

Meiner Meinung nach zu wenig mit Syrien und so gut wie gar nicht mit dem Irak. Solche Initiativen werden, wenn überhaupt, leider immer von europäischen Gruppen geleitet (manchmal feministisch, wohlmeinend, partizipativ, fürsorglich usw., manchmal aber auch nur, um uns als Versuchsobjekte zu missbrauchen), und selten oder nie von uns selbst, da wir uns im permanenten Überlebensmodus befinden. Dadurch verlieren wir unendlich viel Zeit und Gelegenheiten, uns zu treffen, zu vernetzen, voneinander zu lernen und uns gegenseitig zu inspirieren. Die Kluft zwischen libanesischen und syrischen Gruppen (einschließlich Frauengruppen) ist real, spürbar und groß, und es ist sehr traurig, wenn man bedenkt, wie anders alles hätte sein können, wenn nicht all die „Teile-und-herrsche“-Taktiken angewendet worden wären, die uns in den letzten 15 Jahren tatsächlich gegeneinander aufgehetzt haben.

Wie können feministische Gruppen in Deutschland und Europa Solidarität mit Frauen und generell mit den Menschen im Libanon zeigen und sie im Kampf für ihr Recht auf ein Leben frei von Gewalt unterstützen?

Indem sie aufmerksam sind, sich engagieren und die Kluft zwischen ehemaligen Kolonialmächten und Ländern und Regionen verstehen, die lange unter diesen rassistischen Kriegstreibereien gelitten haben und weiterhin leiden, die langfristigen Auswirkungen dieser Geschichte auf Grundrechte und Privilegien und alles, was dazugehört, verstehen, ihren Rassismus verlernen und die Korruption in ihren Regierungen und ihrer Außenpolitik bekämpfen, die uns und unsere Angehörigen täglich auf unzählige Arten das Leben kostet. Dies sind einige Ideen, und ich bin sicher, dass jeder kreativ werden und herausfinden kann, was für ihn funktioniert und worin er seine Stärken hat und was er tun kann, wenn er möchte. Jeder kann seinen Beitrag leisten, und die vor uns liegende Aufgabe ist groß.

* Das Kafala-System, auch „Sponsoring“ genannt, ist ein Regelwerk, das in Libanon, Jordanien und den Golfstaaten zur Anwerbung und Beschäftigung von migrant workers eingesetzt wird. Kafala unterstellt Arbeitnehmer der rechtlichen Verantwortung ihrer Arbeitgeber und gibt den „Sponsoren“ die Macht, ihnen den Zugang zu ihren Arbeits- und Menschenrechten zu verweigern. Die konkreten Regelungen variieren von Land zu Land, aber im Allgemeinen beschränkt oder kriminialisiert Kafala die Möglichkeiten von migrant workers, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sich gegen Missbrauch/Gewalt zu wehren, zu kündigen, den Arbeitsplatz zu wechseln oder ohne vorherige ausdrückliche Genehmigung des Arbeitgebers in ihr Heimatland zurückzukehren.

Deutsche Feministische Außenpolitik?

Eine kritische Bilanz

von Jacqueline Andres

Im März 2023 traten die damalige Außenministerin Annalena Baerbock und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, vor die Kameras der Presse und stellten ihre Leitlinien zur feministischen Außenpolitik und Entwicklungspolitik vor.[1] Knapp zwei Jahre später, im Mai 2025, übergab Annalena Baerbock ihr Amt ihrem Nachfolger Johann Wadephul von der CDU. Damit findet die feministische Außenpolitik (FAP) ein jähes Ende – Annalena Baerbock nannte ihre Außenpolitik wertegeleitet und feministisch und Wadephul seine sicherheits-, interessen- und wirtschaftsgeleitet.[2] Nun lohnt es sich, eine kritische Bilanz einer Außenpolitik zu ziehen, die offiziell den Anspruch erhob, feministisch zu sein.

Mehr Waffenlieferungen in Kriegsgebiete

Betrachtet man den großen Anspruch der FAP von Baerbock, Frieden und Sicherheit weltweit, insbesondere für Frauen, zu fördern, so hat sie diesen – unter der feministischen Fahne – nicht einmal in Ansätzen umgesetzt. Ein großer Kritikpunkt ist hier die Unterstützung von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. In nur wenigen Worten militarisieren die Leitlinien den Feminismus und erklären Pazifismus indirekt für unrealistisch: „Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass im Angesicht brutaler Gewalt Menschenleben auch mit militärischen Mitteln geschützt werden müssen. Deshalb ist feministische Außenpolitik nicht gleichbedeutend mit Pazifismus. Sie ist der humanitären Tradition verpflichtet, aus der sich klassische Friedenspolitik und Rüstungskontrolle speisen. Dabei erkennt sie außenpolitische Realitäten an und stellt sich den daraus erwachsenden Dilemmata.“ Mit diesem Abschnitt erklären die Leitlinien Waffenlieferungen für feministisch und für unausweichlich angesichts der außenpolitischen Realitäten – die das Auswärtige Amt interpretiert.

Noch zu Beginn ihrer Amtszeit als Außenministerin forderte Baerbock eine stärkere und restriktivere Kontrolle von Rüstungsexporten – wie es auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung stand. Zunächst strebte das Außenministerium mehr Einfluss auf Rüstungsexportgenehmigungen an, eine Aufgabe, die sonst besonders im Wirtschaftsministerium verortet ist, denn die Exportgenehmigungen seien „auch eine Frage der Außenpolitik, von Menschenrechten, von internationalen Beziehungen“.[3] Die Ampel-Regierung arbeitete zunächst auch an einem Rüstungsexportkontrollgesetz, doch gab schließlich die Arbeit daran auf.[4] Unter der Ampel erreichten die Rüstungsexporte immer neue Rekordwerte – zuletzt genehmigte die Bundesregierung 2024 Rüstungsexporte im Wert von 12,83 Milliarden Euro.[5] Insgesamt rangiert die BRD immer noch unter den weltweit fünf größten Waffenexporteuren und Hauptempfänger deutscher Waffen waren im Zeitraum von 2020 bis 2025 die Ukraine, ein Kriegsgebiet, Ägypten, eine Militärdiktatur, und Israel, ein Staat, der beschuldigt wird, nichts weniger als einen Genozid zu begehen.[6]

Annalena Baerbock unterstützte die Waffenlieferungen an die Ukraine und behauptete: „Unsere Waffenlieferungen helfen, Menschenleben zu retten.“[7] Dafür starben viele Menschen – laut dem britischen Verteidigungsministerium und dem US-amerikanischen Center for Strategic and International Studies (CSIS) starben seit 2022 etwa 250.000 russische Soldat*innen und etwa 60.000 bis 100.000 Ukrainer*innen im Krieg.[8] Baerbock stellte sich mit ihrem FAP-Ansatz nicht nur hinter die Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet, sondern hinter die große Aufrüstung der NATO-Staaten und der EU. „Frieden“, so Baerbock auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025, „wird es nur durch Stärke geben“.[9] Sie forderte mehr Rüstungsausgaben auch auf EU-Ebene: „Als Europäer werden wir mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit tragen. Denn angesichts der existenziellen Bedrohung braucht es einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung, um unseren Frieden und Wohlstand zu sichern. Bei Corona haben wir gesehen, zu was Europa fähig ist. Es braucht erneut Investitionen, die der historischen Wegmarke, vor der wir stehen, angemessen sind.“[10] Die EU gab für Corona-Unterstützungsleistungen etwa 700 Mrd. Euro aus – diese „Kraftanstrengung“ nun bedeutet nicht weniger als hunderte Milliarden Euro für die Rüstungsin-

Links: Friedensdelegation von Frauen am Beginn des ersten Weltkriegs 1915, Foto: Library of Congress. Rechts: Kleines Podest beim G7 Außenministertreffen 2023 in Japan, Foto: UK-Government über wikipedia.

dustrie. Das sind gleichzeitig hunderte Milliarden, die nicht in Gesundheit, Bildung, Wohnen und Soziales gesteckt werden. Das sind aber auch Gelder, die nicht in die Umsetzung der historischen Errungenschaft der Istanbul-Konvention zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsbezogener, sexualisierter und häuslicher Gewalt gesteckt werden, die 2018 in der BRD in Kraft trat. Dies wären aber Bereiche, die die Rechte von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen stärken und ihnen einen besseren Zugang zu Ressourcen ermöglichen.

Die Waffenlieferungen an Israel stiegen nach dem 7. Oktober 2023 um ein Zehnfaches und dies, obwohl der Internationale Gerichtshof im Januar 2024 den Genozidvorwurf gegenüber Israel für plausibel erklärte. Auch Annalena Baerbock stellte sich hinter das Recht Israels auf Selbstverteidigung und sprach zivilen Orten wie Schulen in Gaza ihren Schutzstatus ab, wenn sich dort Terroristen verschanzten.[11] Angesichts der Tatsache, dass das israelische Militär in Gaza mehr als 60.000 Menschen getötet hat – etwa zwei Drittel von ihnen sind Frauen und Kinder – und mehr als 83% aller Gebäude in Gaza verstört hat, ist dies mehr als fatal. Nun klagt ein Kollektiv von Anwält*innen, u.a. Benjamin Düsberg und Nadija Samour, gegen sieben führende Politiker*innen und gegen vier Manager*innen von deutschen Rüstungsunternehmen. Der Vorwurf lautet: Beihilfe zum Völkermord. Angeklagt werden u.a. die ehemalige Außenministerin Annalena Baerbock, der ehemalige Kanzler Olaf Scholz und der aktuelle Kanzler Friedrich Merz.[12]

Auch der Sudan ist hier zu nennen: Zwar reiste die damalige Außenministerin in den Sudan, versprach Hilfe in Höhe von 125 Millionen Euro und sagte: „Dieser Krieg muss aufhören.“[13] Aber die Waffenexporte an die VAE und an Saudi-Arabien gehen weiter, obwohl sie die Rapid Support Forces (RSF) stützen und damit ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen im Sudan verfolgen. Tatsächlich befürwortete Baerbock die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, die nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im Jahr 2018 offiziell gestoppt wurden. Auch hier muss gefragt werden, wie das mit den Leitlinien einer FAP vereinbar ist.

Die Liste könnte weiter fortgeführt werden.

Feministische Außenpolitik des Auswärtigen Amtes: Das Konzept

Kern der FAP bildeten die drei Rs+D.[14] Dabei stehen die Rs für: Rechte, Ressourcen, Repräsentation von Frauen und Mädchen und das D für Diversität, sprich marginalisierte Gruppen und insbesondere Personen aus der LGBTQI-Community. Das Auswärtige Amt setzt sich für die Rechte der Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen weltweit durch „das Eintreten für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und den Abbau diskriminierender Strukturen und Gesetze“ ein. Den Zugang zu Ressourcen durch Frauen und Mädchen sollte das *gender budgeting* sicherstellen, d.h. die Haushaltsmittel sollten auf Geschlechtergerechtigkeit hinwirken. Konkret sollten z.B. bis 2025 ganze 85% der Projektmittel des Amts *geschlechtergerechte Wirkung* entfalten, acht Prozent sollten *gendertransformative Projekte*, also Gleichstellungsprojekte, sein. Und bei Repräsentation strebte das Ministerium die „Förderung der gleichberechtigten Vertretung und Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen [an] – insbesondere auch in der Außen- und Sicherheitspolitik“. So sollte der Frauenanteil in Führungspositionen im Auswärtigen Amt erhöht werden sowie „Diversität und Inklusion berücksichtigt, Sexismus und Intoleranz bekämpft und Vielfalt gefördert werden“. Auch antikoloniale Ambitionen klangen in dem Konzept an: die FAP sollte die „historisch gewachsenen Machtstrukturen“ aufbrechen: „Dabei basiert sie auf kritischer Selbstreflexion über die eigene Geschichte, stellt sich historischer Verantwortung auch für unsere koloniale Vergangenheit und ist offen, von anderen zu lernen.“

Liberale Kritik

Bereits im Juli 2023 kritisierten achtzehn Organisationen im Netzwerk 1325 die Leitlinien. Dieses Netzwerk besteht aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich

für die Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ aus dem Jahr 2000 durch die Bundesregierung einsetzen – und für eine feministische Außenpolitik. Zu den kritisierenden Organisationen zählen u.a. Amnesty International, das Gunda-Werner-Institut der Heinrich Böll Stiftung der Grünen, medica mondiale und sogar das Center for Feminist Foreign Policy (CFFP), ein Thinktank, der sich maßgeblich an der Erstellung dieser Leitlinien beteiligt hatte. Kern dieser Kritik, die die im Grunde wertgeschätzten Leitlinien verbessern möchte, war die Benennung der Leerstelle beim Thema Migration, das Fehlen konkreter Zielsetzungen und die weiterhin bestehende Unklarheit hinsichtlich der angedachten Partizipation der Zivilgesellschaft. Auch inhaltlich, z.B. bezüglich der unzureichenden Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus und der fehlenden Maßnahmen zur atomaren Abrüstung, kritisierte das Netzwerk 1325 die Leitlinien.[15] Die wohl umfangreichste Kritik veröffentlichte Claudia Ziller von der SWP in einer Studie, an der sich auch weitere Autor*innen beteiligten. Sie erkennt „Anforderungen und Potenziale“. Grundlegend könne nicht von einer FAP gesprochen werden, dazu müsse es einen Kabinettsbeschluss zur FAP geben, es müsse ein von der gesamten Regierung getragenes Konzept sein, da Innen- und Außenpolitik verflochten seien. Die FAP müsse sich „von ihrer als Begleitprogramm verstandenen Rolle“ emanzipieren, um wirken zu können.[16] Es stellt sich auch die Frage, wie eine Auswertung der FAP stattfinden soll, wenn es, wie Claudia Zilla betont, „bislang keine einheitliche Definition und keine klaren Kriterien für die Messung der Wirksamkeit von FAP“ gibt.[17] Die in den Leitlinien konkret benannten Ziele des Genderbudgetings und der Erhöhung der Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen im Auswärtigen Amt können betrachtet werden: 85% der Projektmittel des Amtes sollten eine geschlechtergerechte Wirkung entfalten – im Dezember 2024 waren es nur 65%.[18] Und der Frauenanteil an Führungspositionen im höheren Dienst im In- und Ausland konnte von 2023 um 7% auf insgesamt 37% im Jahr 2025 erhöht werden, aber er liegt weiterhin weit hinter den angestrebten 50% zurück.[19]

Grundsätzliche Kritik

Es sprechen jedoch mindestens drei ganz grundsätzliche Kritikpunkte dafür, dass die BRD keine FAP betreiben kann.

Erstens: Die drei R’s entsprechen einer liberalen und oberflächlichen Form des Feminismus, da sie besonders mit der „Repräsentation“ darauf abzielen, Frauen und marginalisierte Gruppen an die Spitze der Strukturen von Unterdrückung zu stellen, anstatt für die Abschaffung dieser Strukturen zu plädieren.

Zweitens: Ein imperialistischer bzw. kapitalistisch-imperialistischer Staat im globalen Norden, der zu seinem Nutzen militärische oder wirtschaftliche Kontrolle über einen anderen ausübt und dessen Wohlstand auf der Akzeptanz und Beibehaltung dieses Ungleichgewichtes basiert, kann keine glaubwürdige FAP betreiben, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Es gibt viele Definitionen von Feminismus; nach der Definition von bell hooks, ist Feminismus „eine Bewegung zur Beendigung von Sexismus, sexistischer Ausbeutung und Unterdrückung“.[20] Daran anknüpfend kann ein kapitalistischer und imperialistischer Staat, der für seine Interessen einsteht, nicht auf die Beendigung von Sexismus hinwirken, denn Sexismus, das Patriarchat und Kapitalismus funktionieren zusammen.

Drittens: Die Leitlinien militarisieren Feminismus und erklären die Waffenlieferung an die Ukraine als notwendig und gerechtfertigt. Kern der Militärkultur ist das Einüben von Gewalt zur sozialen Kontrolle durch die Soldat*innen – und genau diese Logik, Gewalt zur Durchsetzung von Kontrolle – versucht jeder Feminismus zu überwinden, der mehr als nur eine Legitimationsstrategie sein will. Feminismus kann nicht einerseits tödliche Machtstrukturen stärken und gleichzeitig für ein Ende von Unterdrückung einstehen.

Was bleibt

Die FAP, wie sie sich die Außenministerin Annalena Bearbock ausgedacht hatte, ist auf ganzer Linie geschei-

Bild: Monika Mazur

tert. Konzeptionell waren die Leitlinien nicht durchdacht und haben sich nicht mit dem dann doch noch zugrunde liegenden Weltbild der Ampel in Einklang bringen lassen. Vor allem ist sie aber in der Realität gescheitert, an den außenpolitischen Handlungen einer Koalition, deren „Werte“ opportunistisch auf verschiedenen Kriegsschauplätzen geopfert wurden.

Baerbock leistete dem Feminismus einen Bärendienst, indem sie versuchte, mit feministischen Ansätzen schlussendlich den Feminismus dem Krieg dienbar zu machen: Töten im Namen des Feminismus?

Das Konzept der FAP taucht im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU nicht mehr auf. Laut Wadephul sollen jedoch „die Resolution 1325 mit der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit, der Schutz vulnerabler Gruppen weltweit sowie Klima und Nachhaltigkeit bedeutende Teile“ der Außenpolitik bleiben.[21]

Selbst der Thinktank, der die FAP der BRD maßgeblich geprägt hat, das CFFP, gegründet von Kristina Lunz und Nina Bernarding, stellte im Juli 2025 seine Arbeit ein. Es bleibt eine wichtige Aufgabe für die antimilitaristischen und (queer)feministischen Bewegungen, gegen die Instrumentalisierung von Feminismus für Krieg und Imperialismus einzustehen und klarzustellen: Feminismus heißt Antimilitarismus.

Anmerkungen

1 Feministische Außenpolitik: Gleichberechtigung stärken, deutschland.de, 3.3.2023.
2 Rede von Außenminister Dr. Johann Wadephul anlässlich der Amtsübernahme im Auswärtigen Amt, 6.5.2025
3 Marcus Balser: Baerbock fordert strengere Kontrolle für Waffenexporte, Süddeutsche Zeitung, 26.12.2021.
4 Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht mehr weiterverfolgt, Wirtschaft - Antwort - hib 69/2025, 3.2.2025.
5 Bilanz für 2024 Deutsche Rüstungsexporte so hoch wie noch nie, tagesschau, 27.8.2025.
6 Angelika Melcher: Deutschland auf Platz 5: Wie sich der Waffenhandel verändert hat, Wirtschaftswoche, 10.3.2025.
7 Annalena Baerbock im Interview mit der FAZ: „Unsere Waffen helfen, Menschenleben zu retten“ , 22.9.2022.
8 Pjotr Sauer: One million and counting: Russian casualties hit milestone in Ukraine war, the guardian, 22.6.2025.
9 Außenministerin Annalena Baerbock vor der Münchner Sicherheitskonferenz, 14.2.2025.
10 Ebd.
11 Patricia Hecht und Daniel Bax: Konflikt um feministische Außenpolitik. Die langen Schatten des Nahostkriegs, taz, 31.10.2024.
12 Nathaniel Flakin: Genozid in Gaza: Strafantrag gegen deutsche Regierungsmitglieder, neues deutschland, 23.9.2025.
13 Franziska Miller und AP: Bürgerkrieg im Sudan: Außenministerin Baerbock sagt Millionenhilfe zu, de.euronews.com, 15.4.2025.
14 Auswärtiges Amt, Feministische Außenpolitik gestalten: Leitlinien des Auswärtigen Amts, Februar 2023. Die Leitlinien wurden von den offiziellen Seiten des AA wieder entfertn, weshalb hier hilfsweise auf eine Seite der UN-Frauen-Organisation verwiesen wird.
15 GWI, Care, International Rescue Committee, IFFF, Plan International, Greenpeace, Women for Women International, The Canaan Project, Deutscher Frauenring e.V., OWEN, medica mondiale, POLIS 180, UN WOMEN Deutschland, Deutscher Frauenrat, Frauen Netzwerk Für Frieden, CFFP The Center For Feminist Foreign Policy, Amnesty International, ADRA: Die Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik des Auswärtigen Amts. Ein Statement aus feministischer Perspektive.
16 Claudia Zilla (Hg.): Feministische Außen- und Entwicklungspolitik konkret. Anforderungen und Potenziale, SWP-Studie 2024/S 07, 28.2.2024
17 Claudia Zilla (Hg.), ebd.
18 Kaja Klapsa und Daniel-Dylan Böhmer: Wo Baerbocks feministische Außenpolitik an der Realität zerschellt, 8.12.2024.
19 Barbara Mittelhammer: Ein Schritt vor, zwei zurück? Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik nach der Abschaffung der Feministischen Leitlkinien, Oktober 2025.
20 bell hooks: Feminismus für alle. 2. Aufl. Münster: Unrast Verlag, 2022, S. 17.
21 Rede von Außenminister Dr. Johann Wadephul anlässlich der Amtsübernahme im Auswärtigen Amt, op. cit., 6.5.2025.

Kriegsmatrix

Männliche Hegemonie, martialische Epistemologie und experimentelle KI-Kriegsführung

von Jutta Weber

„Die Gewalt macht jeden, der sie erleidet zum Ding.
So unerbittlich, wie die Gewalt vernichtet,
so unerbittlich berauscht sie den, der sie besitzt oder zu besitzen glaubt.“
Simone Weil

Die Militarisierung der europäischen Politik, der zunehmende Autoritarismus in Politik und Wirtschaft sowie die Beteiligung am Wettrennen um KI-basierte Kontroll- und Waffentechnologien ist die Antwort der Europäischen Union (EU) und Deutschlands auf eine sich verändernde, multipolare Welt und Zeichen ihrer Angst vor dem Verlust westlicher Hegemonie.[1] Die Behauptung u.a. eines baldigen Angriffs Russlands in Europa, der Sabotage und Subversion durch Cyberwar und die aktuelle Aufregung der Politik wegen Überflügen unbekannter Drohnen, die seit Jahren in Europa u.a. über Atommülllagern und Gefängnissen gesichtet werden und gegen die man lange nichts unternommen hat, sollen die explodierenden Aufrüstungskosten der EU und der NATO rechtfertigen. Im EU-Weißbuch ’European Defence Readiness 2030‘ vom März 2025 geht man tatsächlich von der „*realen Perspektive eines vollumfänglichen Krieges*“ aus.[2]

Doch Aufrüstung und Kriegsbereitschaft sind vor allem das Ergebnis einer komplexen Dynamik aus internationalen Beziehungen, gesellschaftlich-politischen und ökonomischen Konstellationen, kulturellen soziotechnischen Vorstellungswelten, aber auch dominanten Narrativen und psychischen Dispositionen. Worüber 'westliche' Politiker:innen eher selten sprechen, ist, dass sich Europa und letztlich der komplette globale Norden in einer grundlegenden, umfassenden Krise der Globalisierung befinden. Wie schreibt die Friedensforscherin Almut Rochowanski so treffend: „Ich finde es wichtig, dass wir unsere schöne Selbsterzählung beenden. Denn der Westen unterstützt die Ukraine nicht, weil sie Opfer eines Aggressors wurde, sondern weil sie gegen eine Großmacht kämpft, die wir als Rivalin sehen. Ansonsten würde man Opfer von Gewalt weltweit unterstützen – was nicht getan wird.“[3]

Die Polykrise der Ökonomie, der Demokratie, der Reichtumsverteilung, der Pandemien und des Klimas begann schon lange vor dem Russland-Ukraine-Krieg und entfaltet sich auf verschiedensten Ebenen.[4] Und die historische hegemoniale Stellung des globalen Nordens und seiner meist männlichen führenden Politiker und Industriebosse bröckelt genauso wie seine ökonomische und politische Macht.

Polykrise und Autoritarismus

Die Aufrüstung, die wir heute erleben, wird nicht von ungefähr begleitet von Rechtsradikalismus, Populismus, Sexismus und der Zurückdrängung von Geschlechtergerechtigkeit. Im Rahmen dieser Polykrise verstärken sich alte und neue Ängste auch in den Geschlechterordnungen. Man kämpft in konservativer, autoritärer Politik, in Social Media und Feuilletons gegen einen sogenannten ‚Genderwahn‘. Man verbietet in Bayern geschlechtergerechte Sprache, in Ungarn jegliche Formen von queerer Kultur und macht in Polen legale Abtreibungen fast unmöglich. Die Gleichzeitigkeit von Aufrüstung und dem Kampf gegen Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt ist kein Zufall. In ihrem lesenswerten Buch 'Die Evolution der Gewalt' bringen es die Autoren Harald Meller, Kai Michel und Carel van Schaik auf den Punkt: „*Patriarchale Strukturen und ein martialisches Verständnis von Männlichkeit sind Kernelemente der Kriegsmatrix.*“[5]

Wir erleben eine massive Verteidigung der westlichen weißen männlichen Hegemonie, die Entwicklung neuer ökonomischer Modelle angesichts eines sich beschleunigenden Kapitalismus mit seinem Hunger nach neuen Märkten und Rohstoffen, eine Rhetorik der Kriegstüchtigkeit und der nationalen Verteidigung, die alte patriarchale Logiken, Narrative und Praktiken toxischer Männlichkeit weiterführt bzw. erneuert.

Im Folgenden möchte ich diese Kriegsmatrix mit Blick auf Künstliche Intelligenz herausgreifen und die Logik KI-basierter Kriegstechnologien und die in sie eingeschriebenen Werte und Normen sowie ihre materialen Konsequenzen skizzieren.

KI-Systeme: Maschinengeschwindigkeit und …

Generell gilt schon lange in der feministischen Friedensforschung mit Blick auf Aufrüstung: *Security ruins safety*. Was wirklich Frieden sichert, sind nicht immer noch mehr Waffen, sondern Bildung, Reduzierung von Armut, Arbeit, Gesundheitssysteme und Ähnliches mehr. Und letztlich sollte es *primär* um die Sicherheit von Zivilist:innen ge-

hen und nicht um nationale (Sicherheits-)Interessen. Doch Europa investiert aktuell lieber in den rasanten Rüstungswettlauf KI-gestützter Systeme, dessen martialische Logik primär von weißen, männlichen CEOs von Rüstungsunternehmen und Startups, militärischen Protagonisten, Informatiker:innen, aber auch Politiker:innen vorangetrieben wird. So behauptet Alex Karp, CEO der Rüstungsfirma Palantir, ihr Besitz sei so entscheidend wie derjenige taktischer Atomwaffen. Auch Eric Schmidt, Ex-CEO von Google[6] oder Putin[7] verbreiten gerne den technikdeterministischen Mythos, dass die Weltherrschaft von KI abhänge.

KI-basierte militärische Systeme beinhalten u.a. Entscheidungssysteme wie Palantirs AIP-Plattform. Dies sind Systeme, „die KI-Techniken zur Datenanalyse einsetzen, umsetzbare Empfehlungen liefern und Entscheidungsträger auf verschiedenen Ebenen der Befehlskette bei der Lösung halbstrukturierter und unstrukturierter Entscheidungsaufgaben unterstützen.“[8] Auch hochautomatisierte Targeting- bzw. Zielfindungssysteme wie z.B. das System 'Lavender' der Israeli Defense Forces, die automatisiert mögliche Ziele für Tötungen von Menschen oder Zerstörung von Gebäuden oder Infrastruktur vorschlagen, sind zunehmend von Interesse. Und neben teleoperierten Drohnen zu Wasser, zu Land und vor allem in der Luft werden auch autonome Tötungssysteme eingesetzt. Das reicht von luftgestützten First-Person-View- bzw. Kamikaze-Drohnen mit Sprengstoff – die per Datenbrille ins Ziel gesteuert werden –, mit Schnellfeuerwaffen bestückte Quadrokopter (z.B. im Gaza-Krieg) hin zu Drohnen, die über weite Strecken fliegen und größere Mengen an Sprengstoff transportieren können. Diese Systeme entscheiden häufig über Leben und Tod. Und sie werden immer tödlicher. In der Ukraine gehen 70% der Opfer auf Drohnen zurück.[9]

Um die abstrakte Gewalt, die diese Systeme ausüben, zu verstehen, muss man etwas über die theoretischen Grundlagen von Künstlicher Intelligenz (KI) bzw. Machine Learning wissen. Die Grundlagen von KI sind alt, aber mit den heutigen Hochleistungsrechnern und mit Big Data – gesammelt vom Militär, Geheimdiensten und Plattformen wie Google, Amazon oder Microsoft – entstehen neue Anwendungsmöglichkeiten. Machine Learning ist eine Methode, um auf der Basis von Korrelation Muster in Daten zu finden bzw. zu produzieren für die Vorhersage von Ereignissen. Korrelation basiert auf der Annahme, dass Vergangenes mit mehr oder wenig großer Wahrscheinlichkeit wieder in der Zukunft passieren wird. Man vergleicht millionenfach automatisiert Texte, Bilder, Sprachnachrichten, extrahiert Muster, analysiert mit diesen Mustern wieder neue Daten – und so weiter und so fort. So funktionieren Bilderkennung oder auch Large Language Models (LLM) wie ChatGPT. Im Korrelationsparadigma „berechnet“ man das Verhalten von Menschen, Märkten, das Eintreten von Ereignissen auf Basis von Wahrscheinlichkeiten – ohne dieses Verhalten zu verstehen oder auch nur verstehen zu wollen. KI ist Teil einer neuen Technorationalität *jenseits* klassischen analytischen, theoriegeleiteten Denkens.[10] Der Schwerpunkt dieser Erkenntnispolitik liegt nicht auf Richtigkeit oder Wahrheit, sondern auf „brauchbarer“ Evidenz. KI hat letztlich keinerlei objektiven Wahrheitsanspruch.[11] Diese Wissensordnung reflektiert eine Welt, die vom Gefühl der Instabilität, Unsicherheit und Geschwindigkeit geprägt ist und in der es – aus Angst vor der Zukunft – wichtiger erscheint, approximative Prädiktionen von Eintrittswahrscheinlichkeiten zu nutzen als nach kausalen Erklärungen zu suchen. *Eine KI weiß nicht, was sie tut.* Sie approximiert bzw. jongliert. Auf diese Weise Entscheidungen über Leben und Tod zu treffen, ist abstrakte Gewalt.

Die verheerenden Konsequenzen dieser Technologie wurde schon mehrfach mit Blick auf das KI-basierte Targetingsystem 'Lavender', mit dem das israelische Militär 47.000 Palästinenser (von zwei Millionen Menschen im Gazastreifen) als Terroristen identifiziert, diskutiert. Das System soll mit einer Fehlerquote von etwa zehn Prozent arbeiten.[12] Die Datenanalyse stützt sich u.a. auf Videos, E-Mails, Mobilkommunikation und Social-Media-Inhalte. Vermutlich setzt man für die Analyse dieser Datenmengen u.a. quantitative Link-Analysemethoden ein.[13] Das bedeutet konkret: Je häufiger ein Verdächtiger mit jemandem in Kontakt tritt, desto verdächtiger wird auch diese Person – auch wenn die kontaktierte Person vielleicht nur der Patenonkel ist. Aus Angst, potenzielle Verdächtige zu übersehen, definiert man die Suchkriterien in den Erkennungsalgorithmen eher weit, um alle möglichen Korrelationen und Muster zu erfassen. Dadurch werden immer mehr Menschen als potentielle Terroristen identifiziert. Um eine hohe Zahl falscher Negativ- oder Positivmeldungen zu vermeiden, bräuchte man ein genau definiertes Suchprofil – was nicht möglich ist. Also unterstellt man, dass *derjenige* Terrorist ist, der mit anderen Terroristen kommuniziert, sich in ähnlichen Gebieten aufhält, bestimmte Meinungen teilt, etc. Durch das Schneeballprinzip werden immer mehr unschuldige Menschen zu potentiellen Zielen. Ähnlich problematisch sind KI-basierte Entscheidungssysteme, die mit Machine Learning arbeiten. Oft potenzieren sich die schon erwähnten Fehler durch Machine Learning durch die Nutzung von Large Language Models (LLM) wie ChatGPT, die recht häufig 'halluzinieren'. Weltweit sitzen Tausende von Menschen, meistens schlecht bezahlt, in Bürocontainern, um den Unsinn der LLM auszubügeln – aber das funktioniert nicht in Echtzeit mit militärischen Entscheidungssystemen.[14]

Der Wunsch nach technologischer Überlegenheit bzw. der Glaube an den Vorteil von Entscheidungen in Maschinengeschwindigkeit sitzt offensichtlich so tief, dass man diese massiven und menschenverachtenden Fehler(raten) wissentlich in Kauf nimmt und hofft, man könne so den 'Fog of War' durch KI eliminieren. Die Toten des letzten Gazakriegs, in dem die IDF vermutlich umfangreich KI-gestützte Waffen eingesetzt haben, sind zu 83% Frauen und Kinder. Aber auch die NATO hat unlängst erklärt,

dass sie ein KI-gestützes System für Aufklärung, Entscheidungsprozesse und Targeting erworben hat und einsetzt: das Maven Smart System.[15] Dieses System ist von der Firma Palantir, die auch Israel umfassend in ihrer KI-Kriegsführung unterstützt hat.

Aber die Ungeheuerlichkeiten gehen noch weiter: Aktuell beginnt man in den USA Diskussionen darüber, ob man die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen nicht den schnelleren KI-Entscheidungssystemen überlassen sollte.[16]

… delegierte Verantwortung

Last but not least werden immer mehr autonome KI-basierte Waffensysteme entwickelt und eingesetzt, da diese Systeme angeblich nicht nur schneller, sondern auch weniger störanfällig sind – vor allem wenn es um die Störung der Systeme durch Jamming oder ähnliches geht. Vermutlich geht es aber auch um die Delegation von Verantwortung – nun muss man nicht mehr (allein) entscheiden, welche Aktion durchgeführt und wer getötet werden soll. Oder man kann sich gerade auch im Angesicht der verheerenden Konsequenzen dieser Systeme, die nicht von ungefähr viele Kritiker:innen als völkerrechtswidrig betrachten,[17] auf die Empfehlung der Maschine berufen. Doch laut Genfer Konvention muss jede militärische Handlung einem Menschen zuschreibbar sein – und nicht einem Computerprogramm.

KI-basierte (Drohnen-)Kriegsführung lässt sich von dem sogenannten 'Human-In-The-Loop' nicht qualitativ kontrollieren – ohne den erwünschten Vorteil der Maschinengeschwindigkeit zu verlieren. Ein Soldat kann weder die Korrektheit der Trainingsdaten der Algorithmen noch deren laufende ‚Lern'- sprich Optimierungsprozesse überprüfen. Das gilt für alle intelligenten Systeme – aber in zunehmend softwarebasierten Kriegen gewinnt das eine neue Qualität. Kriegsführung wird (noch) experimentell(er), v.a. auch, wenn man z.B. im laufenden Betrieb jede Woche Softwareupdates auf Drohnen aufspielt, wie z.B. das Startup Helsing bei Drohnen in der Ukraine[18]. Das ist letztlich Trial-and-Error. *Man will ausprobieren, was geht.* Die Ukraine, Gaza oder auch der Sudan dienen als Experimentallabor für KI-gestützte Systeme mit Soldat:innen und Zivilist:innen als Versuchskaninchen.

Diese Logik basiert auf der Überzeugung, dass das angestrebte Ziel alle Mittel rechtfertigt. Wir haben es dabei mit einer martialischen Männlichkeit sowie westlich und weiß codierter epistemischer und militärischer Gewalt[19] zu tun. Die zugrundeliegende ‚martialische Epistemologie'[20] stützt sich auf vage Wahrscheinlichkeiten und soll helfen, immer umfassendere Bereiche auf der Basis fragwürdiger Annahmen im hochkomplexen Feld Krieg zu automatisieren. Die entsprechenden militärischen Praktiken nehmen keine Rücksicht auf die Konsequenzen der sogenannten ‚Verteidigungs'waffen.

Anmerkungen

1 Vgl. BICC, IFSH, INEF, PRIF: Friedensgutachten 2025 friedensgutachten.de; Uta Ruppert: Ein bisschen Feminismus im Krieg? Über das Paradoxe feministischer Außenpolitik. Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 208. 52. Jg., Nr. 3, 9/2022, 409-507.

2 European Commission, High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy: Joint White Paper for European Defence Readiness 2030. 19.3.2025 defence-industry-space.ec.europa.eu.

3 Almut Rochowanski, zit. nach Magdalena Berger, Marie Serah Ebcingolu: Feministische Perspektiven auf Aufrüstung und Frieden. 8.9.2025, missy-magazine.de.

4 Adam Tooze: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Dez. 2022 willy-brandt.de.

5 Harald Meller, Kai Michel, Carel van Schaik: Die Evolution der Gewalt. München 2024. S. 334.

6 Lucy Suchman: Six Unexamined Premises Regarding Artificial Intelligence and National Security. Mar 31, 2021. AI Now, https://aiinstitute.org.

7 Vgl. Peter Wahl, Erhard Crome, Frank Deppe, Michael Brie: Weltordnung im Umbruch. Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt. Köln: Papyrossa 2025.

8 Klaudia Klonowska: Israel - Hamas Symposium. AI-based Targeting in Gaza. Surveying Expert Responses and Refining the Debate. 7.6.2024 lieber.westpoint.edu. Übs. deepl/JW.

9 M. Santora, L. Jakes, A.E. Kramer, M. Hernandez, L. Sholudko: A Thousands Snipers in the Sky. The New War im Ukraine. 3.3.2025 New York Times.

10 Jutta Weber: „Eine sorgfältig konstruierte Maschine der Gewalt" Über algorithmische Kriegsführung, abduktive Mutmaßungen und automatisiertes „Völkerrecht". PROKLA 217, Heft 4, Dezember 2024, 609-625.

11 Rainer Mühlhoff: KI und der neue Faschismus. Stuttgart: Reclam 2025.

12 Yuval Abraham: 'Lavender': The AI machine directing Israel's bombing spree in Gaza. 3.4.2024 972mag.com

13 Weber 2024. a.a.O.

14 Bianca Prietl, Jutta Weber: Wissen – Macht – Technik: Perspektiven für kritische feministische Wissenschafts- und Technikforschung am Beispiel Künstlicher Intelligenz. In: Lehrbuch „Wissenschafts- und Technikforschung". Reihe „Sozialwissenschaftliche Einführungen", hg. von Anne Krüger, Cornelius Schubert, Julia Schubert, Jan-Felix Schrape, De Gruyter Verlag 2025.

15 NATO: NATO acquires AI-enabled Warfighting System. 14.4.2025 shape.nato.int.

16 Michael Hirsh: The AI Doomsday Machine Is Closer to Reality Than You Think. 2.9.2025 politico.com.

17 Christoph Marischka: AI-based Targeting - The Case of Gaza. Paper presented at the Pre-Conference Workshop „Imaginations of Autonomy". 22.5.2024 imi-online.de. Elke Schwarz: Autonomous Weapons Systems, Artificial Intelligence, and the Problem of Meaningful Human Control. The Philosophical Journal of Conflict and Violence. Vol. V, 1, 2021, 53-71; Lucy Suchman: The Algorithmically Accelerated Killing Machine. Jan 24, 2024.

18 Bloomberg: Sind Helsings KI-Drohnen überteuert? 9.4.2025; www.wiwo.de.

19 Claudia Brunner: Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne. Bielefeld: transcript 2020; Ishmael Bhila: Worldmaking Practices in Algorithmic Warfare Discourse: Perspectives in and from the Global South. Unveröffentlichte Dissertationsschrift, Universität Paderborn 2025.

20 Erik Reichborn-Kjunnerud: The World According to Military Targeting. Martial Epistemologies and Ecologies of Operation. Cambridge, MA: MIT Press 2025.

Den Betrieb entrüsten – Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit

Möglichkeiten von Betriebsräten, das BetrVG antimilitaristisch zu nutzen

von Marcus Schwarzbach

In den 1980er Jahren haben friedenspolitisch engagierte IG-Metall-Arbeitskreise für Rüstungskonversion geworben und Konzepte entwickelt, wie Waffenfabriken auf zivile Produkte umgestellt werden. Vielerorts begrüßen es Gewerkschaftsvorstände heute, wenn Rüstungsstandorte ausgebaut werden. Immer mehr Stellen werden im Militärbereich geschaffen. Den „Ausbau der Verteidigungskapazitäten auf nationaler und europäischer Ebene und die Verbesserung der Ausrüstung der Bundeswehr“ kritisiert nicht einmal der DGB-Bundesvorstand in einem Positionspapier zu den diesjährigen Ostermärschen.

Vielen Gewerkschaftsmitgliedern ist klar: Umverteilung, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und der Umbau der Industrie sind auf eine friedensstiftende Außenpolitik angewiesen. „Jeder Euro, der jetzt in den Rüstungshaushalten verschwindet, der fehlt uns für gute Bildung, gute Renten und eine ausfinanzierte öffentliche Daseinsvorsorge“, sagt Derya Rust, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Salzgitter-Peine.

Wollen Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute gegen die Kriegstüchtigkeit aktiv werden, müssen sie vor Ort beginnen. Das ist keine leichte Aufgabe. Möglichkeiten bietet jedoch das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Die rechtlichen Optionen sollten mit betriebspolitischen Instrumenten verknüpft werden, um friedenspolitische Themen in der Belegschaft zu verankern.

Das Betriebsverfassungsgesetz offensiv nutzen

Zunächst ist der rechtliche Rahmen zu beachten: Der Betriebsrat ist nach § 2 BetrVG zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit der Unternehmensleitung verpflichtet und darf im Betrieb keine Parteipolitik betreiben. Der Betriebsrat hat bei unternehmerischen Entscheidungen – etwa bei Umstellung eines Autozulieferers auf Rüstungsproduktion – keine Mitbestimmung.

Das Gesetz bietet jedoch dem Betriebsrat durchaus Möglichkeiten, unternehmerische Planungen kritisch zu hinterfragen. Besondere Bedeutung haben für Betriebsräte die Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung nach § 92 a BetrVG, die einen Verhandlungsanspruch enthalten, ohne dass bereits ein Sozialplan angestrebt werden muss. Das Vorschlagsrecht kann jederzeit eingesetzt werden, um der Gefährdung von Arbeitsplätzen vorzubeugen.

Aus Sicht der Betriebsräte kann diese Regelung genutzt werden, um über Gegenvorschläge zur geplanten Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter zu verhandeln. Denn Vorschläge nach § 92 a BetrVG können auch Alternativen zum Produktions- und Investitionsprogramm sein.

Der Unternehmer ist verpflichtet, die Vorschläge mit dem Betriebsrat zu beraten. Hält er die Vorschläge des Betriebsrats für ungeeignet, hat er dies zu begründen. Das Vorschlagsrecht ist also begrenzt, kann aber eingesetzt werden, um deutlich zu machen: Alternativen sind möglich. Es können auch andere Produkte als Militärware hergestellt werden.

Einbezug der Belegschaft

Ideen können in Sitzungen des Betriebsrates erarbeitet werden. Dabei ist auch die Belegschaft nicht zu vergessen, sie sollte motiviert werden, eigene Vorschläge einzureichen. Aufrufe können über eine Betriebsversammlung, persönliche Ansprache in betroffenen Abteilungen oder per Intranet erfolgen. Den Beschäftigten sollte klar sein, welches Betriebsratsmitglied für Fragen vor Ort zur Verfügung steht. Über diese Vorschläge aus der Belegschaft kann dem Unternehmen deutlich gemacht werden, dass die vom Betriebsrat vorgetragenen Vorstellungen denen der Belegschaft entsprechen.

Diskussionen über ein Gegenkonzept zuspitzen

Vorschläge nach § 92 a BetrVG kann die Unternehmensleitung ablehnen. Diskussionen über sein Gegenkonzept zur Militarisierung der Produktion kann der Betriebsrat jedoch nutzen, um den Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und Sozialabbau herzustellen.

Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute können die Diskussionen im Betrieb über eine andere Art der Produktion aufgreifen, um zu verdeutlichen: Alterna-

tiven sind möglich, der Weg der Militarisierung ist eine politische Fehlentscheidung, die auch rückgängig gemacht werden kann.

Dabei kann auch auf aktuelle Managementstrategien Bezug genommen werden. In der Initiative „VW heißt Verkehrswende“ diskutieren etwa Umweltaktivisten und einzelne Arbeiter über zukunftsweisende Produktion (vw-fuer-alle.de). Sie definieren Arbeit und Produktion als zentrales Feld des Wandels genauso wie Demokratie- und Eigentumsfragen. Und sie halten sichere Arbeitsplätze für realistisch, wenn die Produkte einen gesellschaftlichen Nutzen haben. Deshalb diskutieren sie über Straßenbahn-Produktion, statt über neue SUV-Modelle. Diese Logik gilt auch bei Rüstungsproduktion. In der Friedensbewegung sollte eine Diskussion über das Aktionsfeld „Betrieb“ geführt werden.

Neue IMI-Broschüre

Wir freuen uns sehr, unsere Broschüre zu gewerkschaftlichen Möglichkeiten, sich der Gegenkonversion (Umstellung der Betriebe zur Produktion von Rüstungsgütern) entgegenzustellen, präsentieren zu dürfen. Die Broschüre kann gratis auf der IMI-Seite heruntergeladen werden (wir freuen uns natürlich über Spenden!). Gedruckt kann die Broschüre gerne auch größerer Auflagen für eine Schutzgebühr von 1,50€ pro Stück (ab 10 Ex. 1 €) + Porto bei uns bestellt werden: imi@imi-online.de

Inhalt:

I. Vorwort: Gegen Militarisierung vorgehen – jetzt!
II. Krisenzeiten setzen Beschäftigte unter Druck
III. Alternativen zu den Planungen des Unternehmens entwickeln: Gegen Militarisierung im Betrieb
IV. Gegenvorschläge gemeinsam mit der Belegschaft erarbeiten
V. Informationsbeschaffung: Planungen des Unternehmens durchschauen
VI. Verhandlungen zu Interessenausgleich und Sozialplan mit einem Gegenkonzept führen
VII. Betriebliche Diskussionen über ein Gegenkonzept zuspitzen
VIII. Das kann nicht alles sein: Der Blick nach vorne

Foto: Cemrecan Yurtman unsplash.com CC.

Kriegstüchtig: Der Kölner Kessel und die Berichterstattung

von Christoph Marischka

Camp, Aktionen und Positionen

Vom 26. bis 31. August fand im Kölner Grüngürtel das antimilitaristische Camp „Rheinmetall entwaffnen“ statt. Während auf dem Camp selbst politischer und kultureller Austausch und insbesondere die Vernetzung im Mittelpunkt standen, wurde es begleitet durch viele kleinere und größere Aktionen und Blockaden vor Bundeswehr-Einrichtungen und Rüstungsbetrieben, auch ein SPD-Büro wurde zwischenzeitlich besetzt. Auch dadurch, dass die Stadt Köln das Camp ursprünglich verbieten wollte, haben die Medien relativ prominent, wenn auch nicht besonders wohlwollend, berichtet. Immerhin wurden dabei zunächst auch mehrfach die Positionen der Veranstalter*innen wiedergegeben. Zum Auftakt des Camps berichtete z.B. der WDR ausführlich.[1] Dort wird auch ein Vertreter des Bündnisses zitiert, der „sowohl Russland als auch den Westen als Teil einer machtgetriebenen Weltordnung [sieht] und […] den Ukraine-Krieg einen ‚Konflikt zwischen Großmächten‘ nennt. Er lehnt Waffenlieferungen ab, weil sie aus seiner Sicht den Krieg verlängern und nicht der Bevölkerung helfen.“ Kontrastiert wird das mit den gängigen Einschätzungen, in diesem Fall von Stoltenberg, Carsten Breuer und Sönke Neitzel, zusammenfassend der Einschätzung des Bündnisses gegenübergestellt mit der Formulierung: „Sicherheitsexperten sagen das Gegenteil“. Auch nicht fehlen darf offenbar die Einordnung, das Protestbündnis gelte „bei mehreren Landes-Verfassungsdiensten als linksextremistisch beeinflusst“.

Am meisten öffentliche Resonanz erfuhr eine Blockade vor einem Karrierecenter der Bundeswehr. Auch hier wurde das Bündnis in verschiedenen Medien (hier wiederum der WDR[2]) zitiert: „Sobald die Wehrpflicht wieder eingeführt ist, werden hier auch die Rekrutierungen organisiert. Deshalb sind wir heute schon hier, um klar zu sagen: Wir sind nicht kriegsbereit!“ Diese Blockade wurde von der Polizei aufgelöst. Als ich die Berichterstattung überflog, bevor ich zur abschließenden Parade des Camps anreiste, dachte ich mir: Gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und gegen die Wehrpflicht: Bei beiden Themen haben die Aktivist*innen laut Umfragen eine Mehrheit oder eine sehr große Minderheit der Bevölkerung hinter sich. Um damit jedoch in die Leitmedien zu kommen, müssen sie offenbar Repression und Gewalt riskieren. Das zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit bei der abschließenden Parade am Samstag, die von der Polizei mit massiver Gewalt zerschlagen und einseitig für beendet erklärt worden ist.

Ein historischer Moment…

Dabei hatte der Samstagnachmittag großartig angefangen. Es war abgesprochen, dass die Parade im Anschluss an die traditionelle Kundgebung des Kölner Friedensforums startet und es war vielleicht ein historischer Moment, als die wenigen hundert, überwiegend älteren Teilnehmer*innen dieser Kundgebung zusahen, wie hunderte, überwiegend jüngere Menschen aus dem Camp, aus der näheren und ferneren Umgebung hinzuströmten. Von beiden Lautsprecherwagen wurde sich freundlich begrüßt, dann die Versammlungsleitung von der Kundgebung an die Demo übergeben. Unübersehbar wuchs auch die Polizeipräsenz und nahm einen deutlich martialischeren Charakter an. Geplant war, dass die Kundgebung des Friedenforums und die Parade von Rheinmetall Entwaffnen zusammen gemeinsam etwa drei Kilometer zum Chlodwigsplatz ziehen und dort die Abschlusskundgebung des Friedensforums mit „Musik und Kultur für den Frieden“ stattfinden sollte. Anschließend sollte die Parade etwa weitere drei Kilometer zu jener Kaserne fortgesetzt werden, zu der auch das bereits zuvor blockierte „Karrierecenter“ gehört.

Doch bereits der Beginn der Parade wurde von der Polizei wegen vermeintlicher Verstöße gegen Demonstrationsauflagen über eine Stunde aufgehalten. Von Anfang an zeigte die Polizei ein äußerst provokatives Auftreten, ihre lautstarken, in einem patriarchalen Ton gehaltenen Ansagen erfolgten ziemlich offensichtlich nicht zufällig immer wieder zeitgleich mit Durchsagen des Demo-Lauti, z.B. während die letzte Ansage der Polizei von dort für die internationalen Teilnehmenden auf Englisch übersetzt wurde. Auch unterwegs wurde die Demo mehrfach und über

längere Zeiträume von der Polizei aufgehalten. Viele äußerten bereits zu diesem Zeitpunkt, dass die Polizei systematisch versuche, die Demo in ihrer geplanten Form zu unterbinden – das war eigentlich offensichtlich.

… endet in Repression

Die massive, vermummte und behelmte Polizeipräsenz konterkarierte auch den ursprünglich geplanten Charakter als Parade und führte dazu, dass sie eher den Charakter einer kämpferischen Demonstration mit geschlossenen Blöcken annahm. Einige der teilnehmenden Spektren schienen das ohnehin so geplant zu haben. Nachdem aus einem dieser Blöcke sog. „Bengalos“ gezündet wurden, kündigte die Polizei bereits an, die Verantwortlichen zu identifizieren und aus der Demo zu entfernen. Nachdem die Demo so etwa drei Stunden für den ersten Kilometer gebraucht hatte, wurde sie in der Mechtildisstrasse, einer dicht bebauten Zufahrt zur Severinsbrücke, massiv von der Polizei angegriffen und in drei Teile gespalten. Zunächst schien es so, als seien zwei Drittel der Demo eingekesselt worden, letztlich waren es etwa sechshundert Menschen, die so über bis zu zehn Stunden festgesetzt wurden. Die Polizei erklärte die restliche Versammlung per Lautsprecher für beendet, die „ehemaligen Versammlungsteilnehmerinnen“ für „entfernungspflichtig“ und drohte ihnen „Maßnahmen zu ihrem Nachteil“ an. Sie war für den Versammlungsleiter und den Anwalt des Bündnisses daraufhin für Stunden nicht erreichbar und ansprechbar. Auch die Versuche der parlamentarischen Demobeobachterin, eine Kommunikation herzustellen, wurden mit Polizeigewalt beantwortet. Die Polizei rechtfertigte ihr Vorgehen zunächst mit den gezündeten Rauchbomben, dann mit vermeintlichen Angriffen auf Polizeibeamt*innen, aber laut tagesschau.de auch damit, man habe verhindern wollen, „dass die Demonstranten am Rande der Kundgebung oder während des Demonstrationszuges erneut Gebäude oder Straßen blockieren“.[3] Sowohl Verstöße Einzelner als auch unterstellte zukünftige Absichten sind ein versammlungsrechtlich heikler Grund, eine Demo mit gut 3.000 Menschen mit massiver Polizeigewalt anzugreifen, zu zerschlagen und für aufgelöst zu erklären. Letzteres funktionierte allerdings nicht. Der „Entfernungspflicht“ kam über Stunden kaum jemand nach, auch das Kölner Friedensforum harrte bis in die Nacht vor dem Kessel aus und verlegte Teile seiner geplanten Abschlusskundgebung auf den verbliebenen Lautsprecherwagen.

Desinformation, Diskurs und Gewalt

„Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht“ war eine der Parolen, die auf dem ersten Kilometer der Demo skandiert wurde. Eine andere war: „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft“. Die Demonstration mit gut 3.000 Menschen wurde massiv von der Polizei angegriffen, de facto

zerschlagen. „Ausschreitungen bei Anti-Kriegs-Demo in Köln“ titelte z.B. tagesschau.de[4], andere Leitmedien berichteten gar von „Krawallen“. Das ist Desinformation! Das waren keine Ausschreitungen, das war einfach nur Polizeigewalt.[5] Das war eine Demonstration mit unliebsamen Inhalten, die einfach unter massiver Polizeigewalt zerschlagen wurde. Leider überrascht das kaum noch, auch das gehört zur „Kriegstüchtigkeit“: Opposition verunglimpfen, marginalisieren und mundtot zu machen – oder das zumindest zu versuchen. Denn bei der Kriegstüchtigkeit handelt es sich um ein Programm der Regierung gemeinsam mit anderen Eliten, das den Interessen fast der ganzen Bevölkerung zuwiderläuft: Den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Alten, Kranken und Obdachlosen, den Wehrpflichtigen, ihren Eltern und Großeltern. Es ist ein Programm, das natürlich Widerstände hervorruft und das mit Propaganda und gegebenenfalls auch Gewalt durchgesetzt werden muss. Das ist ganz offensichtlich. Deshalb ist es wichtig, hier Propaganda auch als das zu benennen, was sie ist. Auffällig ist im Übrigen, dass die meisten Videos, die seither über die „gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten“ kursieren, von der Polizei oder Anwohnenden stammen (auch auf ihnen ist Gewalt nur von einer Seite erkennbar), ich persönlich habe z.B. im ganzen Verlauf der zuvor viel diskutierten Demonstration in der Medienstadt Köln keine einzige Kamera des WDR (oder anderer öffentlich-rechtlicher Sender) entdecken können. Sie waren nach Angaben des Presseteams von Rheinmetall Entwaffnen auch nicht mehr erreichbar.

Übrigens: Man muss nicht unbedingt dabei gewesen sein, um die Propaganda zu erkennen, das steht im Grunde in der Propaganda selbst, soweit sie die Bilanz der Polizei zitiert: Nachdem etwa sechshundert Menschen acht Stunden gekesselt und einzeln die Personalien festgestellt wurden, erfolgte eine einzige Festnahme unter dem Vorwurf des „Widerstandes“. Eine ganz offensichtlich magere Bilanz dafür, eine Demo mit 3.000 Menschen zu zer-

schlagen. Die andere: Angeblich wurden 147 verletzte Demonstrant*innen und 13 verletzte Beamt*innen festgestellt.

Anmerkungen

1 Sabine Schmitt: Für die Ukraine, aber gegen Waffen von Rheinmetall - geht das?, wdr.de, 27.8.2025

2 Markus Schmitz: Polizei löst Blockade vor Bundeswehr-Karrierecenter in Köln auf, wdr.de, 27.8.2025

3 Nach Gewalt bei Anti-Kriegs-Demo: Bericht rechtfertigt Polizei-Einsatz, wdr.de, 11.9.2025

4 Der Artikel bei tagesschau.de wurde mittlerweile (vermutlich mehrfach) ergänzt und überarbeitet, die Version vom 31.8.2025, Stand 19:04 ist hier per Screenshot dokumentiert.

5 Die Demosanitäter*innen, die den Protest betreuten, berichteten außerdem in einer Instagram-Story in der Nacht vom 31. August um 3.30 Uhr: „Wir erleben grade einen der heftigsten Einsätze in unserer Gruppengeschichte mit unzähligen Verletzten. Die Polizei stoppte die Rheinmetall Entwaffnen Demonstration in Köln, kesselte einen größeren Block weitgehend ein und zieht auch noch zur Stunde mit Gewalt [a]uch einzelne Demonstrant*innen aus dem eingekesselten Demonstrationsblock. Dabei kommt es immer wieder zu Verletzten, die teilweise auch einem Krankenhaus zugeführt werden mussten. Wir gehen von einer hohen zweistelligen bis niedrig dreistelligen Patient*innenzahl aus.“

Der Friedensbewegung gehört die Zukunft, weil eine menschenwürdige Zukunft nur im Frieden möglich ist

Erklärung des Kölner Friedensforums

Das Kölner Friedensforum hat am 30. August anlässlich des Jahrestages des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen eine Kundgebung unter dem Motto „Frieden schaffen – Aufrüstung stoppen! Gemeinsam für internationale Solidarität und die Einhaltung des Völkerrechts“ organisiert.

Anschließend war eine gemeinsame Demonstration und Kundgebung mit der bundesweiten Initiative „Rheinmetall entwaffnen“ auf dem Chlodwigplatz geplant. Dies wurde durch massive Polizeigewalt verhindert.

Friedensbewegung und Antikriegsbewegung, Vertreter der belgischen Friedensbewegung, eine Rednerin der Gruppe „Palestinians & Jews for Peace“, ein ukrainischer Kriegsdienstverweigerer, RednerInnen von „Rheinmetall entwaffnen“ sowie MusikerInnen und und internationale KünstlerInnen für den Frieden sollten die Perspektive und Bedeutung internationaler Solidarität von unten gegen die globale Aufrüstungsspirale und dem demokratieschädigenden Geschäften mit Tod zur Geltung bringen.

Bereits der Auftakt der Demonstration wurde verzögert von einer Einsatzleitung, die sich der von uns gewünschten Kooperation und politischen Klärung entzog: Auch der Versuch von unserer Demoleitung und den auf dem Platz zuständigen zwei KontaktpolizistInnen, sich mit ihrem Einsatzleiter gemeinsam zu beraten, um eine Klärung über die Voraussetzungen einen zügigen Start der Demo herbeizuführen, scheiterte. Diese Praxis wurde später in der Mechthildisstraße fortgesetzt, wo die Demonstrationsleitung über 3 Stunden keinen Ansprechpartner seitens der Polizei hatte.

Wir sehen hier seitens des Innenministeriums, des Polizeistabes und der Einsatzleitung die Absicht, die Proteste für Frieden und gegen die massive Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung zu kriminalisieren.

Hinzu kommt, dass von breiten Teilen der Medien ins Gegenteil verkehrt wird, was für uns, die wir diese Demonstration erlebt und mitgestaltet haben, erfahrbar war: Diese Demonstration ist nicht gestoppt worden, weil sie gewalttätig war, sondern weil sie in Opposition zur „Kriegstüchtigkeit“ für den Frieden stand, sie ist gestoppt worden, obwohl sie friedlich war. Wir haben die Realität mitbekommen, wie sie das Team vom Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ und etliche Demoteilnehmer dokumentiert und geschildert haben – eine auf Eskalation ausgerichtete Strategie der Polizei, die darauf abzielte, die geplanten Kundgebungen und die Demonstration nicht stattfinden zu lassen. Sie hat zu Verletzungen von 147 Menschen durch das Vorgehen der Polizei geführt. 18 Personen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Wir stehen an der Seite aller Menschen, die Opfer von Polizeigewalt geworden sind und werden juristische Schritte gemeinsam mit dem Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ unternehmen.

Die Falschbehauptungen über Gewalt seitens der Demonstration sollen ablenken von dem Licht der Aufklärung, das auf die Geschäfte mit dem Tod gelenkt wurde, die weltweit unsagbares Leid, Tod und Zerstörung bedeuten. Und deren Profite hierzulande gemacht werden auf Kosten einer zivilen und sozialen Entwicklung der Bevölkerung, der Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, der Kultur…

Sie sollen ablenken von den positiven Konsequenzen, die weltweit und hierzulande aus 1933 und der Befreiung 1945 gezogen worden sind, und für deren Verwirklichung der Antikriegstag steht: Die Einheit sozialer und bürgerlicher Rechte, das Friedensgebot des Grundgesetzes und des Völkerrechts. Dafür stand und steht heute das Bündnis der antimilitaristischen und pazifistischen Friedensbewegung, von radikalen Linken bis Christen, das anlässlich des Antikriegstags zusammengekommen ist. Jetzt erst recht!

Die Solidarität der Beteiligten, der Rednerinnen und Rednern, der Kulturschaffenden und MusikerInnen, von zahlreichen Anwohnerinnen und Anwohnern in der Straße der eingekesselten Demonstration hat die Demonstration und Kundgebung in veränderter Form dennoch möglich gemacht. Dieses Engagement hat den Antikriegstag gegen alle Versuche der Einschüchterung, der Eskalation und selbst massiver Polizeigewalt zu einem Tag der Solidarität gemacht, auf dem spürbar war: Es gibt eine Alternative zur Gewalt, und wir bringen sie in die Welt. 86 Jahre nach dem Überfall Nazi Deutschlands auf Polen, 80 Jahre nach der Befreiung von Krieg und Faschismus war die Botschaft dieser Demonstration: Die notwendige Zeitenwende der Humanität, der ungeteilten Menschenwürde und des Friedens sind wir selbst.

Friedensorganisationen starten Abrüstungsappell

von Marius Pletsch

Angesichts der massiven Aufrüstungspläne der Bundesregierung haben fünf Friedensorganisationen den gemeinsamen Abrüstungsappell „Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir“ ins Leben gerufen. Würde Deutschland das im Juni 2025 beschlossene Ausgabenziel der NATO von 5% des Bruttoinlandproduktes erfüllen, das sich nochmal in 3,5% fürs Militär im engeren Sinne und 1,5% für z.B. militärrelevante Infrastrukturmaßnahmen aufschlüsseln, lägen die Ausgaben bei weit über 200 Mrd. Euro pro Jahr. Das würde fast die Hälfte des vorgesehenen Bundeshaushalts ausmachen.

Der Appell richtet sich an die Bundesregierung. Die Organisationen fordern:

- *Stopp der Aufrüstungsexzesse.* Investitionen müssen unserem Leben dienen – nicht dem Krieg.
- *Keine Belastung kommender Generationen* durch Schulden, Wehrpflicht oder verpassten Klimaschutz.
- *Diplomatie statt Waffenlieferungen.* Wir brauchen ein Ende des russischen Angriffskrieges und eine neue europäische Friedens- und Sicherheitsordnung.
- *Stärkung von Völkerrecht, Rüstungskontrolle und ziviler Konfliktbearbeitung* – für eine Welt, in der nicht das Recht des Stärkeren gilt.

Initiiert wurde die Aktion von der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK), Internationale Ärztinnen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärztinnen in sozialer Verantwortung (IPPNW), Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben und pax christi – Internationale katholische Friedensbewegung.

Hier drei Stimmen von Initiator*innen:

Philipp Ingenleuf, Netzwerk Friedenskooperative: „Der Abrüstungsappell stellt einen Startpunkt für weitere Aktivitäten dar, um der ausufernden Hochrüstungspolitik etwas entgegenzustellen. Angesichts der dramatischen Weltlage und immer neuer Rekorde bei den Rüstungsausgaben ist es wichtig, dass die Forderung nach Abrüstung von der Friedensbewegung verstärkt in die Öffentlichkeit getragen wird.“

Michael Schulze von Glaßer, DFG-VK: „Schon jetzt ist klar, dass die für Abschreckung verschwendeten Gelder für Gesundheit, Bildung, Soziales und Klimaschutz fehlen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, umzukehren und eine Politik der Diplomatie und des Völkerrechts zu vertreten.“

Esther Mydla, pax christi: „Als Friedensorganisationen sehen wir in der militärischen Aufrüstung keinen Weg, um Frieden und Sicherheit zu erreichen oder zu erhalten. Diese wird als alternativlos dargestellt, das ist sie aber nicht. Es gibt ein großes Repertoire gewaltfreier Ansätze zur Konfliktbearbeitung, und -beilegung. Diese müssen nun in den Fokus von Regierungshandeln rücken.“

Unterschriften werden ab sofort online auf den Websites der Organisationen gesammelt und Unterschriftenlisten können ab Mitte Oktober dort bestellt werden. Gesammelt wird bis Herbst 2026. Die Unterschriften sollen dann zusammen mit den Forderungen des Appells im Rahmen der Haushaltsberatungen an die Bundesregierung übergeben werden.

Appell unterzeichnen: https://dfg-vk.de/nichtmitmir/

Den Druck hoch halten

100.000 auf der Straße, Anerkennung Palästinas und Klagen wegen Beihilfe zum Genozid reichen nicht

von Pablo Flock

Am Samstag, 27. September 2025, brach die Palästinasolidarität alle Rekorde in Deutschland. Laut der mitaufrufenden Organisation Amnesty International (AI) nahmen über 100.000 Menschen an der Kundgebung 'All Eyes on Gaza' teil. Die der Bewegung stets sehr kritisch gegenüberstehende bürgerliche Presse spricht von 60.000 Besucher:innen.[1] Nennenswert, wenn auch nur mit einem mahnenden Auge lobenswert, ist, dass auch die Bundesspitze der Partei Die Linke zu einem Demonstrationszug hin zu der Kundgebung an der Siegessäule mobilisierte, die neben AI u.a. von Medico und der Palästinensischen Gemeinschaft Deutschlands organisiert wurde.

Fairerweise muss anerkannt werden, dass die Partei Die Linke sich mindestens seit April 2024 gegen Waffenlieferungen an Israel ausspricht, wie eine Pressemitteilung von damals es dokumentiert – gezeichnet gar von den in dieser Sache eher bremsenden ex-Parteivorsitzenden Martin Schirdewan und „Silberrücken" Gregor Gysi.[2] Auch der Beschluss des Bundesparteitags vom 10. Mai 2025, in dem die Jerusalemer Erklärung als Antisemitismus-Definition angenommen wurde, welche Kritik an Israel (und selbst dessen Existenzrecht) nicht automatisch als antisemitisch sieht, hebt sie von großen Teilen der Gesellschaft ab.[3]

Trotzdem steht das „Fremdeln" der Partei mit der Bewegung auf der Straße exemplarisch für den inneren Riss in der linken Bewegung in Deutschland, von der Teile an der nicht abreißenden Delegitimierung und Diffamierung der palästinasolidarischen Bewegung teilnahmen, motiviert durch ihren (natürlich aus der deutschen Geschichte begründeten) Vertrauensvorschuss für Israel und ihre Islamophobie. Die auf der Straße geteilte und sich anfeindende Linke spielte den gleich argumentierenden Parteien der aktuellen und vorangegangenen Bundesregierungen in ihrem völkerrechtswidrigen Handeln natürlich in die Hände.

Somit wundert es auch wenig, dass Deutschland in seinem „Eintreten" für eine gerechte Lösung in Nahost auch bei der letzten UN-Konferenz am 22. September 2025 zum Thema selbst hinter den westlichen Verbündeten zurückblieb.

Anerkennung Palästinas

Die Anerkennung des Staats Palästina durch Großbritannien, Kanada, Australien und Portugal sowie Belgien, Malta und Frankreich ist einerseits ein wichtiges diplomatisches Signal – besonders da sie die Verbündeten des westlichen Bündnisses Deutschland und die USA weiter isoliert. Somit erkennen nun 160 von 193 Staaten bei den Vereinten Nationen Palästina als Staat an. Andererseits ist es, wie viele richtig kommentieren, überwiegend Symbolpolitik.

Jedoch täuschen Vertreter der sicherheitspolitischen Kaste in Deutschland eine Ohnmacht vor, wie etwa Wolfgang Ischinger, früherer Leiter Münchner Sicherheitskonferenz, wenn er sagt: „Das Leid der Menschen in Gaza, die Probleme im Westjordanland werden damit nicht etwa durch einen Federstrich beseitigt" und die Anerkennung einen „Akt der Verzweiflung, weil einem nichts Besseres einfällt," nennt. Dabei hat Deutschland einerseits durchaus die Macht, „vor Ort" etwas zu verändern, und bisher auch nicht mehr als symbolische Gesten zu einer Lösung des Konflikts oder für ein Ende des Mordens in Gaza getätigt.

Deutschland widersetzt sich weiterhin dem diplomatischen Druck dieser dritten Anerkennungswelle und möchte eine solche Anerkennung an das Ende eines Friedensprozesses zwischen den beiden Parteien setzen – den Israel jedoch weiterhin blockiert. Die BRD hält damit hauptsächlich den Weg für weitere völkerrechtswidrige Aneignungen durch Israel offen. Und natürlich liefert es weiterhin Waffen, nur undurchsichtig oder auf Vertrauensbasis eingeschränkt, dass Produkte nicht dem Morden in Gaza zu Gute kämen.

Klagen gegen Bundesregierungen wegen Beihilfe zum Genozid

Deswegen ist es richtig und wichtig, dass endlich eine Klage wegen Beihilfe zu israelischen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord gegen Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz und Ex-Außenmi-

nisterin Annalena Baerbock sowie deren aktuelle Pendants, Friedrich Merz und Johann Wadephul, die (Ex-)Wirtschaftsminister:innen Robert Habeck und Katharina Reiche, sowie den Verteidigungsminister beider Amtszeiten, Boris Pistorius, erhoben wurde. Ebenso angeklagt sind vier Unternehmensvertreter:innen der Unternehmen Renk Group AG, Rolls Royce Solutions GmbH und Dynamit Nobel Defence GmbH, die, wie Renk, Getriebe für die Merkava Panzer liefern oder, im Falle von Rolls Royce, Panzer und weitere Militärfahrzeuge, die in Gaza eingesetzt werden, mit Motoren ausstatten.

„Dynamit Nobel sei für die Lieferung von Panzerabwehrwaffen verantwortlich, die in Gaza gegen bewohnte Gebäude eingesetzt wurden," berichtete beispielsweise die Taz,[4] der die Klageschrift des Berliner Anwaltskollektivs um die Rechtsanwältinnen Nadija Samour und Yolanda Scheytt und die Anwälte Robert Brockhaus und Benjamin Düsberg vorliegt. „Die elf Personen waren an Exporten von Rüstungsgütern an Israel der vergangenen knapp zwei Jahre beteiligt – die Rüstungsmanager haben die Genehmigungen beantragt und die Ausfuhren organisiert, die Politiker haben die Lizenzen erteilt bzw. dies angeordnet," fasst Legal Tribune Online die Begründung zusammen.[5]

„Deutschland habe vom 7. Oktober 2023 (dem Tag des Hamas-Angriffs auf Israel) bis Mai 2025 die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von rund 485 Millionen Euro genehmigt. Mehr als ein Drittel aller israelischen Rüstungsimporte in dieser Zeit sei aus Deutschland gekommen. Die neue Bundesregierung habe im ersten Monat ihrer Amtszeit bis zum 10. Juni weitere Rüstungslieferungen im Wert von knapp vier Millionen Euro genehmigt," zitiert die taz. Dass gerade auch Merz schon vor seiner Amtszeit Druck für Waffenexporte nach Israel machte und die Ampelregierung diese auch entgegen Widerstände (wie des dann zurücktretenden Staatssekretär Sven Giegold) durchgedrückt wurden, belegen Recherchen der taz.[6] Innerhalb der Bevölkerung der BRD waren zumindest im Juni dieses Jahres dann 73% der Bevölkerung für eine stärkere Einschränkung oder einen endgültigen Stopp der Waffenlieferungen.[7]

Am 20. September 2025 sei die Klage bei der Bundesanwaltschaft eingegangen, die für Verfahren wegen des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs (VstGB) und internationaler Verträge wie des Römischen Statuts zuständig ist, und würde nun geprüft. Die in der Bevölkerung viel diskutierte Frage, ob es sich nun um einen Genozid handele oder nicht, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle, da auch die Beihilfe zu Kriegsverbrechen und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafbar ist.

Es ist unglaublich wichtig für eine spätere Rechenschaftspflicht der deutschen Verantwortlichen – gegebenenfalls auch vor internationalen Gerichten –, dass dieses Verfahren in Deutschland nun angegangen wurde. Doch selbst wenn der Rechtsstaat um die politisch fragwürdige Institution „Bundesanwaltschaft" funktionieren sollte, ist eine rechtzeitige Intervention durch die langsamen Mühlen der Justiz zweifelhaft.

Generalstreik für Frieden in Palästina in Italien und die Global Sumud Flotilla

Dass nur der Druck aus der Bevölkerung mehr als Lippenbekenntnisse aus den politisch Verantwortlichen pressen kann, wurde mal wieder durch den Generalstreik in Italien gezeigt. Dort fanden am vergangenen Montag, 22. September 2025, in über 80 Städten Demonstrationen statt und Tausende folgten in verschiedensten Bereichen wie dem Bildungsbereich, den Verkehrsbetrieben, dem Gesundheitswesen bis hin zur Feuerwehr dem Aufruf der Basisgewerkschaft USB und legten ihre Arbeit nieder. In Rom allein seien über 100 000 Menschen auf der Straße gewesen und Priester aus über 120 Ländern setzten ein Zeichen in dem stark katholischen Land.

„Die Gewerkschaft wirft der EU und der italienischen Regierung Untätigkeit vor und fordert, jede Zusammenarbeit mit Israel einzustellen," berichtet der Tagesspiegel[8] und das deutsche Outlet des italienischen Senders Rai zitiert die Kritik an der „Unwilligkeit der Europäischen Union und der italienischen Regierung, Sanktionen zu verhängen, die der Schwere der Lage angemessen sind".[9] Die Menschenmassen blockierten bei dem Streik auch Häfen und Flughäfen und selbst die meisten parlamentarische Gebäude.

Das Zugeständnis der Regierung, dass ein Schiff der italienischen Marine die Global Sumud Flotilla bei ihrem Versuch, die israelische Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen, begleitet, ist nicht riesig – auch angesichts der immer noch fehlenden Anerkennung Palästinas durch Italien. Doch vorerst ist diese Zusicherung, der sich nun auch Spanien mit einem Boot anschloss, trotzdem ein starkes Zeichen, dass die europäischen Regierungen Israel nicht mehr alles durchgehen lassen – zumindest wo sich der Widerstand in der Bevölkerung organisiert.

Die „Flotte des globalen Widerstands" (zu Deutsch) mit über 30 Booten, überwiegend Segler, und Menschen aus mindestens 46 Ländern wurde, wie vorherige Flotten, mehrfach auf See durch („mutmaßlich" – wahrscheinlich(!) israelische) Drohnen angegriffen. Die mit Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Dingen nun über das Mittelmeer nach Gaza schippernden Boote sind Israel ein Dorn im Auge, denn die Flotte ist ein Kondensationsmoment, in dem der globale Widerstand gegen die Ignoranz und Beihilfe der westlichen Länder (vorwiegend aus deren eigenen Bevölkerungen) den Versuch der praktischen Beihilfe mit Öffentlichkeitsarbeit und Symbolpolitik verbindet.

Dass die staatlichen Begleitboote aus Italien und Spanien die Crews der Segler aber irgendwie beschützten, wurde bisher noch nicht gemeldet, während Israel zur Zeit des Schreibens die Flotte wieder in mutmaßlich internationalen Gewässern angreift und einkreist.

Aktualisierung vom 6.10.2025: Die Boote der Sumud Flotilla sind ohne Berichte eines Eingreifens der begleitenden Marineschiffe von den israelischen Streitkräften in internationalen Gewässern geentert und ihre Besatzungen entführt worden.

In ganz Italien hat dies die Stimmung jedoch zum Überlaufen gebracht. Schon am Freitag, 3. Oktober, waren nach Angaben der Organisator:innen 300.000 Menschen in Rom auf der Straße um ihre Verurteilung der Festnahmen der Crews und des israelischen Vorgehens deutlich zu machen, neben Zehntausenden in anderen Städten.[10] Am 4. Oktober soll eine Demonstration zum selben Zweck mit über einer Millionen Teilnehmenden den absoluten Rekord der letzten zwanzig Jahre gebrochen haben – und das, obwohl nur linke, keine Massengewerkschaften dafür mobilisiert hatten.[11]

Und auch die Bewegung der Segler:innen ist nicht abschließend geschlagen: Während die Crews der Global Sumud Flotilla schon entführt und misshandelt wurden, machte sich eine weitere Flotte der Freedom Flotilla Coalition auf den Weg und versuchte einen weiteren Durchbruch der illegalen Seeblockade. Eine an Bord der Conscience Mitreisende erklärte kürzlich gegenüber dem Autor: „Vor ein paar Jahren schickten wir immer nur wenige Boote. Jetzt werden es immer mehr. Und je mehr es versuchen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass auch mal eins durchkommt.“[12]

Deutsche „Palästinabewegung“ wächst trotz Repression

Der Hinweis auf die gespaltene Linke und ihren Einfluss auf den späten Anschluss der lange als „antisemitisch“ geschmähten Bewegung für eine Ende der deutschen Unterstützung der israelischen Kriegsverbrechen an größere Teile der Gesellschaft, ändert nicht, dass sich hier nun seit Jahren eine Bewegung formierte. Diese hat in dieser Zeit nicht nur gelernt, ihre Ziele für die Aufmerksamkeitsökonomie so zugeschnitten zu wählen, dass klar die deutschen Waffenlieferungen in den Fokus treten, wie die Aktionen des Shut Elbit Down Bündnisses und ihrer Verbündeten an den Flughäfen von Frankfurt und Leipzig zeigen.

Sie hat auch schon mit der United4Gaza-Demonstration in Frankfurt am Main am 30. August eine der größten Antikriegsdemonstrationen der letzten Dekade organisiert, zu der die Polizei 11.000 Teilnehmende,[13] die Organisatoren 15.000 und Beobachtende vor Ort bis zu doppelt so viele gezählt haben – während das Thema zeitgleich bei 3000 bis 5000 Demonstrierenden bei der Abschlussdemo des Rheinmetall Entwaffnen Camps auch sehr präsent war. Eine Demo um „Sahra Wagenknecht, den Schauspieler Dieter Hallervorden und den Rapper Massiv“ hatte Mitte September in Berlin laut Polizei ebenfalls 12.000 Menschen für das Motto „Stoppt den Völkermord in Gaza“ auf die Straße gebracht.[14]

Und nun wurden am 27. September in Berlin endlich noch einmal all diese Rekorde gebrochen. Die vermeintliche Einheit der sich für Menschenrechte und gegen Menschenfeindlichkeit positionierenden Öffentlichkeit wird derweil von verschiedenen Medien weiter unter Beschuss genommen, wie vom Tagesspiegel, der den Demozug der Linken im Vorfeld als von „radikalisierten Berliner Israelfeinden“ organisiert darstellte und behauptete, die Organisation desselben sei der Partei entglitten.

Die bürgerliche Presse ist dagegen

Tagesspiegel-Autor Sebastian Leber behauptet sogar, eine solche Sorge hätte Die Linke dazu geführt, nur zu dem Demozug aufzurufen, nicht zu der Kundgebung. Das sei falsch, meint der aus der Linken ausgeschlossene Aktivist Ramsis Kilani, nach einer Veranstaltung in Tübingen gegenüber IMI. Die Linke hätte nur zum Protestzug, nicht zu der Kundgebung mitaufgerufen, da dies das Neutralitätsgebot der NGOs geboten hätte, die die Kundgebung organisierten. „Ich selbst habe ja auch nur auf einem Lautsprecherwagen auf dem Demozug der Linken gesprochen, nicht auf der Kundgebung.“ Den Israelis for Peace war eine Rede auf diesem Zug zugesagt, sie hätten letztendlich selbst aus Zeitmangel kurzfristig abgesagt.

Doch seiner Leserschaft scheint der Tagesspiegel damit nach dem Mund zu reden: In einer Umfrage in dem betreffenden Artikel, in dem gefragt wird, ob die deutschen Hilfsgelder an Palästinenser:innen eingestellt werden sollten (ohne einen Grund oder Kontext dafür zu liefern), antworteten (zur Zeit des Schreibens des Artikels am 1.10.2025) 71% mit „Ja“.

Solche Verdrehungen der Tatsachen und Diffamierungen sind die Aktivisti der palästinasolidarischen Bewegung jedoch gewohnt. Als Beispiel sei hier auch die Berichterstattung der Südwestpresse (SWP) zum „Genozid beginnt hier“-Camp vor der Niederlassung der deutschen Tochter des israelischen Rüstungskonzerns Elbit Systems vom 17. bis 20. September 2025 genannt. Hier lag der Fokus auf der fehlenden Distanzierung der Organisator:in-

Demo in Ulm 2025, Fotos: IMI.

nen[15] von den Saboteuren von Palestine Action Deutschland, die derselben Firma eine Woche vorher einen Sachschaden im Wert von rund einer Million Euro zufügten[16] – nicht etwa auf der Kritik des Bündnisses, wie auch hier vor Ort vom Genozid profitiert würde.

So wird zum Beispiel immer wieder die Aussage eines Firmenvertreters zitiert, dass die Produkte aus Ulm nicht in Gaza eingesetzt würden – obwohl dies gar nicht die Kritik von Shut Elbit Down ist. Diese bezieht sich eher darauf, dass der Tochterfirma eines israelischen Unternehmens, welches sich selbst als Hauptausstatter des israelischen Militärs bezeichnet, 85% der Drohnen und ähnlich viel Bodenequipment liefert, überhaupt Aufträge von europäischen Regierungen bekommt. Zudem wird die Technologie dieses Unternehmens, womit es selbst auch wirbt, im Beisein in der „operativen Ebene in Gaza“ und durch die Unterdrückung der Palästinenser:innen ständig weiterentwickelt. Dies meinten die Organisator:innen mit „Genozid beginnt hier“ und aus demselben Grund hat auch das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen Elbit Systems als einen der Hauptprofiteure des Genozids hervorgehoben.

Gut gewählte Ziele

Um gegen die Diffamierungen der bürgerlichen Presse und trotz der ständigen Repression den Mut nicht zu verlieren, empfiehlt sich der Ansatz, den Shut Elbit Down und andere verfolgen: Auf lokale politische und wirtschaftliche Verknüpfungen mit dem genozidalen Regime in Israel hinweisen und diese skandalisieren, bis sich diese von dem Geschäft zurückziehen.

In Großbritannien hatte die Sabotage-Gruppe Palestine Action schon viel Erfolg damit: Elbit Systems musste mehrere Niederlassungen schließen. Mittlerweile wurde die Gruppe verboten, doch der Film „To Kill A War Machine“ zeugt von ihren Erfolgen – und Nachahmer-Gruppen, wie der deutsche Ableger, bilden sich hier und da. Auch, dass Microsoft kürzlich einige Cloud-Dienste für das israelische Militär beendete, kann ggf. auf die lange anhaltende Kampagne gegen die Zusammenarbeit mit dem israelischen Militär zurückgeführt werden, die auch von vielen Mitarbeiter:innen mitgetragen wurde.

Eine ähnliche Kampagne hat sich nun gegen den Versicherungskonzern Allianz gebildet, der als Shareholder und Versicherer von Elbit Systems ebenfalls Profite mit der Unterdrückung der Palästinenser:innen macht.[17]

Die Kampagne Mask off Maersk greift zudem den weltweit zweitgrößten Containerlogistikgiganten Maersk an, weil dieser Waffenteile und Waffen nach Israel verschifft. An ihr nehmen verschiedene Hafenarbeiter:innenkollektive aus Italien, Marokko, den USA und Frankreich teil und blockieren diese Häfen immer wieder für die entsprechenden Schiffe. Im Februar dieses Jahres mobilisierte sie außerdem hunderte Aktivisti aus ganz Europa vor die Zentrale des Konzerns und blockierte ihn für einen Tag.

Weitere Großaktionen sind beispielsweise am 7. November 2025 in München vor der Technischen Universität München geplant, die laut dem Bericht des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen zu den weltweit am meisten im Genozid verstrickten Universitäten gehört. Hierfür mobilisieren unter anderem die Academics for Justice und Uni4Palestine München.[18]

Um die sich – selbst angesichts schwerwiegender Klagen wegen Beihilfe – hartnäckig weigernde politische Spitze endlich zu einem Ende der deutschen Unterstützung von Genozid und Besatzung zu bewegen, brauchen wir wohl mehr als einige Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmenden – es braucht scheinbar noch mehr Druck. Der erfolgversprechendste Weg dafür sind jedoch nicht unbedingt klandestine Kleingruppenaktionen, sondern das Aufbauen einer breiten Bewegung in Betrieben, NGOs, Kommunen und auch dem Staat.

Anmerkungen

1 Madlen Haarbach, Franziska von Werder und Silvia Perdoni: „Überwiegend friedlich“: 60.000 Demonstran-

ten bei „All Eyes on Gaza“ – islamistische Demo in Kreuzberg aufgelöst.

2 Pressemitteilung: Helfer schützen – Krieg beenden – Waffenlieferungen stoppen. die-linke.de 3.4.2024.

3 Beschluss des Bundesparteitags: Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalemer Erklärung umsetzen, tragfähiges Fundament schaffen! die-linke.de 10.5.2025.

4 Christian Rath: Strafanzeige gegen Scholz, Merz und Co. taz.de 19.9.2025.

5 Max Kolter: Haben sich Merz, Scholz und Co. wegen Beihilfe strafbar gemacht? lto.de 20.9.2025.

6 Hans-Martin Tillack: Staatssekretär wollte Waffenexporte für Israel stoppen. taz.de 16.9.2025.

7 Statista Umfrage: Sollte die Bundesregierung deutsche Waffenexporte an Israel unverändert genehmigen, begrenzen oder vollständig stoppen? de.statista.com 6.6.2025.

8 Bettina Funk: Generalstreik legt Italien lahm – Proteste aus Solidarität mit Gaza. tagesspiegel.de.

9 Bus und Zug: Generalstreik ausgerufen. rainews.it 22.9.2025.

10 Mawuena Martens: Italien macht ernst. jungewelt.de 4.10.2025.

11 Luca de Crescenzo: Eine Million in Rom. jungewelt.de 6.10.2025.

12 Pablo Flock: Nächste Flotte auf Kurs. jungewelt.de 6.10.2025.

13 Danijel Majic und Julian Moering: Pro-Palästinademo beendet – Strafanzeige gegen Redner. hessenschau.de 30.8.2025.

14 Gegen Gaza-Krieg: Tausende bei Demo in Berlin. zdfheute.de 13.9.2025.

15 Spürhunde Zelte und Palästina-Fahne – Protestcamp in Ulm beginnt. swp.de 17.9.2025.

16 Pablo Flock: Ulmer Fünf in U-Haft. jungewelt.de 11.9.2025.

17 Matthias Monroy: Nicht mit Allianz versichern. nd-aktuell.de 19.9.2025.

18 Uni4Palestine und andere auf Instagram: End Academic Complicity: instagram.com/p/DORExVTCMEB.

Kaum Hoffnung auf Frieden

von Pablo Flock

Zur Zeit des Schreibens dieses Artikels über die Bewegung gegen Krieg und Genozid in Palästina und Israel trafen sich die Unterhändler Israels, der Hamas und der „Schirmherren“ aus europäischen und arabischen Ländern regelmäßig in Qatar. Doch dem Autor erschienen diese Verhandlungen, die sich stets stark um den 20-Punkte Plan des US-Präsidenten Donald Trumps drehten, nicht als ob sie einen institutionellen Ausweg aus dem genozidalen Massenmorden bieten könnten. Da Trumps 20 Punkte auch die Demilitarisierung Gazas und die Entwaffnung der Hamas sowie die Unterstellung der zu bildenden technokratischen palästinensischen Regierung unter ein internationales sogenanntes „Board of Peace“ beinhalteten (mit Donald Trump als Vorstand und Tony Blair dabei), war eine Zustimmung der Hamas nicht zu erwarten. Die Organisation würde einer kompletten Entmachtung wohl kaum zustimmen. Das brauchte sie jedoch offenbar auch nicht.

Die Hamas bestätigte zwar den Waffenstillstand und die meisten damit verbundenen unmittelbaren Handlungen – allen voran die Zusage, alle bis dahin in Gaza verbliebenen rund 40 Geiseln (tot und lebendig) gegen die Freilassung von 1700 palästinensischen „Gefangenen“ (die meisten ohne Anklage festgehalten) und einen israelischen Rückzug freizulassen. Da die Hamas den Bedingungen des späteren Ablaufs nicht zustimmte, wurden die Phasen kurzerhand in getrennte Verträge gepackt. Und am 10. Oktober 2025, kurz nach der Veröffentlichung des vorliegenden Artikels „Den Druck hoch halten“, wurde der Deal von der israelischen Knesset (Parlament) abgesegnet und in der Öffentlichkeit bestätigt. Und obwohl Israel sich – wie zumindest vom Autor erwartet – wieder kaum an den Waffenstillstand hielt und in den ersten 44 Tagen fast 500 Angriffe tätigte und hunderte Menschen dabei tötete[1] und auch den Abzug und die Lieferung humanitärer Güter immer wieder verzögert, sind die israelischen Geiseln (bis auf wenige verschollene Tote) frei und der nominal geltende Waffenstillstand hält nun schon länger als jeder andere zwischen Gazas bewaffneten Gruppen und Israels rechtsradikaler Regierung seit Oktober 2023.

Dass Israel sich auf die Waffenruhe eingelassen hat, obwohl es kurz zuvor mit Gaza-Stadt das letzte unberührte Gebiet durchdrungen hat, führen viele auf die diplomatischen Verstimmungen nach dem Angriff auf Hamas-Unterhändler in Katar zurück. Doch natürlich kann Israel den Waffenstillstand so wie vorherige, die es auch nicht respektierte, jederzeit für beendet erklären und den Genozid fortsetzen. Dies befürchtet beispielsweise Muhammad Shehada vom European Council on Foreign Relations, der einerseits meint, Netanyahu versuche „jeden Trick um den Genozid weiter führen zu können,“ teste aber andererseits auch, wie weit er gehen könne ohne aus Washington gerügt zu werden.[2] Vorerst scheint Israel seine frei werdenden Kapazitäten jedoch für Angriffe auf den Libanon zu nutzen, obwohl auch mit der Hisbollah ein Waffenruhe gilt. Derweil hat die Bundesregierung die sehr limitierten Exporteinschränkungen von Rüstungsgütern schon wieder aufgehoben. Der Druck gegen Mittäterschaft muss also weiterhin hoch gehalten werden.[3]

Anmerkungen

1 Israel has violated truce nearly 500 times in 44 days, killing hundreds. aljazeera.com 23.11.2025

2 Rounak Bagchi: Why did Israel attack Gaza City? The ceasefire violations explained. timesnownews.com 29.10.2025

3 Deutschland liefert wieder alle Rüstungsgüter nach Israel. tagesschau.de 17.11.2025

Psychiatrische Diagnosen als „Sicherheitsrisiko“

Stigmatisierung, Echtzeitüberwachung und Repression gehen Hand in Hand

von Reza Schwarz

Ende Juni schlug ein Video des offiziellen Accounts der CDU-Landtagsfraktion in Hessen hohe Wellen: Der Arzt und langjährige CDU-Abgeordnete des hessischen Landtags Dr. Ralf-Norbert Bartelt sagte in einem 30-sekündigen Video: „Es gibt Menschen, die sind schwer psychiatrisch erkrankt. Sie sind eine Gefahr für sich selbst und die Gemeinschaft. Da müssen wir vom Staat etwas tun. Deswegen bringen wir einen Gesetzentwurf ein, der vorsieht, dass diese Personen den Ordnungsbehörden gemeldet werden müssen. Zusammengefasst: Es geht um den Schutz der betroffenen Menschen und der Gemeinschaft.“[1] Als es für diese Äußerungen viel öffentliche Kritik hagelte, ruderte Bartelt etwas zurück und sagte, dass er so ein Video nicht mehr machen würde, so ein „komplexer Sachverhalt“ sich in 25 Sekunden schlecht darstellen ließe und es sich ja lediglich um „Einzelfälle“ handeln würde. Durch eine bessere Überwachung dieser Personen sollen Amokläufe und Gewalttaten wie in Aschaffenburg oder Magdeburg effektiver verhindert werden können.[2] Die CDU scheint sich hier offensichtlich wieder eines altbekannten, gut erprobten Musters zu bedienen: Minderheit auswählen, Feindbild konstruieren und anschließend die Repressionsmaßnahmen Stück für Stück hochschrauben aus „Sicherheitsgründen“.

Ungeniert instrumentalisiert wurde hierfür beispielsweise der Anschlag in Magdeburg auf einen Weihnachtsmarkt am 20. Dezember 2024, bei dem der damals als Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie arbeitende Taleb A. mit einem Mietfahrzeug durch eine Menschenmenge raste, dabei sechs Menschen tötete und 329 zum Teil schwer verletzte.[3] Noch am selben Tag verbreiteten bekannte rechtsextreme Influencer wie Martin Sellner (Identitäre Bewegung), Naomi Seibt und Markus Krall gezielt Desinformationen, etwa, dass es sich bei dem Täter um einen syrischen Geflüchteten handele, er Hamas Anhänger sei und die Tat islamistisch motiviert gewesen sei. Obwohl sich innerhalb kürzester Zeit herausstellte, dass Taleb A. viele extrem rechte und islamfeindliche Inhalte auf seinen Social-Media-Profilen teilte, offen sehr eindeutig mit der AfD sympathisierte[4] und sogar der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, vier Tage später von „gewachsene[r] Radikalisierung mit Extremismusbezügen nach rechts“[5] spricht, entwickelte sich die Debatte in eine ganz andere Richtung.

Stigmatisierung und Stilisierung

Zehn Tage nach dem Anschlag, am 30. Dezember 2024, führte der Deutschlandfunk ein Interview mit dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Gleich in seinem ersten Satz forderte er, dass es nicht nur Register für Islamisten und Rechtsextremisten geben sollte, sondern auch für „psychisch kranke Gewalttäter“, und die Behörden in Zukunft mehr Befugnisse bräuchten, um sich besser mit psychiatrischen Kliniken, Fachärzten und -ärztinnen, sowie Psychotherapeut*innen austauschen zu können. Diese vor allem auch in Anbetracht der deutschen Geschichte hochgradig problematische Äußerung wurde von der Journalistin im weiteren Verlauf des Interviews nicht kritisch hinterfragt, sondern einfach unkommentiert als Meinungsäußerung stehengelassen.[6] Die angeblich vorhandene psychische Erkrankung des Täters und seine Migrationsgeschichte wurden in den Vordergrund gestellt, nicht seine rechtsextremen Motive, wozu zum Beispiel der Hass auf syrische Geflüchtete und die beliebte Verschwörungserzählung vom „großen Austausch“[7] zählen. Nach Linnemanns Äußerung in diesem Interview gab es durchaus öffentliche Kritik, zum Beispiel von der Deutschen Depressionsliga, dem Landesverband der LINKEN in Rheinland-Pfalz, der Nachrichtenplattform über tagesaktuelle Entwicklungen in der Behindertenpolitik kobinet-Nachrichten, sowie auf verschiedenen Social-Media-Plattformen.[8] Selbst die alles andere als psychiatriekritische Fachgesellschaft „Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde“ (DGPPN) betont in einer Pressemitteilung diesbezüglich, dass solche Register gefährlich sind, zur weiteren Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen beitragen und Betroffene nicht wesentlich gewalttätiger sind als Nicht-Betroffene. Dass aber möglichst frühe psychiatrische Interventionen als „Allrounder Lösung“ für psychisches Leiden und Prävention für frem-

daggressives Verhalten angepriesen werden[9] und nicht die Überwindung von leidbringenden gesellschaftlichen Umständen, war zwar zu erwarten, geht natürlich aber weit an der „Lösung des Problems“ vorbei. Dennoch muss Menschen, die sich in psycho-sozialen Notlagen befinden, schnell, barrierearm, diskriminierungsfrei und auf Augenhöhe geholfen werden können. Beispiele für wirksame, selbstbestimmte und antipsychiatrische Möglichkeiten, von denen es in Deutschland leider nur sehr wenige gibt, sind sogenannte Weglaufhäuser, in denen Menschen individuelle Unterstützung finden, wenn sie von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind und sich außerdem in einem psychischen Krisenzustand befinden.[10] Diese Häuser werden überwiegend aus der Sozialhilfe, welche im Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) im achten Kapitel „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“ geregelt ist, finanziert.[11] Wie lange diese Basisfinanzierung für Leistungsangebote der kritischen Sozialarbeit bei einem so weitreichenden Sozialabbau zugunsten von Aufrüstungszielen von mindestens 5% BIP[12] noch erhalten bleiben kann, ist ungewiss.

Viele Maßnahmen, kaum öffentlicher Aufschrei

Carsten Linnemanns Forderung nach einer zentralen Erfassung für „psychisch erkrankte Gewalttäter“, war keine übertriebene Einzelforderung eines CDU Hardliners in einem morgendlichen Telefoninterview, sondern spiegelte lediglich die Haltung der Ständigen Innenministerkonferenz (IMK) wider: Weil in der „jüngsten Vergangenheit oftmals Personen mit psychischen Auffälligkeiten als Täter in Erscheinung getreten sind [...], müssen personenbezogene Verhaltensmuster und potentielle Risiken rechtzeitig erkannt, analysiert und bewertet werden. Die IMK ist sich einig, dass es hierzu eines gezielten und ganzheitlichen Ansatzes bedarf und eine bundesweite Vernetzung der Erkenntnisse zwischen Sicherheits-, Gesundheits-, Waffen- und ggf. Ausländerbehörden sichergestellt sein muss. [...] Um ausreichende Handlungsmöglichkeiten für eine wirksame Gefahrenabwehr sicherzustellen, ist zu prüfen, wie die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten insbesondere nach den Psychisch-Kranken-Gesetzen (PsychKGen) der Länder angepasst bzw. erweitert werden können. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie den Sicherheitsbehörden ein Zugriff auf gefährdungsrelevante Erkenntnisse zu psychisch Erkrankten bzw. eine Abfrage dieser Informationen ermöglicht werden kann.“[13]

Dieser Beschluss von Ende Januar, der Patient*innen- und allgemeine Menschenrechte bis zur Unkenntlichkeit zerstört, blieb weitestgehend unbeachtet. Dies führte höchstwahrscheinlich auch dazu, dass Ende Mai Hamburgs SPD Gesundheitssenatorin Melanie Schlotzhauer auf der Gesundheitsministerkonferenz die mangelnden Befugnisse der Sicherheitsbehörden beklagen konnte und die Innenministerkonferenz schließlich im Juni das „Integrierte Risikomanagement durch Gesundheits- und Ausländerbehörden“ verabschieden konnte. Statt Menschen ohne Gewalt und Repression zu helfen, werden sie als reines „Gefahrenpotential“ gehandelt und somit unter Generalverdacht gestellt. Noch schlimmer jedoch ist, dass dieser Beschluss nun auch endgültig die Ambulante Zwangsbehandlung, möglichst auf Bundesebene, verankern möchte. Die Einnahme von Psychopharmaka (z.B. Neuroleptika, Selektive-Serotonin-Wiederaufnahmehemmer (SSRIs) etc.) soll als „rechtliche Verpflichtung eingeführt“ werden, „mit dem Ziel, dass Patienten bei der Entlassung die Auflage erhalten, ihre Medikamente täglich unter Aufsicht einzunehmen“.[14] Bereits Ende 2023 gab es im baden-württembergischen Zwiefalten eine „Ethiktagung zur Ambulanten Behandlungsweisung“, initiiert durch das Zentrum für Psychiatrie (zfp) Südwürttemberg. Hier durften vor allem ärztliche Direktoren, Geschäftsführer von (sozial)-psychiatrischen Einrichtungen oder sogar auch Landesgerichtspräsidenten zu Wort kommen, die vor allem für die Einführung der Ambulanten Zwangsbehandlung zur „Verhinderung von Leid und selbst- oder fremdaggressive[m] Verhalten“ warben. Kritische Gegenpositionen von Betroffenen selbst, wie vom Landesverband Psychiatrieerfahrener Baden-Württemberg, waren zwar durchaus auch vertreten, jedoch rein verhältnismäßig eher unterlegen.[15]

Die drohende Ausweitung der totalen Institution Psychiatrie in den privaten Bereich der Betroffenen hinein tritt auch die Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die Deutschland 2009 selbst ratifiziert hat, mal wieder mit Füßen. In einer Staatenprüfung Deutschlands hinsichtlich der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention kritisierte die UN 2023, dass die BRD an menschenrechtsverletzenden Praktiken wie „der Verwendung von physischen und chemischen Beschränkungen, Isolationsmaßnahmen und anderen schädlichen Praktiken, insbesondere in Pflege- und Integrationshilfeeinrichtungen sowie anderen Einrichtungen, psychiatrischen Einrichtungen und forensischen psychiatrischen Einrichtungen“ festhält.[16]

Kriminalisierung Betroffener auf Hochtouren

Anfang Juli 2025 wurde bekannt, dass das hessische Landeskriminalamt Daten von über 1.600 Menschen ausgewertet hat, bei denen in der Datenbank der Marker für „Psychische- und Verhaltensstörung“ (PSYV) gesetzt wurde. Laut einem Bericht von netzpolitik.org schreibt das hessische Innenministerium auf Anfrage, dass die Taskforce die Datensätze der betroffenen Personen hinsichtlich einer „bestehende[n] Gefahr“ oder eines „bestehende[n] Risiko[s] zur Begehung einer schweren Gewalttat“ bewertet hat. Dabei wurde betont, dass es sich um Personen handelt, die „bereits polizeilich in Erscheinung getreten“ sind und bei denen „eine ärztlich attestierte psychische Erkrankung“ vorliege.[17] Wenn Menschen als schuldunfähig nach §18-21 StGB[18] eingestuft oder nach

Mad Pride in Köln 2017. Foto: Superbass CC BY-SA 4.0 über wikimedia.

dem hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)[19] zwangsweise untergebracht wurden, landeten sie in der Datenbank. Personen mit zusätzlichen Markern wie „gewaltaffin, suizidal, gewaltanwendend, psychotisch, wahnhaft, substanzmissbrauchend“ oder wenn Drohungen gegen andere ausgesprochen wurden, standen besonders im Fokus.

Mehr als jede*r dritte Deutsche im Erwachsenenalter hat in seinem Leben bisher mindestens eine dokumentierte psychiatrische Diagnose erhalten, Tendenz steigend.[20] Die Mitglieder der Taskforce beim hessischen Landeskriminalamt hätten eine grundlegende Expertise in der Bearbeitung von Gefährdungssachverhalten und „Erfahrungswissen im Umgang mit psychisch auffälligen Personen“. In der Mitteilung wurde auch betont, dass Hessen schon seit Jahren das „polizeiliche Bedrohungsmanagement“ bei Personen, „von welchen konkrete Gefahren für andere Personen oder für die Allgemeinheit ausgehen“, anwendet. Bewertungsvorlagen, mit denen die fallbezogenen Einschätzungen bezüglich Gewalt- und Risikopotential kriteriengeleitet vorgenommen werden sollen, wurden ebenfalls entwickelt. Falls bei ausgewerteten Personen davon ausgegangen wird, dass sie bald womöglich schwere Gewalttaten begehen könnten, sollen andere Institutionen informiert werden, damit diese auch aktiv werden können. Gegebenenfalls sind auch „Gefährder*innenansprachen“ denkbar, sowie das Verhängen von Annährungs-, Kontakt- und Aufenthaltsverboten, Observationen und Ingewahrsamnahmen. Nach der Abarbeitung der 1.600 Personen mit dem Marker „PSYV“ soll die Taskforce aufgelöst und in die Regelorganisation überführt werden. Die Auswertung der Daten von Betroffenen soll also noch weiter gehen ...

Mögliche Szenarien in der Zukunft

Laut Einschätzungen von netzpolitik.org können die Daten von Betroffenen zukünftig in das Datenanalysesystem der hessischen Polizei „Hessendata“ überführt werden, welches auf der Gotham Software von Palantir basiert. Die Nutzung von Gotham bei der Polizei soll dazu dienen, z.B. den Standort, Kontakte (z.B. Anrufe, Nachrichten etc.), Datensätze bei anderen Behörden (z.B. Ausländerbehörden), Bewegungs- und Verhaltensprofile, sowie Inhalte auf sozialen Netzwerken fallspezifisch zusammenzuführen und „schwere Straftaten zu verhindern“. Eine Form von visualisierter und KI-gestützter Echtzeitüberwachung, die auch als „Predictive policing“ (dt.: Vorhersagende Polizeiarbeit) bezeichnet wird. Diese automatisierte Datenauswertung, auch Data-Mining genannt, verletzt grundlegende Daten- und Persönlichkeitsrechte und wurde 2023 am Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil für verfassungswidrig erklärt.[21] Das Hessische Landespolizeigesetz (Hessisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz HSOG), wurde trotzdem diesbezüglich nur geringfügig novelliert und ermöglicht weiterhin Big-Data-Analysen, auch von völlig unbeteiligten Menschen.[22] In den USA wird Palantir-Software vor allem genutzt, um Migrationsbewegungen zu kontrollieren und der Abschiebeeinheit der Immigration and Customs Enforcement (ICE) die Arbeit zu erleichtern. Palantirs CEO, der promovierte Sozialphilosoph Alex Karp, sprach auch davon, das Ziel zu verfolgen, „Amerika tödlicher zu machen“.[23] All diese hochgradig bedenklichen Fakten und Äußerungen bezüglich dieses Cybersicherheitsgiganten aus den USA trugen leider nicht dazu bei, dass Deutschland sich von der Nutzung abschrecken ließ. Neben Hessen, Bayern und Nordrhein-Westphalen unterzeichnete Baden-Württemberg voreilig einen millionenschweren fünfjährigen Nutzungsvertrag für Palantir-Software, jedoch ohne davor eine rechtliche Grundlage für die Erlaubnis der Nutzung geschaffen zu haben.[24]

Wie geht es weiter?

Am 26. Juni 2025 fand die erste Lesung und Beratung zur Novellierung des Hessischen PsychKGH im Landtag statt, die von der Regierungskoalition aus CDU und SPD

eingebracht wurde. Ein Schwerpunkt der Novellierung soll vor allem die Meldung von Personen an Polizei- und Ordnungsbehörden sein, die aus der Psychiatrie entlassen wurden, deren Aufenthalt mit Fremdgefährdung begründet wurde und bei denen „bei Entlassung weiterhin aus medizinischer Sicht eine Gefahr für Dritte bestehen könnte. Dieser Informationsaustausch dient dem Schutz der Bevölkerung und zugleich dem Wohl der Betroffenen, die bei Bedarf erneut Unterstützung erhalten sollen.“[25] Interessante Fragestellungen hierbei könnten sein: Was wird als „Gefahr für Dritte“ eingestuft und wer genau fällt letztendlich diese Entscheidung?

Am 3. September tagte der gesundheits- und familienpolitische Ausschuss (GFA) des Hessischen Landtags und behandelte vor allem die öffentliche Kritik. Die SPD-Fraktion Hessen, vertreten durch Dr. Daniela Sommer, bezeichnete die drohende Einführung von Registern und Listen über Betroffene, die z.B. Carsten Linnemann öffentlich gefordert und die ständige Innenministerkonferenz zunehmend forciert hatte, als Unterstellungen, die „schlichtweg falsch“ seien. Ohnehin stelle dies „keine Verschärfung der Mitteilungspflichten“ dar, sondern präzisiere lediglich „bereits bestehende Verfahren, ohne die Rechte der Betroffenen zu beeinträchtigen“.[26]

Ein kleiner Lichtblick inmitten dieser düsteren Debatten war der erste „Mad Pride Day 2025“ in ganz Süddeutschland am 11. Oktober 2025 in Stuttgart. Viele Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung zogen „für ein Morgen ohne Stigma“ laut und bunt durch die Straßen.[27] Auf den Zwischenkundgebungen gab es zahlreiche Berichte über Leid, welches oft durch jahrelange Gewalt von Angehörigen verursacht wurde. Einige berichteten auch von Diskriminierungserfahrungen, weil sie eine Migrationsgeschichte haben oder machten deutlich, dass die Polizei oft gewalttätig mit Menschen in psycho-sozialen Notlagen umgeht, sowie dass immer mehr Menschen in diesen durch Polizeibeamt*innen getötet werden. Im Jahr 2024 gab es mit 17 Menschen, die in Deutschland offiziell als Polizeitote galten, sogar einen neuen Jahrhunderthöchststand.[28]

Anmerkungen

1. Instagramaccount des CDU-Landesverbands Hessen „cdu_hessen“, Reel vom 26.6.2025, instagram.com.
2. Müller, Sandra; Schulmayer, Christiane & Kurth, Timo: CDU-Video über Psychisch Kranke löst Welle der Empörung aus, hessenschau.de, 2.7.2025.
3. Neues Gutachten – Anschlag in Magdeburg: Tatfahrzeug fuhr offenbar kurze Zeit fast Tempo 50, mdr.de, 9.7.2025.
4. Gilbert, Max: #Faktenfuchs – Wie Rechtsextreme die Tat von Magdeburg umdeuten, br.de, 23.12.2024.
5. Magdeburg: Extremismusbezüge nach Rechts, zdfheute.de, 24.12.2024.
6. Schulz, Sandra: Anschlag in Magdeburg - Linnemann (CDU) spricht sich für schneller Ausweisungen aus, deutschlandfunk.de, 30.12.2024.
7. Engert, Marcus: Radikalisierungsforscher - Tat von Magdeburg in einer Reihe mit Halle und Hanau, mdr.de, 22.12.2024.
8. Deutsche Depressionsliga: Stellungnahme: CDU-Generalsekretär Linnemann fordert Register für psychisch Kranke – ein gefährlicher Vorschlag, depressionsliga.de, 6.1.2025; DIE LINKE Landesverband Rheinland-Pfalz: Ein Register für psychisch kranke Menschen ist zutiefst menschenfeindlich, dielinke-rhlp.de, 31.12.2024; Ottmar, Miles-Paul: Kritik an Vorschlag zu einem Register psychisch auffälliger Menschen, kobinet-nachrichten.org, 3.1.2025.
9. DGPPN: Kein Zentralregister für Menschen mit psychischen Erkrankungen, dgppn.de, 7.1.2025.
10. Weglaufhaus Villa Stöckle: Konzeption der Kriseneinrichtung, weglaufhaus.de, Oktober 2022.
11. SGB XII: Achtes Kapitel „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, gesetze-im-internet.de.
12. Wagner, Jürgen: Militärausgaben und Sozialabbau: Rüstung statt Rente – Kanonen statt Butter, IMI-Studie 2025/01b, imi-online.de, 25.6.2025.
13. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder: Beschlussniederschrift über die Sondersitzung am 27.1.2025, innenministerkonferenz.de.
14. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 223. Sitzung vom 11. bis zum 13.6.2025 in Bremerhaven: TOP 83 – Integriertes Risikomanagement bei Menschen mit psychischen Erkrankungen, innenministerkonferenz.de, 18.6.2025.
15. ZfP Südwürttemberg: 33. Ethiktagung befasst sich mit komplexer Problemlage, zfp-web.de, 13.10.2023.
16. Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) e.V.: Stellungnahme und Faktencheck zur ambulanten Zwangsbehandlung in Baden-Württemberg, bpe-online.de, 3.11.2023.
17. Hessen: Polizei überprüft 1.600 psychisch erkrankte Menschen, netzpolitik.org, 8.7.2025.
18. Schuld, §§ 18-21 StGB, Universität Potsdam, uni-potsdam.de.
19. Hessisches Gesetz über Hilfen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG Hessen vom 4. Mai 2017), rv.hessenrecht.hessen.de.
20. RKI: Psychische Störungen - Administrative Prävalenz (ab 18 Jahre), gbe.rki.de, 20.11.2024.
21. BVerfG: Urteil vom 16. Februar 2023, bundesverfassungsgericht.de, 16.2.2023.
22. GFF erhebt Verfassungsbeschwerde gegen Gesetzesnovelle: Hessen setzt verfassungswidrige Big-Data-Analyse fort, Gesellschaft für Freiheitsrechte, freiheitsrechte.org, 25.6.2024.
23. Schwaiger, Tobias: Palantir: Die Firma, die Amerika „tödlicher machen“ soll, Der Standard-Analyse, derstandard.de, 30.6.2025.
24. Steuerzahlern in BW droht Millionenverlust durch Kauf von Polizei-Software, SWR-Aktuell, swr.de, 24.7.2025.
25. SPD-Fraktion im Hessischen Landtag: PsychKHG: Bessere Versorgung für Menschen mit Doppeldiagnosen und mehr Sicherheit bei Entlassungen, spd-fraktion-hessen.de, 26.6.2025.
26. SPD-Fraktion im Hessischen Landtag: Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz: Hessen bietet Prävention und Hilfe – Öffentliche Diskussion geprägt von Missverständnissen, spd-fraktion-hessen.de, 3.9.2025.
27. Warrlich, Siri: „Mad Pride Day“ – Demo psychisch kranker Menschen in Stuttgart: Habt keine Angst vor uns!“, swr.de, 11.10.2025.
28. Monroy, Matthias: Höchststand bei Polizeitoten – Polizeilicher Schusswaffengebrauch auf Jahrhunderthoch, neues deutschland, nd-aktuell.de, 28.10.2024.

Hobbits gegen Palantir

Eine Bewegung formiert sich gegen die Einführung der Überwachungssoftware von Palantir für die Polizei Baden-Württembergs

von Pablo Flock

Vielleicht ist es Teil der Verkaufsstrategie: Provokante rechts-libertäre und -populistische Aussagen der Tech-Milliardäre und Firmenchefs, Peter Thiel und Alexander Karp, machen sie zum weltweit kontroversen Medienthema und ihre Firma Palantir zum bekanntesten Player der militärischen und überwachungstechnischen Analysesoftwares. Innenminister Dobrindt möchte ihre Software für die Bundespolizei einführen, während gegen Bayern eine Verfassungsbeschwerde wegen des Einsatzes einer solchen läuft. Daneben nutzen auch Hessen und Nordrhein-Westfalen die Software schon.

Die auf Palantirs Datenbank-Vernetzungs-Programm Gotham basierenden Softwares heißen dort dann individuell z.B. Hessendata oder VeRa, was in Bayern für „verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform“ steht. Sie sollen es Ermittlern mit der nötigen Berechtigung ermöglichen, Daten aus verschiedenen der Polizei zugänglichen Datenbanken schneller abrufen zu können, und diese visuell aufbereiten.

Theoretisch, so legt es die Benutzung solcher Softwares zur Zielauswahl durch Israel nahe,[1] könnten jedoch auch soziale Medien, Überwachungskameras und sogar Satellitenbilder in eine solche vernetzte Überwachung miteinbezogen werden. Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze[2] nimmt auch in Deutschland zu und eine KI-gestützte Auswertung der sozialen Medien für die Polizei forderten Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Polizeigewerkschaften[3] schon Ende 2024.

Nun will auch Baden-Württemberg die Software einsetzen. Eine erste Lesung für die dafür notwendige geplante Aufhebung der Zweckbindung bei Daten, also eine Befugniserweiterung im Polizeigesetz, fand Anfang Oktober statt, eine erste öffentliche Anhörung am 22. Oktober.[4] Der baden-württembergische Polizeichef, ein Vertreter des Fraunhofer Instituts für sichere Informationssysteme und weitere der eingeladenen Expert:innen sprachen sich überwiegend für eine solche „Schließung der Befähigungslücken“ aus. Kritische Stimmen seien außen vor geblieben, monieren Kritiker jedoch.

Und diese haben begonnen, sich zu organisieren. Das Bündnis „Kein Palantir in Baden-Württemberg“ tritt der behördlichen Befugniserweiterung mit verschiedenen Taktiken entgegen. Kurz vor der ersten Anhörung mobilisierte es am Samstag, 4. Oktober 2025, auf den Stuttgarter Schlossplatz, um gemeinsam gegen die Einführung der Datenanalysesoftware Gotham von Palantir durch die baden-württembergische Polizei zu demonstrieren. Am 2. November 2025 folgte eine weitere Demo in Stuttgart mit Anfangs- und Abschlusskundgebung auf dem Rotebühlplatz.

Gegründet hatte sich das Bündnis über eine Gruppe auf dem Messenger Signal, die „Hobbits gegen Palantir“ hieß. Die Firma Palantir hat, wie auch andere Unternehmen von Peter Thiel, ihren Namen aus der Fantasiewelt von Herr der Ringe. Die allsehende Glaskugel des Bösewichts Saruman wird dort so genannt. Die Software hat mit Gotham den Namen der von übermäßiger Kriminalität betroffenen Stadt bekommen, in der Batman im gleichnamigen Film richtig aufräumt.

Bündnis aus Tech-Nerds und Oppositionsparteien

Die aus den Chaostreffs der Region initiierte Bewegung bildete ein breites Bündnis. Neben den Fachkompetenzen Chaos Computer Club (CCC) und digitalcourage und der aus dem selben Milieu kommenden Piratenpartei riefen die Petitionsplattform Campact, aber auch die baden-württembergische SPD, die Partei Die Linke Baden-Württemberg, Verdi und sogar die Grüne Jugend und die recht neu gegründeten „Grünen mit Haltung“ zu der Demonstration auf.

Innerhalb der grünen Partei formiert sich also Widerstand gegen die Landesführung, die als stärkste an der Regierung beteiligte Fraktion das demokratierechtlich fragwürdige Vorgehen ihres Koalitionspartners kompromissbereit mitzugehen zu scheint: Die Software wurde ohne öffentliche Diskussion schon im Frühjahr von einem Staatssekretär des CDU-geführten Innenministeriums für 25 Millionen Euro für fünf Jahre geleast (bzw. es wurde dem bayerischen Assoziierungsvertrag beigetreten), ohne dass eine gesetzliche Grundlage für deren Benutzung bestand.

Natürlich wusste der Redner der SPD auf der Königsstraße am 4. Oktober, Nicolas Fink, dies auch zu skandalisieren: Der Innenminister des Landes habe in Interviews geäußert, er kenne den Stand zu einer Anschaffung von Palantir nicht, als der Vertrag schon unterschrieben gewesen sei. „Entweder er hat gelogen oder er war wirklich nicht informiert," empörte Fink sich. Beides wäre ein Skandal.

Weniger staatsmännisch aber sachlich bewandert kritisierte der Kollege der Piratenpartei, Samuel Schmid, damals, dass durch die anvisierte Aufhebung der Zweckbindung jegliche Kontrolle über die von der Polizei abgerufenen Daten fehlten. Außerdem wies er auf den generellen Trend zu mehr Überwachung zulasten der Privatsphäre hin: Die damals von deutschen Regierungsparteien noch offen gestützte Gesetzesnovelle der EU für eine Chatkontrolle, die Messengerdienste verpflichtet, eine Hintertür für eine künstliche Intelligenz einzubauen, die gesendete Inhalte vor der Verschlüsselung nach – so der Gesetzgeber – kinderpornographischen Inhalte durchsucht, mache private Kommunikation unmöglich. Eine vorhandene Backdoor könne jedoch auch von anderen Akteuren (z.B. autokratischen Rivalenstaaten oder auch organisiertem Verbrechen) verwendet werden, verwies er auf eine vielfach rezipierte Kritik.[5] Zudem wies er auf den Cloud Act, ein Gesetz der USA, hin, was US-amerikanischen Geheimdiensten den Zugriff alle Daten von US-Firmen garantiere, auch wenn diese auf Servern außerhalb der USA gespeichert würden.

Digitale Souveränität, Freiheitsrechte und Tech-Faschisten

Bedenken wegen möglichen Datenabflusses in die USA oder einer möglichen Einbuße der Souveränität der deutschen Ermittlungsbehörden in ihren digitalen Ermittlungen sind natürlich auch für die Kritiker Palantirs schwerwiegende Argumente. Wie einer der Redner, Sebastian Müller von den Grünen, abschließend erklärte, sei ihr Anliegen eigentlich auch CDU-kompatibel und jeder könne es der Großmutter erklären: es ginge um „die nationale Sicherheit und Souveränität".

Bei einem vom lokalen Bündnis gegen Palantir organisierten Vortrag von „tante" vom Chaos Computer Club, bürgerlich bekannt als Jürgen Geuter, am 30. September 2025 im Epplehaus in Tübingen kam diesbezüglich eine Sichtweise zur Sprache, die von den Sachverständigen der Landtagsanhörung als unsachlich abgewiesen wurde: Ist die Software von Palantir schon abzulehnen, weil die Inhaber und Leiter der Firmen sich gehäuft ausdrücklich gegen demokratische Prinzipien und für eine Überordnung marktwirtschaftlicher Mechanismen aussprechen, eine Legitimierung von Repression gegen Dissens inklusive?

Im mit „Faschismus durch die Infrastruktur-Hintertür – Wie Firmen wie Palantir die Demokratie aushöhlen"[6] betitelten Vortrag jedenfalls nahm die Darstellung der antidemokratischen Bestrebungen der Tech-Milliardäre hinter Palantir eine große Rolle ein. Peter Thiel sei ein langjähriger Unterstützer Donald Trumps und auch der CEO Alexander Karp habe seine lange vor sich her getragene humanistische Position (als in Frankfurt studierter Sozialwissenschaftler) gegen ein reaktionäres und gewaltverherrlichendes öffentliches Bild eingetauscht. Dementsprechend schwerer fiel es demnach auch, zu argumentieren, warum die digitale Vernetzung von Datenbanken insgesamt ein Problem sei, auch wenn diese beispielsweise von europäischen, weniger rechtsextremen Software-Anbietern bezogen würde.

Natürlich wissen autokratische Regime wie auch Faschisten es zu schätzen, einen umfassenden und die technischen Möglichkeiten ausschöpfenden Überblick über die Zusammenstellung ihrer Bevölkerung zu haben, wie es die frühe Lochkartennutzung der Nazis für ihre Volkserhebungen schon zeigte.

Vertrauen oder Kontrollverlust?

Ob der Missbrauch der Daten durch US-amerikanische staatliche Stellen oder faschistische Netzwerke droht, ist eine technische Frage – die das Fraunhofer Institut verneinte.[7] Inwieweit eine eventuelle zukünftige autoritäre Regierung der BRD oder auch rechte Netzwerke innerhalb der deutschen Ermittlungsbehörden (man denke an die illegale Datenweitergabe im Rahmen des NSU 2.0) die Daten missbrauchen könnten – auch wenn eine ähnliche europäische Software von lupenreinen Demokraten angeschafft würde – eine andere.

Im aktuell verhandelten Gesetzesentwurf soll erstere Bedrohung, also das Abfließen von Daten in z.B. die USA, durch eine Nicht-Anbindung des Programms an das Internet sichergestellt werden (Artikel 1, Absatz 2).[8] Die rechtmäßige Nutzung der Datenanalyse durch die Polizei soll durch das Parlamentarische Kontrollgremium, das auch den Landesverfassungsschutz kontrolliert, in mindestens vier Sitzungen im Jahr überprüft werden.

Gegenüber Kontext widersprach Steffen Schnürer vom Bündnis der Einschätzung des Fraunhofer Instituts. Dieses habe den Quellcode der Palantir-Software nicht wirklich einsehen können, sondern nur die aktuell installierte Version in einem sogenannten Black-Box-Test überprüft. „Das war erstmal eine ordentliche Untersuchung, aber beim nächsten Update könnte alles überfällig sein." Laut Kontext verweist das Innenministerium darauf, dass Backdoors auch bei Updates vertraglich ausgeschlossen seien.

Auf der Demonstration am 2. November 2025 kritisierte unter anderem Sebastian Müller, dass für die Bedarfsanpassung und Weiterentwicklung der Software regelmäßig Mitarbeiter von Palantir in den Rechenzentren der Polizei und mit Zugriff auf Quellcode und Datensätze arbeiten würden.

Screenshot von der Palantir Webseite, auf der Gotham als Waffensystem beworben wird.

Dieses Argument zielte eigentlich gegen die Versprechungen ab, dass man nach dem Fünfjahresvertrag auf eine europäische Lösung umsteigen würde. Wenn die Software fünf Jahre lang an den Betrieb angepasst worden ist, wäre sie Alternativen dann wahrscheinlich wirklich überlegen. Jedoch kann diese enge Einbindung der Firma natürlich auch Fragen bezüglich Backdoors und Datenabfluss aufwerfen.

Welche Daten eigentlich?

Fernab der Frage des Vertrauens gegenüber der US-Firma sind besonders Fragen bezüglich der Privatsphäre und möglicher Massenüberwachung durch die Aufhebung der Datenbindung zu diskutieren. Der SWR schreibt, dass das Kontrollgremium überprüfen solle, „ob und wie die Palantir-Software bei der Telekommunikationsüberwachung, bei Verkehrsdaten und der Datenanalyse eingesetzt wird.“[9]

Generell dürfen laut dem Gesetzesentwurf (Artikel 1, Absatz 3) beispielsweise „Verkehrsdaten aus Funkzellenabfragen sowie Telekommunikationsdaten“ nur zur Prävention von „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ oder „zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist,“ eingesetzt werden.

Sonst dürfte in dem Programm auch zur Verhütung von „besonders schweren Straftaten“ die Zusammenführung von „Vorgangsdaten, Falldaten, Daten aus polizeilichen Auskunftssystemen und Daten aus dem polizeilichen Informationsaustausch“ erfolgen und „Verkehrsdaten, Daten aus Asservaten, Daten im Sinne des Satzes 1 aus gezielten Abfragen in landesfremden Datenbeständen, Daten in gesondert geführten staatlichen Registern sowie einzelne gesondert gespeicherte Daten aus Internetquellen“ können ebenfalls ergänzend einbezogen werden. Welche Datenbanken das nun alles umfasst, müsste wohl eine mit dem Polizeirecht vertrautere Person uns Laien erklären. Immerhin dürften „personenbezogene Daten, die aus einer Wohnraumüberwachung oder einer Online-Durchsuchung gewonnen wurden,“ wohl nicht miteinbezogen werden.

Unter anderem der Sprecher der Piratenpartei warnte am 2. November jedoch davor, dass nun erst einmal eine recht eingeschränkte Nutzung legalisiert werden und dann, mit der sogenannten Salamitaktik, Stück für Stück neue Datensätze dazu genommen werden könnten.

Petitionen und weitere Anhörungen

Innerhalb der grünen Ecken des Bündnisses schlägt man jedenfalls versöhnlichere Töne an. Man könne verstehen, dass die Polizei mehr Digitalisierung und eine Software zur Vernetzung ihrer Daten benötige, aber es sei eben unklar, welche Datenbanken überhaupt in diese vernetzte Analyse miteinbezogen würde, äußern es grüne Kritiker:innen wie Sebastian Müller vorsichtig.

Letzterer initiierte eine Petition im landeseigenen Petitionssystem. Nachdem auf der Plattform OpenPetition schon einige tausend Unterschriften gesammelt wurden, wurde auch ihre Petition auf der Plattform des Landtags genehmigt, nach „einigen Verzögerungen durch rechtskonservative Kräfte innerhalb des Petitionsausschusses“, wie Müller meint, „wir wissen nicht ob CDU oder AfD“. Auch nachdem die Petition die 10.000 nötigen Unterschriften für eine Anhörung erreicht hätte, sei die Online-Unterschriftenliste direkt eingestellt worden und nur nach Protest der Initiator:innen weitergeführt worden. Ein weiteres Mal sei sie kurz nach der Veröffentlichung einer Anhörung ausgesetzt worden, die für den 6. November angesetzt war. Mittlerweile wird die Unterschriftenliste jedoch auch wieder weitergeführt und zählte zum 31. Oktober rund 13.000 Unterschriften.

Motiv der Petitionskampagne, über sbamueller.com.

Müller führt dieses An- und Abschalten seiner Petition jedoch nicht auf einen Wunsch der Landesregierung, sie „stumm zu stellen“, zurück, sondern vielmehr auf eine Unbeholfenheit bezüglich des Instruments. Nun habe man dieses Instrument mit einer für ein Bundesland wohl angemessenen Grenze von 10.000 Stimmen eingeführt (und nicht mit einem Schwellenwert von 40.000, wie ihn die CDU gefordert habe, was aber über dem Schwellenwert für eine Bundespetition liege), wisse nun aber, da die erste Petition über die Schwelle kommt, nicht wie damit umzugehen sei.

Am 6. November 2025 durften der Petitionsführer und ein weiterer Sprecher ab 13 Uhr für je satte fünf Minuten vor dem Landtag sprechen. Dies konnte online auf der Seite des Landtags verfolgt werden. Am 12. November wird dann die zweite Lesung des Gesetzes stattfinden.

Untypische Allianzen, schwache Mobilisierung und der Gang durch die Grüne Partei

Obwohl die Verbände mit den gestandenen Parteien – teils vielleicht hauptsächlich aus Oppositionspolitik – namhafte Bündnisse aufbauen konnten, lässt ihr Druck jedoch zu wünschen übrig. Wahrscheinlich haben die untypischen Verbündeten der Stuttgarter Fußballfanszene mit ihren Kurven-Bannern gegen die Software sogar eine größere Basis – bei der Demo waren sie jedoch auch nicht zahlreich oder erkennbar anwesend.

Am Sonntag, 2. November mobilisierte das Bündnis, kurz vor der Anhörung ihrer Petition im Landtag, wieder nach Stuttgart. Zu den vormals aufrufenden Organisationen kamen noch die Kleinstpartei Volt und Die AnStifter aus Stuttgart dazu. Trotz der namhaften Aufrufenden, die die demokratischen Oppositionsparteien und eine große Gewerkschaft umfassen – fanden sich wieder nur zwischen 200 und 500 Menschen zu der Demo ein.

Angesichts der relativen Dominanz, die die „Grünen mit Haltung“ nach Redezeit und Teilnehmerzahl bei der Kundgebung Anfang Oktober hatten, fragt man sich, ob der Kampf derzeit wohl eher innerhalb der grünen Partei geführt wird, denn auf der Straße und mit der Zivilgesellschaft.

Auf dem Blog des Grünenmitglieds Sebastian Müller,[10] der auch einen Musterantrag dafür schrieb, sind mittlerweile mindestens zehn Kreisverbände der grünen Partei in Baden-Württemberg gelistet, die sich gegen die Gesetzesnovelle und die Einführung von Palantir aussprechen. Am 2. November war von 13 Kreisverbänden der Grünen die Rede – inklusive des „sogenannten regierungstreuen Esslinger Kreisverbands“. Nun möchte das Bündnis die Parteispitze sogar mit einer Urabstimmungsinitiative zu einem Einlenken in der Sache bewegen. Dafür bräuchten sie allerdings Unterschriften von zehn Prozent der Parteimitglieder.

Wenn die Grünen mit Haltung es schaffen, ihre Parteispitze von ihrem gemeinsamen Kurs mit der CDU abzubringen, wäre das ein bundesweites und internationales Exempel, dass vernetzte Überwachung und Klüngel-Deals mit Palantir auch gestoppt werden können. Die Parlamentarier könnten die schwächelnde Bewegung aber auch immer noch mit beschwichtigenden Worten beiseite wischen.

Update nach der Redaktion: Am 12. November entschied sich der baden-württembergische Landtag mit großer Mehrheit für das neue Gesetz, dass es der Polizei erlaubt ab März 2026 Gotham anzuwenden.

Anmerkungen

1. Palantir allegedly enables Israel‘s AI targeting in Gaza, raising concerns over war crimes. business-human-rights.org 17.4.2024.
2. Anna Loll: Mehr Sicherheit durch mehr Kameras? deutschlandfunk.de 2.10.2014.
3. Mehr Unterstützung für die Polizei gefordert – wie wirkt KI? gdp.de 10/2024.
4. ÖA InnenA vom 22. Oktober 2025. landtag-bw.de/de/mediathek.
5. Alfonso Maruccia: Europe proposes backdoors in encrypted platforms under new security strategy techspot.com 3.4.2024.
6. Palantir Vortrag - ChaosTreffTübingen - Faschismus durch die Infrastruktur-Hintertür. freie-radios.net 1.10.2025.
7. Florian Kaufmann: Polizeiarbeit aus der Blackbox. kontextwochenzeitung.de 1.10.2025.
8. Drucksache 17 / 9478 Gesetzentwurf der Landesregierung: Gesetz zur Einführung einer automatisierten Datenanalyse und zur Änderung weiterer polizeirechtlicher Vorschriften. landtag-bw.de 23.9.2025.
9. Henning Otte: Einigung im Palantir-Streit: Polizei in BW soll umstrittene Software nutzen dürfen. swr.de 29.7.2025.
10. Landtag gibt endlich öffentliche Petition gegen Palantir auf Landtagswebsite zur Unterzeichnung frei. Bereits 1000 Unterzeichnerinnen. sbamueller.com 14.10.1025.

Drohnenwälle aus Bayern

Zahlreiche Startups wollen von Deutschlands Aufrüstungsmilliarden profitieren

von Franz Enders

Wo imperialistische Staaten und Machtblöcke um Einfluss, Handelsrouten und Souveränität ringen, gibt es immer wieder auch kriegerische Auseinandersetzungen. Und wie sich die Wirtschaft durch die Entwicklung der Produktivkräfte historisch immer weiter verändert, verändert sich auch die Art, wie Nationen diese Kriege führen – die »Destruktivkraftentwicklung« gewissermaßen als Kehrseite der Produktivkraftentwicklung. Während der vergangenen Weltkriege zeigte sich dies in erster Linie in der Entwicklung von Maschinengewehren, Panzern und Atomwaffen. In der heutigen Zeit sorgt vor Allem die digitalisierte Kriegsführung für qualitative Veränderungen: Drohnen, Software und Algorithmen spielen sowohl in der Ukraine als auch in Gaza eine zentrale Rolle. In diesen Waffengattungen will die Bundesregierung aufholen – und entsprechend ihrer Nachfrage ist hierzulande eine ganze Reihe neuer Unternehmen entstanden.

Durch die veränderten Anforderungen an Rüstungsgüter konnten in Deutschland einige Startups Marktlücken der bisher etablierten Rüstungsindustrie für sich nutzen und innerhalb kürzester Zeit zu großen Playern aufsteigen: Helsing beispielsweise, ein bayerisches KI- und Drohnenstartup, welches 2021 von schillernden Persönlichkeiten wie dem ehemaligen McKinsey-Mitarbeiter und Beschäftigten des Verteidigungsministeriums, Gundbert Scherf, gegründet wurde und mittlerweile mit über zwölf Milliarden Euro bewertet wird. Zuletzt hatte Helsing einige Öffentlichkeit wegen eines prominenten Geldgebers bekommen: Daniel Eck, dem Gründer von Spotify.

Die Vorteile von Diktaturen

Prominente Geldgeber*innen sind in der Branche nicht selten. Auch Quantum Systems sowie dessen ebenfalls rasant wachsende Tochterfirma Stark Defence werden maßgeblich vom rechtsradikal-libertären Milliardär und Gründer von Palantir aus den USA, Peter Thiel, finanziert. CEO Florian Seibel fällt ähnlich wie Thiel immer wieder mit der Äußerung provokanter und politisch höchst bedenklicher Positionen auf, wenn auch in wesentlich weniger drastischer oder prominenter Weise. So räsonierte er kürzlich in einem Interview über die ökonomischen Vorteile von Diktaturen: »Es hat seine Vorteile, wenn man einen Diktator hat, der sagt ›So machen wir das‹.«

Wie Hauptkonkurrent Helsing gilt Quantum Systems als finanziell überaus erfolgreich. Beide befinden sich auf rasantem Expansionskurs und kaufen regelmäßig kleinere Unternehmen auf, beispielsweise in Helsings Fall den Meerestechnologiekonzern Blue Ocean sowie den Flugzeugbauer Grob Aircraft. Diese Unternehmenserweiterungen sind beide als direkte Antworten auf aktuelle politische Entwicklungen zu verstehen, vor allem auf den verstärkten Fokus auf Luftverteidigung sowie maritime Sicherheit. Der Kauf von Grob Aircraft führte prompt zu einer bemerkenswerten Erweiterung im Portfolio des Rüstungsstartups: Sein geplantes fern- bzw.- KI-gesteuertes Bombenflugzeug namens »CA1-Europa« präsentierte es im Beisein des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, der eine Lederjacke samt »Helsing«-Emblem trug.

Bisher waren die deutschen Drohnenbauer eher im Bereich kleinerer Drohnen zur Aufklärung oder als eine Art ferngesteuerter Sprengsatz tätig. Mit »CA1-Europa« bringt sich Helsing nun als möglicher Anbieter für einen Ersatz zum wackelnden deutsch-französischen Rüstungsgroßprojekt »Future Combat Air System« (FCAS) in Stellung, an dem Helsing ebenfalls beteiligt ist, allerdings nur zu einem kleinen Teil.

Neben diesen Senkrechtstartern gibt es ein immer enger und größer werdendes Netz von diversen »Defence-Startups« in der BRD, die sich fast ausschließlich auf den Großraum München konzentrieren und diesen mittlerweile laut einer Studie gemessen an den Geldflüssen zum europäischen Zentrum der Rüstungstechnologie entwickelt haben.

Wie die traditionellen Rüstungskonzerne profitieren die Startups massiv von der »Zeitenwende« und ihren schier endlosen Rüstungsmilliarden. Im Unterschied zu den klassischen Akteuren der Branche aber sind sie mangels Eigenkapital auf Vorfinanzierung durch Risikokapitalfonds angewiesen. Über lange Zeit orientierten diese Fonds sich, vor allem in Europa, an verschiedenen Krite-

rien zur nachhaltigen Finanzierung, den sogenannten »ESG-Kriterien«, die nach gängiger Lesart Rüstungsinvestitionen ausschlossen. Diese Kriterien werden allerdings aktuell gleich in doppelter Hinsicht aufgeweicht, um Geldzuflüsse in Defence-Startups zu ermöglichen: zum einen durch das Umdefinieren des Wortes »nachhaltig« zugunsten von Investitionen in den Rüstungsbereich, zum anderen durch die grundsätzliche Abkehr von solcherlei Kriterien durch Investor*innen. Auch von Seiten der Politik gibt es hier Unterstützung, beispielsweise durch den »Nato Innovation Fund«, dessen Mittel seinerseits bisher primär nach München geflossen sind, oder den »European Defense Fund«.

Nicht nur in ihrer Finanzierung, auch in der Strategie unterscheiden sich die Rüstungs-Startups von Rheinmetall & Co. Letztere setzen aufgrund langjährig gewachsener internationaler Beziehungen stark auf transatlantische Partnerschaft, was sich an Projekten wie den F35-Kampfjets – einer Kooperation zwischen Deutschland und den USA – zeigt, aber auch an Rheinmetalls Digitalisierungsstrategie. Auch hier setzt der größte deutsche Rüstungskonzern auf Expertise aus dem Ausland. Jüngst ging er eine Partnerschaft mit dem US-Konzern Anduril ein, der als einer der weltweit führenden Produzenten militärischer Drohnen zweifellos über einen großen Vorteil gegenüber den jungen Unternehmen aus der BRD besitzt.

Mit den USA und unabhängig von den USA

Politisch bewegt man sich hier allerdings in einem Spannungsfeld. Denn in Zeiten unsicherer deutsch-amerikanischer Beziehungen wird aufseiten der EU immer mehr auf Unabhängigkeit von den USA gesetzt, wie sich jüngst im Weißbuch zur europäischen Aufrüstung sowie dem »Rearm Europe« Programm nachvollziehen ließ. Dieses Bedürfnis nach Unabhängigkeit ist auch bei Rheinmetall nicht unbemerkt geblieben. In der Pressemitteilung, die die Kooperation bekannt gibt, liegt ein starker Fokus auf dem »gemeinsamen Respekt für gegenseitige Autonomie« und ähnlichen Spagaten zwischen Autonomie und Kooperation. Darüber hinaus besteht schon seit Längerem eine Kooperation mit dem israelischen Drohnenbauer U-Vision zur Produktion der »Hero«-Kampfdrohnenserie, deren Produktionskapazität laut einer aktuellen Pressemitteilung von Rheinmetall nun erneut ausgebaut werden soll.

Eine andere Strategie verfolgen Helsing & Co. Sie sind zwar noch in hohem Maße von Privatinvestitionen aus den USA abhängig, setzen aber ansonsten klar auf innereuropäische Wertschöpfung und greifen auch Projekte wie die F35-Kampfjets öffentlich an. Um sich hier langfristig durchsetzen zu können, braucht es aber mehr als eine kurzlebige Startup-Blase: gute Beziehungen zu Regierung und Beschaffungsämtern sowie langfristige Abnahmegarantien für die Produkte. Ein aktuelles Modell, um dies zu gewährleisten, ist das des »Drohnenwalles«, der mit tausenden autonom fliegenden Drohnen das Baltikum vor russischen Angriffen schützen soll. Gundbert Scherf, CEO von Helsing, drängt daher gemeinsam mit verschiedenen Investor*innen auf die massenhafte Anschaffung der entsprechenden Drohnen.

Seibel von Quantum Systems verfolgt eine andere Strategie: Seiner Ansicht nach ist die Anschaffung einer so großen Zahl von Drohnen nicht sinnvoll, da ihre Hardware zu schnell veraltet. Stattdessen wirbt er für den massiven Ausbau deutscher Drohnenproduktionskapazitäten, um bei Bedarf 20 Millionen Drohnen pro Jahr produzieren zu können. Gleichzeitig kritisiert auch er den geringen Beschaffungswillen der Bundeswehr, die aktuell »nur« mit 1000 Kampfdrohnen plant. Seibel schwebe eher eine Zahl in Richtung 800 000 vor.

Nach neusten Ankündigungen seitens Bundesregierung, Nato und EU soll nun bis 2027 eine Form des Drohnenwalles tatsächlich an der Nato-Ostflanke implementiert werden. Was das allerdings genau heißt – ob, wie ursprünglich vorgeschlagen, tatsächlich Hundertausende Kamikazedrohnen zur Bekämpfung von Zielen am Boden zum Einsatz kommen sollen oder ob es sich eher um ein vernetztes Drohnenabwehrsystem handelt –, darüber gibt es aktuell noch keine klaren Äußerungen. Klar scheint allerdings zu sein: Der Druck der Startups zeigt Wirkung.

Konzepte wie 20 Millionen umherschwirrender KI-gesteuerter Kampfdrohnen zeigen deutlich: Trotz der immer wieder präsenten Beteuerungen der Startup-CEOs, sie seien im Herzen Friedensaktivist*innen, sind sie und ihr Geschäftsmodell definitiv nicht ungefährlicher als Rheinmetall und Co.

The New Spirit

Das neue, disruptive Mindset in Beschaffung und Rüstung

von Christoph Marischka

Rückblickend war die Zeit um 2018 ein Wendepunkt in der deutschen Technologiepolitik einerseits und für die Bundeswehr andererseits. Nach zähen Verhandlungen legten SPD und CDU/CSU im Februar ihren Koalitionsvertrag vor und konstituierten kurz darauf ihre gemeinsame Regierung – weiterhin mit der bereits amtierenden Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin.

Wirtschafts- und Technologiepolitisch setzte der Koalitionsvertrag auf »Disruption«. Wissenschaft, Kapital und Industrie sollten in neu aufzubauenden »Ökosystemen« enger zusammenrücken, Startups als Treiber zukünftiger Innovationen stärker gefördert und die Marktbedingungen dereguliert werden. Der Tonfall des Koalitionsvertrages war in diesen Bereichen sichtlich geprägt durch einen überschaubaren Personenkreis aus dem Umfeld der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), der Vorstände großer Wissenschaftsorganisationen wie der Max-Planck-Gesellschaft und wettbewerbsorientierten Zusammenschlüssen von Hochschulen wie die German U15. Gemeinsam hatten sie kurz nach den Wahlen die Stellungnahme »Wissenschaft und Forschung als Fundament unserer Zukunft weiter stärken« eingebracht. Aus dem selben Personenkreis wurde unter anderem Druck aufgebaut, in Deutschland eine militärische Forschungsbehörde nach dem Vorbild der DARPA in den USA aufzubauen.

Militärpolitisch war Ursula von der Leyen bereits Ende 2013 mit dem Anspruch angetreten, in der Truppe und der Industrie auf einen »Kulturwandel« hinzuarbeiten: Weg vom Image des alten Grundwehrdienstes (»Durch-den-Schlamm-Robben«, brüllende Vorgesetzte), weg von straffen Hierarchien und unflexiblen Besoldungsstufen, weg von einer vermeintlich trägen Bürokratie im Beschaffungswesen und einer ebenfalls als träge und verstaubt wahrgenommenen Rüstungsindustrie, die aus den immergleichen Unternehmen und ihren anzugtragenden Lobbyisten zu bestehen schien. Als Katalysator dafür sollte bereits ab 2014 vor allem der Aufbau einer neuen Quasi-Teilstreitkraft, des Organisationsbereichs »Cyber- und Informationsraum« (CIR), dienen. Letztlich gehörte jedoch auch die Diskussion um Kühlschränke in den Kasernenstuben und die »Wohlfühl-Bundeswehr« zu diesem Konzept.

So ganz neu war das alles natürlich nicht – weder der Abbau von vermeintlichen Innovationshemmnissen noch die Diskussion um eine »agilere Truppe«. Diesmal aber entfaltete der angestrebte »Kulturwandel« tatsächlich und sichtbar Wirkung. Man denke nur etwa daran, wie sich unsere Städte in den vergangenen Jahren verändert und dem Plattform-Kapitalismus geöffnet haben: Zahllose Innovations-Campusse und Startup-Parks sind aus dem Boden geschossen, Lieferdienste und »Shared Mobility«-Angebote konnten in einem kaum regulierten Umfeld gedeihen und wurden im Zuge von »Smart City«-Programmen gefördert. Etwas weniger sichtbar, aber womöglich noch folgenreicher sind die parallelen Entwicklungen im Bereich Militär und Rüstung.

»Move Fast and Break Things«

Ein Beispiel für den neuen Spirit ist der bereits im Frühjahr 2017 eingerichtete Cyber Innovation Hub (CIH), der als »Schnittstelle zur Gründerszene« und zu »Innovationsakteuren« fungieren und diese »Schnittstellenfunktion für den Aufbau eines neuen Netzwerks in Forschung, Wirtschaft und Militär nutzen« soll. Ihr erster CEO, Marcel »Otto« Yon, hatte zuvor ein Forschungszentrum geleitet und dann (angeblich) drei erfolgreiche Startups »zum Exit« geführt. Er gab das ambitionierte Ziel aus, dass künftige Innovationen von der Idee nur noch 90 Tage brauchen sollten, bis sie »in der Hand der Soldaten« liegen. Dafür sollten Hierarchien ausgeräumt und auf ganz kleiner Ebene ein neues, »agiles«, freihändiges Beschaffungswesen eingeführt werden. Vor allem aber ging es auch um einen demonstrativ vollzogenen Kulturwandel bis hin zu Grußformeln, Haltung, Kleidung und nicht zuletzt der Sprache. Auch die Außendarstellung wurde flexibler und frecher. Kurzfristige Aufmerksamkeit erzielte der Hub etwa mit einem Meme, das neben dem Bild eines schießenden Leopard-Panzers das Logo des CIH enthielt und darunter das Motto von Mark Zuckerberg zitierte: »Move Fast and Break Things« – bewege dich schnell

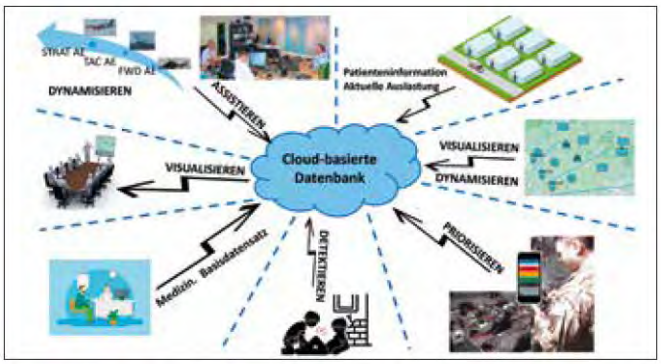


Abb. 1: Schematische Darstellung der vernetzten Informationserfassung und -verarbeitung mittels einer gemeinsamen IT-Architektur zur Digitalisierung des Verwundetenweges

Abb. 2: Beispiel einer smarten Textilie mit Sensortechnik zur Erfassung relevanter Vitalparameter (Quelle: WIWeB)

Ausschnitte aus dem Jahresbericht Wehrwissenschaftlichen Forschung 2021: Der digitale Weg des Verwundeten, S. 122/123. BMVg. Siehe Text.

und mache Dinge kaputt. Die gezielte Melange aus Militär- und Startup-Kultur des CIH (in einer ehemaligen Fabriketage in einem Hinterhof in Berlin-Moabit, ausgestattet mit bunten Möbeln und Bänken aus Paletten) wirkte zunächst eher albern und skurril und führte zu manchem eher augenzwinkernden Beitrag in IT-Zeitschriften und Portalen der »Gründerszene«. Ganz nach dem Motto »All Publicity is Good Publicity« dürfte jedoch gerade auch diese Berichterstattung ihre Wirkung gehabt haben: Unter den Gründer:innen und (Möchtegern-)Investor:innen hat sich so durchaus herumgesprochen, dass Bundeswehr und Rüstung auch und gerade für sie ein Markt werden könnten – und man dort nun hofiert wird. Der CIH vermittelte ganz bewusst das Gefühl, dass man für jede Idee mit »Verteidigungsbezug« offen sei – je verrückter, desto besser.

Kulturrevolution im Ministerium

Eine andere Entwicklung lief bereits früher und zunächst mit deutlich weniger Öffentlichkeit ab: die Aufnahme führenden Personals aus Beratungsunternehmen in leitende Positionen des Bundesverteidigungsministeriums und die parallele Vergabe hochdotierter Beraterverträge an Unternehmen wie Accenture, McKinsey oder PwC – die dabei, mal wieder, weniger zu konkurrieren, als zu kooperieren schienen.

Bereits kurz nach ihrer Amtsübernahme hatte von der Leyen 2014 die zuvor bei McKinsey für den »Öffentlichen Sektor« zuständige Bereichsleiterin Katrin Suder als Staatssekretärin ins Ministerium geholt und mit ihr deren McKinsey-Vertrauten Gundbert Scherf als Rüstungsbeauftragten in die Bundeswehr. Eine dritte zentrale Person war Timo Nötzel, zuvor unter anderem für Bundeswehr und NATO sowie bei der Stiftung Wissenschaft und Politik tätig, bevor er (mit Empfehlung Suders) von McKinsey zu Accenture wechselte, de facto aber wie ein hochrangiger Beamter des Ministeriums agierte. Der über 500 Seiten umfassende Abschlussbericht des Bundestags von 2020 zur sogenannten »Berateraffäre« gibt einerseits Aufschluss über die fließenden Übergänge und wechselnden Konstellationen, in denen ein überschaubarer Personenkreis abwechselnd als selbstständige Berater:innen, Ministerialbeamt:innen oder (abgeordnete) Angestellte von beauftragten Unternehmen tätig war. Andererseits dokumentiert er aber auch eine Art Kulturkampf zwischen Vertreter:innen der alten Ministerialbürokratie und des Militärs mit dem disruptiveren Mindset aus der Welt der Unternehmen(sberatungen). Die in der Presse dominierende Diskussion um »Vetternwirtschaft« – tatsächlich werden vom Untersuchungsausschuss an vielen Stellen Verstöße gegen Vergaberecht etc. festgestellt oder nahegelegt – verdeckt jedoch, dass von der Leyen als zentrale und verantwortliche Figur hier in mehrfacher Hinsicht erfolgreich war: Erstens ist sie trotz all der Enthüllungen nicht nur unbeschadet davongekommen, sondern nahtlos in die (vermutlich) mächtigste Position in EUropa – die der EU-Kommissionspräsidentin – aufgestiegen. Zweitens war das zentrale Projekt, um das sich die Berateraffäre gedreht hat, die Vereinheitlichung und Harmonisierung der IT-Strukturen der Bundeswehr und die Aufstellung des CIR, letztlich erfolgreich.

Dazu gehörte auch die Überführung der BWI GmbH als für den Betrieb der IT der Bundeswehr zuständiges Unternehmen in eine Gesellschaft im 100%igen Besitz des Bundes: Eine Mischung aus Ministerialbürokratie und wettbewerbsorientiertem Management, in dem militärischer Rang und unternehmerische Stellung, Flecktarn und Anzug nahtlos ineinander übergehen und miteinander agieren. Dort konnten Vermittlungsgebühren, Löhne und Beraterhonorare bezahlt werden, die in den alten Bürokratien ebenso wenig machbar waren, wie Kündigungsfristen. Passend dazu ist auch die zuvor lange gehegte Unterscheidung zwischen »green IT« (bei der Truppe, im Gefecht) und »white IT« (in der Bundeswehr-Verwaltung) zunehmend obsolet geworden.

Zusammengefasst lässt sich festhalten: »Move fast and break things« war zumindest implizit auch das Motto der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin und späteren EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Zugleich symbolisierte sie und ihre Clique um die »Berateraffäre« eine Kultur des Regelverstoßes, die der jeweils

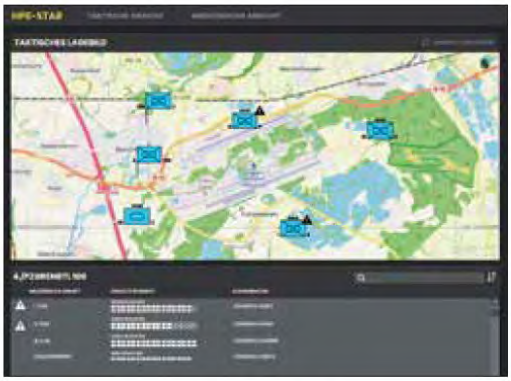


Abb. 4: Visualisierung der taktischen Lage
(Quelle: Fraunhofer FKIE)

eigenen Karriere alles andere als hinderlich ist – nun eben auch im Bereich von Militär und Rüstung.

Symmetrie und KI

Der angestrebte Kulturwandel wurde also zugleich demonstrativ (und etwas unbeholfen wirkend) vorangetrieben und ging andererseits kleinteilig und geradezu langweilig in den Kapillaren der Bürokratie vonstatten. Als Katalysator wirkten zugleich unter anderem zwei weitere Tendenzen dieser Jahre: der Diskurs um die jüngsten Durchbrüche bei sogenannter »Künstlicher Intelligenz« und die zunehmende Ausrichtung der militärischen Planung auf einen »großen Krieg«, zumindest eine Auseinandersetzung zwischen technologisch und militärisch vergleichbaren (symmetrischen) Gegnern.

Beide Diskussionen wurden in den Jahren vor 2022 – dem russischen Einmarsch in die Ukraine und dem anschließenden Krieg – zumindest in der Öffentlichkeit getrennt geführt. »Maschinelles Lernen« und »Künstliche Neuronale Netze« als neue, hoffnungsvolle Ausformung der ziemlich leeren Phrase »Künstlicher Intelligenz« wurden primär als zivile Entwicklung diskutiert, die Forderung nach intensiver staatlicher Förderung jedoch oft (im Kern eigentlich fast immer) geopolitisch begründet: Man müsse verhindern, von den USA und China abgehängt bzw. von ihnen abhängig zu werden. Beratungsunternehmen und Agenturen wie Roland Berger, Capgemini, McKinsey und Lobbyverbände des (Risiko-)Kapitals veröffentlichten in jenen Jahren eine Vielzahl an Policy-Papers mit Empfehlungen, wie sich Deutschland oder Europa im »Wettlauf um KI« behaupten könnten. Im Kern ging es dabei darum, optimale Bedingungen für Startups und vor allem Risikokapital zu schaffen, insbesondere durch weitere Deregulierung und staatliche Förderung auf allen Ebenen. Vieles davon wurde seither von den Kommunen bis hin zur Europäischen Union umgesetzt – propagandistisch begleitet von Bundesregierung, Wissenschaftsorganisationen, Unternehmen und Kapital beispielsweise im Rahmen des »Wissenschaftsjahres 2019« unter dem Motto »#ChanceKI«.

In einer parallelen Entwicklung hat sich seit 2014 die strategische Ausrichtung von NATO und Bundeswehr – von der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen – deutlich verschoben. Statt der relativ risikoarmen und asymmetrischen Auslandseinsätze rückte die Landes- und Bündnisverteidigung (wieder) deutlich stärker in den Mittelpunkt – und damit die Aussicht auf einen großen, symmetrischen Krieg. Was das bedeutet, lässt sich unter anderem dem Jahresbericht Wehrwissenschaftliche Forschung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) von 2021 entnehmen, wo das Projekt »Der digitale Weg des Verwundeten« so begründet wird: »Die Landes- und Bündnisverteidigung steht derzeit im Fokus der militärischen Zukunftsplanung. Kernelement der medizinischen Vorbereitungen ist die Versorgung von ca. 1000 Verwundeten am Tag. Dies stellt einen hohen logistischen Aufwand und eine hohe Arbeitsbelastung für das Fachpersonal entlang der einzelnen Versorgungsebenen dar. Künstliche Intelligenz (KI) kann hierbei ein wertvoller Partner sein.«

Bereits 2019 hatte das Amt für Heeresentwicklung der Bundeswehr ein »Positionspapier« mit dem Titel »Künstliche Intelligenz in den Landstreitkräften« veröffentlicht, das ebenfalls klar von der Konfrontation mit einem militärisch und technologisch hochgerüsteten (symmetrischen) Gegner ausging. Im Mittelpunkt des einleitenden Szenarios steht ein »TaUAS-Bataillon« (TaUAS bedeutet Tactical Unmanned Aerial Systems, also kleinere Luftdrohnen), bestehend aus »vier Zügen mit jeweils 5000 TaUAS«: »Die Luken der Transportfahrzeuge öffnen sich und 5000 UAS fliegen aus den Fahrzeugen. Sie formieren sich zu unterschiedlichen Schwärmen. Der Schwarm aus mehreren hundert Sensor-UAS erreicht gar eine Ausdehnung von über zwei Kilometern im Durchmesser und ist mit hochauflösenden Kameras ausgestattet. Andere Schwärme wiederum haben die Aufgabe[,] gegnerische Drohnen zu stören oder dienen als Relais zur Kommunikation der eigenen UAS. Andere sind mit kleinsten Wirkmitteln zum Angriff gegnerischer Sensorik und zur Markierung bzw. Verfolgung von Zielen ausgestattet und zudem in Lage[,] eine verlegefähige UAS-Sperre zu bilden. Ein Counter-UAS-Schwarm ist darauf trainiert, feindliche UAS abzufangen und zu vernichten.«

Die hier angeführten Zitate sollen zweierlei verdeutlichen: Einerseits haben sich »Künstliche Intelligenz« (im zweiten Falle in Form der Schwarmsteuerung) und die strategische Neuausrichtung auf symmetrische, große Kriege nicht nur zeitlich parallel entwickelt, sondern wurden vom deutschen Militär (zumindest an einigen Stellen) auch zusammen gedacht. Ein zentraler Begriff in der Startup-Szene, wie auch zunehmend im Militär, ist dabei die »Skalierbarkeit«, also die Fähigkeit, die Produktion oder das eingesetzte Personal rasch um Größenordnungen zu steigern. Andererseits wird klar, dass diejenigen, die es wissen wollten, bereits damals absehen konnten, dass diese Skalierbarkeit im Kontext der »Landes- und Bündnis-

verteidigung« künftig ein zentrales Kriterium sein würde oder könnte.

»Zeitenwende« und die Überwindung der Politik

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 und dem sich daraufhin entfaltenden, lange, brutal und zäh geführten Krieg zwischen Russland und der Ukraine kam das Szenario eines großen, symmetrischen Krieges auch in der deutschen Öffentlichkeit an und rückte auf die Titelseiten der Tageszeitungen. Als das eigentlich Neue an der zusammen mit einem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögen verkündeten »Zeitenwende« erscheint jedoch eine Art kulturelle Zeitenwende, die sich primär darin ausdrückte, dass die veröffentlichte Meinung den Kurs einer rigorosen und schnellen Aufrüstung nicht nur unterstützte, sondern aktiv vorantrieb. Auch begünstigt durch eine Schwäche und Unentschlossenheit der parlamentarischen Linken entstand so ein diskursives Umfeld, das parlamentarische, bürokratische und strategische Kontrolle delegitimierte und weitgehend zum Verstummen brachte. Erinnert sei hier schlaglichtartig an die Debatte um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern (in der jede Erwägung möglicher Konsequenzen als Kreml-Narrativ oder zumindest, klar negativ konnotiert, als »Zögern« delegitimiert wurde) oder an die etwa wöchentlich kolportierten Enthüllungen oder Kommentare, wonach das Sondervermögen angeblich viel zu langsam und zögerlich ausgegeben würde.

Die Verteidigung der Ukraine erfolgte vor allem in den ersten Monaten oft außerhalb des völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Rahmens. In deutschen Medien wurden informelle Milizen und private Drohnen-Werkstätten in der Ukraine, nicht-staatliche Hackerangriffe auf Russland und über Spenden beschaffte Rüstungsgüter meist wohlwollend porträtiert und kommentiert. Im Taumel des gerechten Verteidigungskrieges schien geradezu eine Lust an der Regelverletzung auch nach Deutschland überzuschwappen. So konnten z. B. auf hiesigen »Solidaritätsdemos« offen und zugleich rechtswidrig Freiwillige für ukrainische Milizen rekrutiert werden, die offene Diskriminierung von Russen in Kultur und öffentlichem Leben sowie der Transport von Streumunition durch Deutschland wurden wenig kritisiert und auch die Sprengung der Nordstream-Pipelines – nachdem eine ukrainische Beteiligung wahrscheinlich war – bestenfalls halbherzig juristisch verfolgt und in der Öffentlichkeit gar als »Glücksfall für Deutschland« kommentiert.

Dass unter dem öffentlichen Druck zur Beschleunigung auch in der militärischen Beschaffung und bei Rüstungsexporten zu jener Zeit mehrfach Recht gebrochen oder kreativ ausgelegt wurde, ist anzunehmen, aber schwer nachvollziehbar – auch weil bei der Verausgabung des Sondervermögens und der »Hilfe für die Ukraine« (teilweise über sogenannten »Ringtausch«) kaum eine ernsthafte parlamentarische Debatte oder kritische mediale Begleitung stattfand. Völlig unhinterfragt meldete etwa das *ZDF* Anfang Mai 2024, gut zwei Monate nach dem russischen Einmarsch, dass das Münchner Startup Quantum Systems eine unbekannte Zahl an Drohnen an die Ukraine geliefert habe: »Es ist ein Auftrag eingefädelt über den ukrainischen Konsul in München, bestellt und bezahlt von ukrainischen Oligarchen, genehmigt von deutschen Behörden.« Zunehmend meldeten sich fortan Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie in den Medien zu Wort und definierten vermeintliche militärische und strategische Erfordernisse gegenüber der Öffentlichkeit. Ankündigungen von Rheinmetall etwa zum Bau von Panzer- und Munitionsfabriken in der Ukraine wurden von der Presse oft als beschlossene Sache dargestellt und mit Zitaten deutscher Rüstungsmanager zur taktischen Lage abgerundet. Auf den Stand und die Erfordernisse der jeweiligen Genehmigungsverfahren wurde hingegen so gut wie nie eingegangen und sie wurden auch nicht parlamentarisch abgefragt.

Beispiel Drohnenwall

Im November 2024 brach die amtierende Regierung der Bundesrepublik auseinander, im Dezember wurden das Parlament formell aufgelöst und Neuwahlen für den 23. Februar 2025 angesetzt. Die Verhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD mündeten Anfang April in einen Koalitionsvertrag, am 6. März wurde Merz (nach Niederlage im ersten Wahlgang und spontaner Änderung der Geschäftsordnung durch Zweidrittelmehrheit) zum Bundeskanzler gewählt. Genau dazwischen haben die künftigen Regierungsparteien mit den Mehrheiten des alten Parlaments in Windeseile eine Grundgesetz-Änderung durchgesetzt, die »Verteidigungsausgaben« in einem weiten Sinne von der Schuldenbremse ausnimmt. Ursula von der Leyen hatte kurz zuvor ein Programm unter dem Titel »ReArm Europe« angekündigt, das ähnliche Programme auf europäischer Ebene von der EU-Schuldenbremse ausnehmen und alle Mitgliedsstaaten gar zu schuldenfinanzierter Aufrüstung verpflichten sollte. Weder »ReArm Europe« noch das wenige Monate später beschlossene 5%-Ziel der NATO wären ohne die Grundgesetzänderung in Deutschland – selbst in eher deklaratorischer Hinsicht – realisierbar gewesen.

Während der Koalitionsverhandlungen, als das Parlament und seine Ausschüsse nicht mehr zusammentraten (außer, um das Grundgesetz zu ändern), als in den Abgeordnetenbüros Kartons gepackt wurden, berichtete unter anderem *tagesschau.de* von einem »Kurswechsel im Bundesverteidigungsministerium«, die »Bundeswehr soll Angriffsdrohnen bekommen«, die »Verträge würden in den nächsten Tagen unterzeichnet«. Die *FAZ* titelte kurz darauf: »Endlich bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr« und führte weiter aus: »Die Bundeswehr wird Hunderte bewaffnete Drohnen anschaffen und sich Produktionskapazitäten für Tausende solcher Fluggeräte sichern.« Mo-

niert wurde hier (wie in vielen anderen Berichten zum Thema), dass diese Entscheidung erst nach »mehr als einem Jahrzehnt endloser Debatten« gefällt worden wäre. Von wem und wie genau, wurde in keinem dieser Berichte weiter ausgeführt. Auf die schriftliche Frage eines Bundestagsabgeordneten der Linken im Verteidigungsausschuss nach Menge und Herstellern wurden selbst diese Informationen später als geheim eingestuft.

Schon in der entsprechenden Meldung bei *tagesschau.de* wurde jedoch (der hier bereits im Kontext der Berateraffäre) genannte Gundbert Scherf zitiert und auf das Startup Helsing verwiesen, die in jenen Tagen mit dem Vorschlag eines »Drohnenwalls« hausieren gingen. Dieser solle aus zehntausenden Aufklärungs- und Kamikazedrohnen bestehen, die an der NATO-Ostflanke mit entsprechender KI- und Schwarmsteuerung eine Art fliegendes Minenfeld bilden sollten. Laut Scherf und anderen Vertretern von Rüstungs-Startups sei dies innerhalb eines Jahres realisierbar. Entsprechende Produktionskapazitäten bauten sie nach einigen Angaben zu diesem Zeitpunkt bereits auf. Helsing hatte im Februar bekannt gegeben, eine erste sogenannte »Resilience Factory« (RF-1) mit einer Produktionskapazität von zunächst 1.000 Kamikazedrohnen pro Monat in Betrieb genommen zu haben und dass man »an mehreren Standorten in Europa weitere Resilience Factories errichten [wird], die im Konfliktfall Zehntausende Einheiten pro Monat produzieren können«.

Der Begriff »Drohnenwall« legte anschließend in den Medien eine steile Karriere hin. Oft wurde darüber berichtet, als wäre er bereits beschlossene Sache – obwohl Fachleute starke Zweifel äußerten, ob er (insbesondere die Schwarmsteuerung) technisch realisierbar und angesichts der schnellen Innovationszyklen rentabel wäre. Die zuvor intensiv geführte Debatte um die Rolle von KI in Waffensystemen wurde dabei ebenso weitgehend ausgeblendet, obwohl ihr in Verbindung mit Schwärmen zehntausender Drohnen an der Grenze zwischen NATO und Russland eigentlich eine besondere – hochgradig strategische – Bedeutung zukommen sollte.

Risikokapital, Profit und Strategie

Ob der »Drohnenwall« zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Buches noch ein Begriff sein wird, ist nicht absehbar. Dennoch verdeutlicht er gut den neuen Spirit in Bundeswehr und Beschaffungswesen. Anstatt politische und strategische Überlegungen zur Ermittlung (vermeintlich) notwendiger Beschaffungen führen, die dann an die Industrie herangetragen werden, sind es nun windige Unternehmer:innen und das dahinterstehende Risikokapital, die erst einmal Produktionskapazitäten aufbauen und dann die Politik (über willige Medien) unter Zugzwang setzen. Parlamentarische Kontrolle und Regulation werden mitunter schlicht umgangen oder ausgehebelt (so hat zum Beispiel das BMVg in seiner Entscheidung vom April 2025 Kamikazedrohnen kurzerhand als Munition eingestuft, für die geringere Zertifizierungsanforderungen gelten). Damit werden auch gesellschaftliche Diskussionen, wie jene um »tödliche autonome Waffensysteme«, massiv erschwert: Ob und inwieweit Menschen bei den angeschafften Drohnen in kritische Entscheidungen eingebunden sind, ist allein dadurch unklar, dass die Hersteller und verwendeten Typen als »geheim« eingestuft werden. Per Softwareupdate – wie es im Falle der aktuell diskutierten Helsing-Kamikazedrohnen angeblich etwa wöchentlich durch den Hersteller erfolgt – kann sich das ohnehin jederzeit ändern, offenbar abseits von politischer Kontrolle und vermutlich auch jenseits der Kontrolle durch die Bundeswehr selbst. Mit dem neuen Spirit begeben sich BMVg und Bundeswehr in eine gesteigerte Abhängigkeit von »Tech-Entrepreneuren« und dem dahinterstehenden Kapital und machen uns alle damit nicht nur zum Spielball einer kriegstüchtigen »Sicherheitspolitik« – sondern obendrein der Profitinteressen disruptiver Mindsets und Kapitalstrukturen.

Dieser Text wurde verfasst für den Sammelband „Die große Mobilisierung– Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung zur Kriegstüchtigkeit“ Herausgegeben vom AK Antimilitarismus, 208 Seiten, 16,90 Euro, ab Ende November im Buchhandel. Wir veröffentlichen ihn mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa Verlags.

Fregatte versenkt

Das F-126-Fiasko

von Jürgen Wagner

Hunderte zusätzliche Milliarden sollen in den kommenden Jahren in neue Rüstungsprojekte fließen und damit einen bereits heute heillos überforderten Beschaffungsapparat weiter anfüttern. Einer der neueren Beschaffungsflops ist die Krise des Fregattenprojektes F-126, in das bereits erhebliche Beträge investiert wurden.

Allzweckwaffe F-126: Das größte Kampfschiff der Bundeswehr

Da Deutschland über keine Flugzeugträger verfügt, sind Fregatten die höchste maritime „Gewichtsklasse". Für die neueste Generation bewilligte der Bundestag im Juni 2020 den Bau von vier F-126 zum Preis von 5,27 Mrd. Euro (inklusive Zusatzmodulen und Bewaffnung rund 6 Mrd. Euro). Den Auftrag sicherte sich nach einer europaweiten Ausschreibung die niederländische Damen Shipyards Group. Im Juni 2024 wurden weitere Gelder für die Ziehung einer vorhandenen Option zum Bau zweier weiterer F-126 für zusätzliche 3,1 Mrd. Euro bewilligt.

Damit schien „das größte Kampfschiff der deutschen Streitkräfte" (bmvg.de, 13.6.2024) in trockenen Tüchern. Die erste F-126 sollte ursprünglich 2028 ausgeliefert werden, die Schiffe fünf und sechs schließlich 2033 beziehungsweise 2034, sodass ein nahtloser Übergang zur sich ebenfalls bereits anbahnenden übernächsten F-127-Generation gewährleistet gewesen wäre. Im Zielbild Marine 2035+ wurden ursprünglich fünf bis sechs Fregatten 127 anvisiert (siehe IMI-Analyse 2023/15). Um den Auftrag zu ergattern, taten sich Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) und Naval Vessels Lürssen (NVL) zusammen, was nach einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Kartellamts im September 2024 zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens führte. Das Vorhaben könnte sich als ungemein lukrativ erweisen: Lange wurde von Kosten zwischen 7,5 und 15 Mrd. Euro ausgegangen. Doch inzwischen stehen noch einmal ganz andere Beträge im Raum. So veröffentlichte das Internetportal Politico am 23. September 2025 eine Liste mit Rüstungsprojekten, die zwischen September 2025 und Dezember 2026 vom Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen. Darin findet sich für die Ausschusssitzung am 24. Juni 2026 der Eintrag „F-127" mit einem zu beantragenden Finanzvolumen von satten 26,182 Mrd. Euro. Eine Stückzahl ist aus der Liste nicht ersichtlich, nahezu parallel dazu berichtete aber das Fachportal hartpunkt.de (23.9.2025), es sollen nun wohl acht dieser Kampfschiffe beschafft werden.

Abzeichnende Probleme

Mittlerweile ist das F-126-Projekt jedoch in turbulentes Fahrwasser geraten. Ein erstes Krisensymptom waren stetig steigende Kosten und dann auch Verzögerungen. Nachzulesen war dies auch für die interessierte Öffentlichkeit damals noch in den Rüstungsberichten, in denen die Bundeswehr regelmäßig über den Stand ihrer Großprojekte informierte. Im 18. Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums vom Januar 2024 war schon von Kostensteigerungen von 810 Mio. Euro zu lesen – allerdings wähnte man sich damals wie auch im darauf folgenden Bericht vom Juni 2024 noch im anvisierten Zeitplan. Im Mai 2025 wurde dann allerdings erstmals über massive Verzögerungen berichtet: „Der Marine droht das nächste Desaster: Der Bau der sechs neuen Fregatten der Klasse 126, die als Kampfschiffe die Flotte verstärken sollen, wird sich nach Informationen der Kieler Nachrichten weiter verzögern. […] Inzwischen gehen Insider aber eher von einem Termin ab 2030 aus." (Kieler Nachrichten, 24.5.2025)

Kurz darauf wurden dann auch erste Forderungen vernehmbar, das Projekt komplett einzustampfen oder zumindest der bislang federführenden niederländischen Damen Shipyards zu entziehen: „Während das Ministerium das Vorhaben offenbar noch nicht abschreiben will, ist bei einigen Politikern die Stimmung mittlerweile am Kipppunkt. Bastian Ernst, Marine-Berichterstatter im Bundestags-Verteidigungsausschuss für die CDU/CSU-Fraktion, sieht so gravierende Probleme bei dem Schiffbauprogramm für die F126, dass er einen Abbruch und eine Neujustierung fordert. […] Nach Informationen von hartpunkt gibt es auch in Kreisen der SPD Sympathien für den Vorschlag." (hartpunkt.de, 11.7.2025)

Dahin müsste die Fregatte erst einmal kommen, um zu sinken. Foto: Drew Avery über wikipedia.

Dabei handelt es sich um keine Kleinigkeit, schließlich waren bis zu diesem Zeitpunkt Berichten zufolge bereits 1,829 Mrd. Euro in das Projekt investiert worden. Als Hauptgrund der Schwierigkeiten werden Softwareprobleme bei der Übermittlung der niederländischen Konstruktionsdaten an die deutschen Werften genannt.

Deutsche Hände

Als der Auftrag zum Bau der F-126 Im Jahr 2020 an die niederländische Damen Shipyards ging, war der Unmut groß. Im Handelsblatt wurde deutlich vor einem „Ausverkauf der deutschen Marine-Schiffbaukompetenz“ gewarnt. Für den damaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Hagen Reinhold war es „schleierhaft“, weshalb das Konsortium von TKMS und NVL nicht zum Zuge gekommen war. Und auch die IG Metall Küste ging mit einem Positionspapier in die Bütt, in dem die Vergabe als „Fehlentscheidung“ gegeißelt wurde (siehe IMI-Analyse 2020/06).

Insofern dürfte sich die Trauer, dass das Projekt in Schwierigkeiten geraten ist, bei einer Reihe von Akteuren in engen Grenzen gehalten haben. Zumal fast alle diskutierten Optionen eine Rücküberführung der Projektleitung in die Hände eines oder mehrerer deutscher Unternehmen vorsehen. Diskutiert wird dabei unter anderem, das Projekt komplett auszusetzen bis mit der F-127 Mitte der 2030er die Nachfolgegeneration am Start ist – allerdings legt die Marine großen Wert auf die Fähigkeit zur U-Boot-Jagd, die bis dahin weitgehend vakant wäre. Dasselbe Problem hätte wohl ein langwieriger F-126-Neustart unter rein deutscher Führung, nämlich unter der von TKMS und NVL sowie gegebenenfalls noch German Naval Yards (GNY). Gute Chancen hat deshalb TKMS mit dem Bau der Mehrzweck-Kombination (MEKO) 200 als erprobte und auch kurzfristiger lieferbare Brückenlösung beauftragt zu werden: „Um eine Befähigung zur U-Boot-Jagd für die deutsche Marine für die Übergangszeit zu erhalten, gehen Beobachter davon aus, dass TKMS mit dem Bau von Fregatten der Klasse MEKO 200 beauftragt werden könnte. Dieser Schiffstyp könne flexibel ausgerüstet werden und ist auch für den Kampf gegen U-Boote geeignet. Auch soll es möglich sein, die Schiffe für den Einsatz im Eismeer zu ertüchtigen. […] Insider gehen davon aus, dass das erste Schiff bei zeitnaher Beauftragung bereits im Herbst 2029 an die Marine übergeben werden könnte. Überdies gilt die MEKO 200 als vergleichsweise günstig. So vermuten Beobachter, das [sic] vier dieser Schiffe nur wenig mehr kosten würden als zwei F 126 im gegenwärtigen Design.“ (hartpunkt.de, 23.9.2025)

Grünes Licht für eine F-126-Alternative gab es jedenfalls am 13. November 2025 vom Bundestag, der hierfür 7,8 Mrd. Euro freigab. Weil die MEKO 200 aber deutlich kleiner als die F-126 wäre, wird auch darüber spekuliert, ob nicht beide Projekte parallel verfolgt werden könnten. Zumal von Marineseite bekräftigt wurde, an der F-126 festhalten zu wollen. Andreas Czerwinski, Abteilungsleiter Abteilung See im BAAINBw, erklärte beim 27. DWT-Marineworkshop Ende September 2025: „Ich kann Ihnen versichern, dass ich nach Vizeadmiral Stawitzki der Einzige in diesem Raum bin, der tatsächlich weiß, was im Moment im Projekt F126 besprochen wird. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Fregatte F126 möglichst schnell der Deutschen Marine zur Verfügung gestellt wird.“ (defence-network.com, 23.9.2025)

Wie die ganze Sache also auch immer ausgeht, in jedem Fall dürfte die deutsche Marineindustrie gestärkt aus dem F-126-Fiasko hervorgehen. Die befindet sich gerade ohnehin im Umbruch: So ging TKMS am 20. Oktober 2025 an die Börse und wirft nun mit gut gefüllter Kriegskasse ein Auge auf GNY. Noch weitreichender könnte sich die Mitte September verkündete Rheinmetall-Übernahme von NVL erweisen. Mit dem auf 1,5 bis 2 Mrd. Euro geschätzten Einstieg expandiert Rheinmetall nun auch erstmals in den Marinesektor: „Damit steigt Rheinmetall in den Bau von Kriegsschiffen ein – und wird zu einem der wichtigsten deutschen Anbieter für Marine-Rüstung. [Durch] die Übernahme [entsteht] ein echter Universalanbieter für alle Teilstreitkräfte – und ein europäisches Gegengewicht zu US-Giganten wie Lockheed Martin.“ (merkur.de, 18.9.2025)

Intransparentes Rüstungsdebakel

Die große Rüstungswelle steht erst noch bevor: Die bereits erwähnte erste Politico-Liste enthält 154 Vorhaben im Umfang von 83 Mrd. Euro, die allein zwischen September 2025 und Dezember 2026 vom Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen. Interessant ist, dass davon lediglich 8% an US-Unternehmen gehen sollen, was in der Fachpresse (und wohl nicht nur dort) wird als ein deutliches Signal gewertet. Defence-network.com schreibt: „Deutschland startet eine der größten Modernisierungen seiner Streitkräfte seit Jahrzehnten und gibt den größten Teil des Geldes bewusst in europäische Hände. US-Rüstung bleibt außen vor – entgegen angenommener Absprachen zwischen EU und US-Präsident Donald Trump.[…] Der deutsche Rüstungsplan sendet ein klares Signal: Berlin setzt auf europäische Wertschöpfung und strategische Unabhängigkeit – zulasten der US-Rüstung. Mit Investitionen in Höhe von fast 83 Milliarden Euro allein für das kommende Jahr wird Deutschland zu einem der führenden Investoren in die europäische Rüstungsindustrie – und zwar nach eigenen nationalen Prioritäten.“ Ende Oktober 2025 folge eine zweite Politico-Liste mit mittelfristigen Beschaffungsvorhaben der nächsten Jahre, über die die Welt schrieb: „Insgesamt umfasst die interne Bundeswehr-Planung rund 25 auslandsverbundene Projekte im Wert von etwa 14 Milliarden Euro – also weniger als fünf Prozent der gesamten geplanten 377 Milliarden Euro.“

Bei diesen Summen gilt es im Auge zu behalten, dass das F-126-Fiasko beileibe kein Einzelfall ist. Liest man die Rüstungsberichte der Bundeswehr, so handelt es sich dabei um eine einzige Chronik des Scheiterns. Im 19. Bericht vom Juni 2024 wurde über eine durchschnittliche Verspätung der Großprojekte von 26 Monaten bei einer Steigerung der Gesamtkosten um 14 Mrd. Euro berichtet. Gründe für diese massiven Probleme gibt es eine Menge. Von notorischen Schwierigkeiten bei europäischen Kooperationsprojekten über das Militär, das penetrant teure Goldrandlösungen bevorzugt, bis hin zu Abgeordneten, die ungeachtet der Kosten und Risiken primär daran interessiert sind, Rüstungsprojekte in ihre Wahlkreise zu lotsen (siehe IMI-Standpunkt 2023/024).

Mit den sprunghaft steigenden Rüstungsausgaben dürften auch die Verzögerungen und Kostensteigerungen der Bundeswehr-Großprojekte weiter zunehmen – erfahren wird die Öffentlichkeit davon aber nicht mehr so ohne weiteres. Der 19. Rüstungsbericht vom Juni 2024 dürfte wohl der letzte seiner Art gewesen sein, seine Erstellung wurde von der Schwarz-roten Bundesregierung im Sommer 2025 mit dem Verweis auf Bürokratieabbau eingestellt. Auch den Abgeordneten des Haushaltsausschusses werden diese und andere Berichte künftig vorenthalten, weshalb dessen Grünen-Obmann Sebastian Schäfer „die radikale Abschaffung von Berichtspflichten“ ebenso wie die windige Begründung hierfür kritisierte: „Das kann auch das Mäntelchen des ‚Bürokratieabbaus‘ nicht verhüllen, mit dem die Koalition diesen Schritt erklärt. Es ist eine eklatante Schwächung der Kontrollmöglichkeiten.“ (welt.de, 4.7.2025)

Funkgeräte: Nicht truppentauglich

von Jürgen Wagner

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die Beschaffungsmisere der Bundeswehr sind – einmal mehr – die sündhaft teuren Funkgeräte. Sie stellen ein Kernstück für die geplante Digitalisierung der Bundeswehr („Digitalisierung Landbasierter Operationen“, D-LBO) dar, weshalb der Bundestag im Dezember 2022 für die Beschaffung von 20.000 Funkgeräten von Rohde & Schwarz 1,35 Mrd. Euro freigab. Eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Mrd. Euro wurde ebenfalls vereinbart. Allerdings wurden die Geräte bestellt, ohne dass sich jemand über den Einbau Gedanken gemacht hatte, weshalb sie sich erst einmal auftürmten (siehe IMI-Analyse 2023/46).

Dann berichtete Spiegel Online (27.9.2025), ein Praxistest im Mai hätte abgebrochen werden müssen, wobei die neuen Systeme für „nicht truppentauglich“ erklärt worden seien: „Selbst die Sprechfunkverbindung sei teilweise nicht stabil gewesen. Die Hardware der Hightechgeräte funktioniere zwar, heißt es. Die Software zur Einrichtung eines Funkkreises aber sei so komplex, dass sie vielleicht von Fachleuten unter Laborbedingungen bedient werden könne, nicht aber von Soldaten, die in einem Kampfpanzer säßen.“

Kritisch geht der Beitrag auch auf die Aussagen des Ministeriums ein, Boris Pistorius habe erst kurzfristig von der neuerlichen Misere erfahren. Schließlich sei sein Staatssekretär Benedikt Zimmer immerhin bereits am 10. Juni über den gescheiterten Test informiert worden. Immer wieder sei es von Parlamentariern zu kritischen Nachfragen gekommen, doch noch am 10. September habe Pistorius auf Nachfrage geantwortet, nach seinem Stand liege man „im Zeitplan“. Befremdlich ist an dem Artikel bei Spiegel Online allerdings die Aussage, damit drohe Pistorius „seine erste Rüstungspanne“. Woher diese Aussage kommen mag, ist angesichts der Vielzahl an Pannenprojekten einigermaßen schleierhaft.

Als bislang letzter Stand wurde im November gemeldet, Verteidigungsminister Pistorius wolle beim Haushaltsausschuss weitere 156 Mio. Euro beantragen, um sich in der Sache der Funkgeräte extern Unterstützung einzukaufen.

Militärische Mobilität – Korridore der Aufrüstung

von Jonathan Jokisch

Im Jahr 2016 veröffentlichte der US-amerikanische Geopolitik-Thinktank RAND die Ergebnisse einer Untersuchung über einen möglichen russischen Überfall auf das Baltikum.[1] Es wurden verschiedene Szenarien der Kampfhandlungen durchgespielt, aber in allen Fällen wurden die drei Länder Estland, Lettland und Litauen innerhalb von 60 Stunden durch Russland erobert. Um eine vermeintlich unausweichliche Niederlage in einem derartigen Szenario zu verhindern, hat die NATO mit Maßnahmen auf drei Ebenen reagiert: Es werden schwere Kräfte, wie die Brigade Litauen, dauerhaft im Baltikum sowie in anderen osteuropäischen Staaten stationiert. Außerdem werden schnell verlegbare Kräfte, die auch Panzer umfassen, aufgestellt und die Logistikwege an die Ostgrenze der NATO bzw. EU ausgebaut. Da die ersten beiden Schlussfolgerungen viel beleuchtet wurden,[2] weniger jedoch, wie NATO und EU ein Netz für die Verlegung von Truppen und Fahrzeugen aufbauen, steht dieses Thema hier im Zentrum. Das zentrale Element ist dabei ein Netz aus vier Korridoren, die in verschiedene Regionen an der Ostfront führen. Die Korridore werden seit einigen Jahren beübt und durch EU- sowie nationale Gelder weiter ausgebaut.

Von der militärischen Mobilität zu vier Korridoren

Die Infrastruktur im Schengen-Raum ist meist auf zivile Fahrzeuge ausgelegt. Militärische Transporte hingegen können einen beträchtlichen Anteil der Tunnel, Brücken und Straßen wegen ihres Übermaßes und enormen Gewichtes nicht passieren. Durch aufwändige Genehmigungsverfahren können zusätzliche Verzögerungen entstehen, die im Kriegsfall als entscheidend erachtet werden. Um diesen Umständen zu begegnen, legte die EU bereits im März 2018 einen Aktionsplan Militärische Mobilität zur Beschleunigung von Truppen- und Güterverlegungen an die russischen Grenzen auf. Neben dem Baltikum gibt es zwei weitere Regionen, in denen Russland militärisch begegnet werden könnte und deren logistische Versorgung kompliziert ist. Deshalb versuchen NATO und EU auch die Versorgungswege nach Skandinavien und in die Schwarzmeerregion auszubauen. Beide Regionen sind geopolitische Schlüsselstellen in einer Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO.

Aufgrund seiner geographischen Lage ziehen sich fast alle Logistikwege in Europa durch Deutschland. Zum Beispiel gibt es nur fünf Schienenverbindungen aus Westeuropa nach Osteuropa, die nicht in Deutschland liegen, denn der größte Teil führt eben durch die relativ flache Ebene zwischen Nord- bzw. Ostsee und Alpen. Ein noch kleineres Nadelöhr bildet Deutschland in der Verbindung von Festlandeuropa mit Skandinavien, denn hier führt jeder Verkehr über Land durch Norddeutschland. Ebenso liegen an der Nordseeküste die bei weitem größten europäischen Häfen Rotterdam, Antwerpen (kaum 100 km von Deutschland entfernt) und Hamburg in Deutschland.

Diese geographisch zentrale Rolle zusammen mit der politisch zentralen Funktion der Bundesrepublik in der EU führten am 30. Januar 2024 zum Bekanntgeben des Ausbaus eines ersten militärischen Korridors aus den Niederlanden durch Deutschland nach Polen. Die belgische EU-Ratspräsidentschaft hatte dafür ein Treffen organisiert, bei dem die deutsche Vertretung mit den Verteidigungsministern beider Länder den militärischen Transitkorridor in einem offiziellen Akt beschloss.[3] Dieser baut komplett auf der eigentlich zivilen Infrastruktur auf und bedeutete vor allem einen Ausbau für militärische Nutzbarkeit. Dann kam es Schlag auf Schlag und im Juni 2024 vereinbarten Rumänien, Bulgarien und Griechenland den Ausbau eines südlichen Korridors. Der Ausbau von Korridoren in zwei Regionen ist damit verkündet, während der Nordkorridor zwar beübt wird, doch noch nicht offiziell bekannt gegeben ist.

Mit Korridoren sind die ungefähren Versorgungs- und Truppenverlegerouten gemeint, die im Kriegsfall mit Russland genutzt würden. Ein Korridor umfasst nicht nur Straßen, Schienen, See- oder Flughäfen, sondern ist ein Bündel aus mehreren dieser Verkehrsmittel, die genutzt werden könnten. Dabei plant die NATO mit präferierten Wegen und mit Wegen, die bei Ausfall, Sabotage oder Blockade genutzt werden könnten. Diese Korridore werden bei NATO- und Bundeswehrübungen jährlich trai-

Panzertransport, Foto: US-Streitkräfte (Martin Glinker) über wikimedia.

niert und seit einigen Jahren durch Großprojekte ausgebaut.

Beim größten NATO-Manöver seit dem Kalten Krieg, das Anfang 2024 stattfand, wurde die Verlegung in die drei Regionen – Skandinavien, Baltikum und Schwarzes Meer – über vier Korridore das erste Mal innerhalb eines Manövers und teilweise parallel trainiert. Unter dem Namen „Steadfast Defender 24“ übten fast 100 000 Soldaten aus allen 32 NATO-Staaten gemeinsam das Verlegen und den Einsatz für die Konfrontation mit der Russischen Föderation. Am Ende bewertete die Bundeswehr den Einsatz, bei dem Deutschland zum ersten Mal als Logistik-Drehscheibe für ein NATO-Manöver dieses Ausmaßes fungierte, als Erfolg. Schon 2021 probte die NATO ähnliche Manöver, doch damals war nur die Hälfte der Staaten und ein Zehntel der Truppen von „Steadfast Defender 24“ beteiligt.[4] Dieses Mal wurden Truppen aus allen NATO-Staaten von den USA bis zur Türkei in ganz Europa eingesetzt. Das Ziel der Übung: die möglichen Frontabschnitte im Krieg gegen Russland schnell zu erreichen.

Grand North – hoch in den kalten Norden

Der nördlichste Korridor führt aus Deutschland nach Skandinavien, denn hier grenzen Finnland und Norwegen an russisches Territorium. In dieser Region liegt zusätzlich noch einer der wichtigsten russischen Häfen, Murmansk, keine 100 km vom nächsten NATO-Staat entfernt. Dieser ist für Russland unabdingbar, denn es ist der einzige eisfreie russische Tiefwasserhafen in Europa, dessen Zugang zum Mittelmeer und Atlantik in einem Krieg nicht verschlossen wäre. Ihren Korridor nach Norden, über den sie nach Skandinavien mit Schiff, Bahn und Flugzeug Material und Soldaten bringen will, nennt die Bundeswehr „Grand North“.

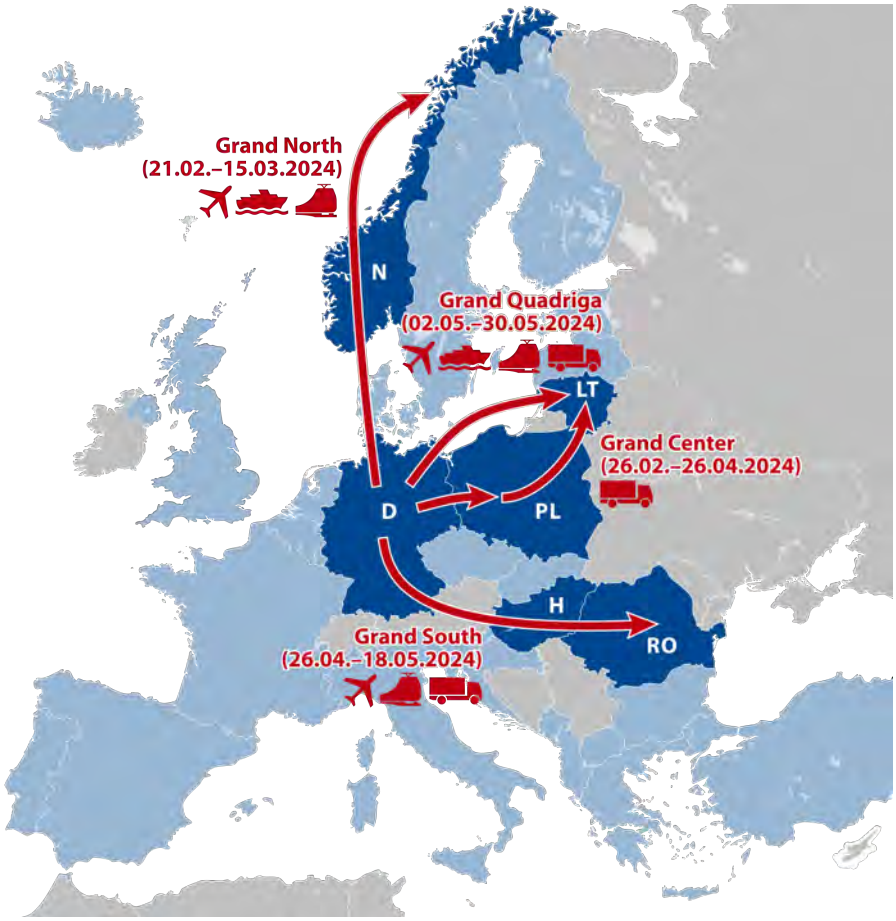
Bei „Steadfast Defender 24“ erfolgte die Verlegung hauptsächlich über den Seeweg, wobei unter der Führung von Großbritannien neun weitere NATO-Staaten, darunter Deutschland, teilnahmen. Die Truppen und Fahrzeuge aus Süddeutschland wurden per Zug nach Emden und von dort per Schiff an die Nordküste Norwegens verlegt. Doch die Bundeswehr beabsichtigt auch, den Landweg zu nutzen. Dieser führt vorbei an Hamburg oder Lübeck durch Schleswig-Holstein zu Dänemarks Öresundbrücke nach Schweden. Eine zweite Möglichkeit, um noch schneller von Hamburg zur Öresundbrücke zu gelangen, ist der im Bau befindliche Fehmarnbelttunnel. Schon jetzt ist dieser Weg circa dreimal so schnell, wie die Verlegung per Schiff. Und der durch den Aktionsplan Militärische Mobilität 2.0 vom November 2022 geförderte Abbau von Engstellen im Schienen- und Straßennetz in Schweden, Nordnorwegen und Finnland sprechen dafür, dass auch dieser Weg genutzt werden soll.

Die Projekte hoch im Norden stechen hervor, da hier bisher wenig über die konkreten Bedrohungsszenarien bekannt ist. Hier wird zum Beispiel in Lappland die E75 um- und ausgebaut sowie eine Brücke erneuert, damit militärischer Verkehr reibungslos möglich ist. Die beiden Projekte zeigen, dass sich ebenso auf einen Konflikt im Norden Finnlands vorbereitet wird. Doch auf finnischer Seite gibt es hier keine strategisch wichtigen Punkte zu verteidigen. Auf russischer Seite verläuft nur 300 km östlich die strategisch wichtige Eisenbahnverbindung nach Murmansk, ohne die die Hafenstadt vollständig abgeschnitten wäre.

Grand Quadriga – mit dem Schiff nach Osteuropa

In der Mitte Europas liegen die beiden Korridore „Grand Quadriga“ und „Grand Central“. Wie oben beschrieben, betrachtet die NATO das Baltikum als die eigene Achillesverse, die sehr schwer zu verteidigen ist. Um die notwendige Logistik zu ermöglichen, werden gleich zwei separate Korridore vorbereitet und beübt. Der Weg über die Ostsee wurde bei der Übung „Quadriga 25“ trainiert. Diese ist eine Folgeübung der in den letzten beiden Jahren durchgeführten Logistikübungen „Air Defender 23“ und „Quadriga 24“ mit einem diesjährigen Fokus auf die Verlegung per Schiff. Dabei kamen 8000 deutsche Soldaten zum Einsatz. Es beteiligten sich zwar 13 weitere Staaten am Manöver, doch das Kommando lag in Rostock bei der deutschen Marine.

Die Musterkorridore, wie sie beim Manöver Quadriga 2024 beübt wurden. Quelle: NordNordWest, CC BY-SA 3.0 DE, via wikimedia.



Schwere Verbände wurden laut Bundeswehr aus Sachsen und Brandenburg über die A19 nach Rostock gebracht und dort auf zivile Schiffe verladen. Die beiden zivilen Roll-on-Roll-off-Schiffe „Britannia Seaways“ und „Ark Germania“ unter dänischer Flagge waren Teil des Verbands, um die circa 1000 Fahrzeuge der Bundeswehr über die Ostsee nach Klaipeda in Litauen zu bringen.[5] Dort sollen sie an weiteren Übungen teilnehmen und zu den schon stationierten deutschen Soldaten in Pabradė dazustoßen. Bei dieser Route über die Ostsee ist es plausibel, dass die NATO von einem erheblichen Risiko durch Raketen aus der russischen Region Kaliningrad ausgeht, weswegen der Landkorridor „Grand Central“ priorisiert wird.[6]

Bei der Übung in diesem Jahr wurde zusätzlich zur Logistik ebenso die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) geübt. Im Rostocker Hafen war die militärische Sicherung des Geländes Teil der Verlegung. In Hamburg gibt es im Bereich ZMZ die sehr spannende Übung „Red Storm Bravo“ Ende September 2025, bei der Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr, THW, Airbus und der Hamburg Port Authority gemeinsam die Verlegung von Truppen und Gerät durch die Stadt in den Hafen trainieren. Das antimilitaristische Bündnis „Kein NATO-Hafen!“ fasst die ZMZ zusammen: „In Schulen wird der Gehorsam bei Luftschutzübungen trainiert. Krankenhäuser sollen ihre Funktionsfähigkeit als erweiterte Feldlazarette unter Beweis stellen. Arbeitsämter sollen proben, ausfallende Arbeitskräfte für ‚lebens- und verteidigungsrelevante‘ Konzerne zu ersetzen und Bezirksämter zur Unterstützung der Militärlogistik herangezogen werden.“[7] Teil der realitätsnahen Übung ist es, eine Antikriegs-Demonstration in Schach zu halten und schlussendlich die Militärkolonnen durch die Stadt zu ermöglichen.

In Rostock wurde ebenso die logistische ZMZ im Sanitätsdienst während des „Quadriga 25“ Manövers trainiert. Dutzende schwer Verletzte sollten reibungslos von einem Marineschiff durch die zivilen Rettungskräfte aufgenommen und versorgt werden. Spannend wird diese Rollenverteilung besonders für einen Konfliktfall, bei dem im Grünbuch, das den „besten“ Einblick in die diesbezüglichen Planungen bietet, von bis zu 1000 Verletzten pro Tag ausgegangen wird, die alle durch Deutschland transportiert oder durch das hiesige Gesundheitssystem versorgt werden müssten.[8]

Grand Central – auf der Schiene nach Osteuropa

Der zweite Ost-Korridor „Grand Central“ führt auf der Schiene oder über die Autobahn über Polen durch die Suwałki-Lücke[9] ins Baltikum. Dieser Korridor soll es ermöglichen, innerhalb kürzester Zeit schwere Truppenverbände zu verlegen. Dabei würden, wie es bei der Übung Steadfast Defender 24 geschehen ist, amerikanische Truppen in den westeuropäischen Häfen anlanden und möglichst mit Zügen weitertransportiert werden. Die wichtigste Rolle spielt wahrscheinlich Antwerpen als größter europäischer Hafen. Hier werden zwei Projekte aus dem Aktionsplan Militärische Mobilität 2.0 umgesetzt. Im Ha-

Foto: Doppelplusgut CC-BY-SA 3.0, über wikimedia.

fen, wo auch Tiefwasser-Schiffe anlegen können, wird der Bahnsteig auf 740 m erweitert. Dieser Standard wird ebenso durch das „Military Mobility“ Programm festgelegt und seit einigen Jahren ausgebaut, um mit dieser maximalen Standardzuglänge eine effektive Verlegung zu ermöglichen.[10]

Die Zugstrecke von Antwerpen ins Baltikum wurde 2024 mit fünf Millionen auf niederländischer und 50 Millionen Euro auf deutscher Seite durch den Aktionsplan 2.0 gefördert, um die Durchfahrt von 740 m langen Zügen zu ermöglichen.[11] Die Bahnstrecke wäre militärisch so wichtig, weil sie der einzige Landweg neben der Autobahn und der schnellste Weg in das Baltikum ist. Durch Deutschland führt die Bahnstrecke auf unterschiedlichen Wegen vor allem über Berlin, Leipzig oder Szczecin (Polen), wobei einzelne Strecken wegen Belastungsgrenzen eventuell nicht nutzbar sind. In Polen würden die Züge entweder über Warschau, Olsztyn oder 5 km an der belarussischen Grenze vorbei fahren, doch schlussendlich führen alle Wege ins Baltikum über Suwałki.

In Polen und im Baltikum finanziert die EU das Megaprojekt Rail Baltica, um die russische Spurbreite in der Region durch die westeuropäische Schiene abzulösen. Rail Baltica wurde immer wieder aufgeschoben und die Kosten liegen heute beim vierfachen des einstigen Preises. Das erste Mal wurde es 2001 beschlossen, doch es brauchte noch zwei Jahrzehnte und ein konkretes Bedrohungsszenario durch den Ukrainekrieg, damit die baltischen Staaten 2024 mit dem Bau begannen und 2025 erste Teilstrecken fertigstellten. Im Baltikum würde die Zugstrecke auf kürzestem Weg Richtung Tallinn, der Hauptstadt von Estland, führen. Dabei führt sie an Kaunas in Litauen sowie Riga in Estland und Pärnu in Estland vorbei. Die Bedeutung von Kaunas im südlichen Baltikum liegt im 20 km entfernten Militärstützpunkt Rukla, wo seit 2017 Truppen der Bundeswehr stationiert sind und seit 2025 der Großteil einer gesamten Brigade mit 4800 Soldaten aufgestellt wird. Für deren dauerhaften Aufenthalt samt Familien wird zurzeit unter Hochdruck eine Kleinstadt errichtet. Weiter nördlich führt die Bahnstrecke noch an Riga vorbei, wobei ein Seitenarm zum Rigaer Flughafen gebaut wird. Dieser ist ein strategisch wichtiger Ort, da hier ein ganzer Teil des Flugplatzes für eine mögliche militärische Nutzung umgebaut wird. Das geschieht ebenso mit den Geldern für militärische Mobilität aus dem EU-Transporthaushalt. Noch weiter nördlich liegt Estland, das auf eigene Faust versucht, die Rail Baltica möglichst schnell auszubauen.[12]

Die Strecke auf Autobahnen und Landstraßen ins Baltikum wäre sehr ähnlich, soll jedoch durch die Streitkräfte vermieden werden, denn die Verlegung würde länger dauern und führt zu extrem hoher Abnutzung an den Fahrzeugen und der Fahrbahn. Da die NATO mit einem möglichen Kampf um die Suwałki-Lücke plant, wird wie beschrieben ebenso der Korridor „Grand Quadriga“ über die Ostsee ausgebaut.

Grand South – an die Küste des Schwarzen Meeres

Bei dem vierten Korridor „Grand South“ sollen Truppen und Gerät per Flugzeug, Bahn oder auf der Straße ans Schwarze Meer verlegt werden. Mit der Annexion der Krim beansprucht Russland hier eine dominante Rolle und sicherte sich den weiteren Zugang zum strategisch wichtigen Tiefwasserhafen Sewastopol. Bisher ist das Schwarze Meer Russlands Zugang zum Mittelmeer und damit in den Mittleren Osten und nach Afrika, wo die einzigen russischen Militärbasen im Ausland liegen. Zudem liegt auf der anderen Seite des Schwarzen Meeres Georgien, ein kleiner Staat, in dem Russland mit zwei de facto autonomen Regionen militärische Unterstützungsverträge hat. Georgien gilt seit 2023 als Beitrittskandidat für die EU. Das Schienennetz ist zwar in Südosteuropa ausgebaut, doch gibt es nur wenige Schienen, die durchgängig auf hoher Geschwindigkeit befahrbar sind. Diese Schienen verlaufen aus Mitteleuropa einmal durch Salzburg und sonst durch Wien und Budapest.

Ausbau der Korridore: Kosten und Risiken

Bereits im aktuellen EU-Haushalt 2021 bis 2027 wurden für Militärische Mobilität 1,69 Milliarden Euro eingeplant. Öffentlich zugänglich sind die ausgewählten Projekte vom „2023 Military Mobility Call“[13] und beschrieben sind 38 Projekte, die in dieser Vergaberunde gefördert wurden. Ersichtlich wird, dass fast alle Projekte direkt auf den Korridoren liegen, die von der NATO und Bundeswehr bei „Steadfast Defender 2024“ beübt wurden. Damit diese Korridore auch in Kriegszeiten unter Druck reibungslos funktionieren, wurde in den meisten Fällen der Ausbau von Güterbahnhöfen, Logistikzentren, Häfen und Zug- und Autobahnnetz gefördert. Ein zentraler Aspekt ist, wie bereits beschrieben, dass Güterbahnhöfe und Schienennetz auf 740 m ausgebaut werden, damit der Verkehr von besonders langen Güterzügen reibungslos läuft.

An den Schienenprojekten ist zu erkennen, dass besonders der mittlere Landkorridor von den größten europäischen Häfen über Deutschland bis ins Baltikum ausgebaut wird. Schwerpunkt ist ebenso, dass europaweit Logistikzentren und Häfen so umgerüstet werden, dass Abläufe schneller funktionieren und schweres Material, wie Panzer, verladen werden kann. Ein weiterer Schwerpunkt der Förderungen betrifft den Ausbau des Autobahnnetzes. Der Straßenausbau kommt mehrheitlich in den Regionen Skandinaviens und im Baltikum zum Tragen, wo das Schienennetz noch wenig Ausweichmöglichkeiten bietet.

Es ist davon auszugehen, dass sich derlei Anstrengungen noch einmal erheblich intensivieren werden, nachdem die Kommission für den nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2034 17 Milliarden Euro für Militärische Mobilität vorschlug.[14] Doch dies könnte nur die Spitze des Eisbergs sein, da die EU-Mitgliedsstaaten mit dem „Militärischen Mobilitätsversprechen“ („Military Mobility Pledge“) vom Mai 2024[15] zusagten, bei der Vergabe ziviler Infrastrukturgelder von nun an stets den militärischen „Nutzen“ zu berücksichtigen, ja gar zu priorisieren.[16]

Auch die Ausgaben auf nationaler Ebene sollen massiv aufgestockt werden, womit nicht nur erhebliche Kosten, sondern auch beträchtliche Risiken verbunden sind. Denn in jeder Stellungnahme werden die Notwendigkeiten für den Ausbau zwar mit Verteidigung begründet, doch er ist bei weitem nicht nur defensiv nutzbar. Die schnelle Verlegung ist ein ebenso wichtiges Kriterium für die Fähigkeit, um in weniger als 24 Stunden Tausende Soldaten und Panzer an der Grenze aufzubauen und Russland mit einem möglichen Angriff zu überraschen. Der General der US-Truppen in Europa und Afrika sagte fast protzig Mitte Juli 2025, dass man das russische Territorium Kaliningrad „in einem nie dagewesenen Tempo“ einnehmen könne. Das resultiert nicht unwahrscheinlich eben aus dem Ausbau und Training der Korridore.[17]

Während die NATO und EU den Krieg immer intensiver vorbereiten, bleibt der Widerstand nicht aus. Parallel zu der mehrtägigen Verlegeübung Red Storm Bravo, bei der auch der Umgang mit einer Antikriegsdemonstration trainiert wurde, waren mehrere echte Demonstrationen und Aktionen unter anderem vom genannten Bündnis in Hamburg angemeldet. In ihrem Aufruf schreiben sie: „Aus der Geschichte ist fundamental zu lernen: Das kluge, beherzte Engagement der Vielen für die weltweite Verwirklichung von Frieden, sozialer Gleichheit und internationaler Solidarität ist das Gebot der Stunde.“[18]

Foto: Steve Lynes, CC-BY-SA 2.0, über wikimedia.

Anmerkungen

1 Shlapak, David/Johnson, Michael: Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank, RAND, 29.1.2016.

2 „Brigade Litauen“, als schwere Kräfte, die dauerhaft im Baltikum stationiert sind, ist ein gängiger Begriff und das Thema Kaltstartfähigkeit wird immer mehr diskutiert; Kirsch, Martin/Wagner, Jürgen: Litauen: Deutsche Brigade – Verfestigte Fronten, IMI-Analyse 2023/29.

3 Jehle, Christoph: Auf Schienen in den Krieg, Telepolis, 20.4.2022.

4 Steadfast Defender 2021, NATO, 22.6.2021.

5 Mehr als 1.000 Militärfahrzeuge. Bundeswehr verlegt Gerät für Übung nach Litauen, n-tv, 6.9.2025.

6 Das Beispiel der A20 zeigt, dass die NATO mit Ausfällen von bestimmten Korridoren arbeitet und für diesen Fall Redundanzen vorbereitet. Siehe Trescher, Ursula/König, Hermann: A 20 – Autobahnbau zur „NATO-Ostflanke“, IMI-Analyse 2025/11.

7 NEIN zur NATO-Übung – Hamburg pfeift aufs Militär JA zur zivilen Entfaltung des Lebens! Aufruf zur Demonstration gegen „Red Storm Bravo“, Hamburger Initiative gegen Rüstungsexport, 12.8.2025.

8 Grünbuch ZMZ 4.0: Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen, Berlin, Januar 2025.

9 Wikipedia: Suwalki-Lücke. Die einzige Landverbindung der EU und NATO zum Baltikum. Es ist ein 65 km breiter Streifen, der von den Feinden Russland (Kaliningrad) im Westen und von Belarus im Osten begrenzt wird. Er gilt als größte Schwachstelle in der NATO-Verteidigung, da in einem Kriegsfall Russland diese Verbindung schnell unterbrechen und damit das Baltikum von der Versorgung über Land abschneiden könnte.

10 Jehle, Christoph: Auf Schienen in den Krieg, Telepolis, 20.4.2022.

11 Deutschland baut Militärkorridor mit Polen und Niederlanden auf, Handelsblatt, 1.2.2024.

12 Aus der Karte railbaltica.org/map/ geht hervor, dass Lettland noch nicht und Litauen erst auf einem Teil der Strecke mit dem Bau begonnen haben, während Estland auf der gesamten Strecke den Bau durchführt.

13 2023 Military Mobility Call - selected projects, CINEA, 2024.

14 Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2028 bis 2034, COM(2025) 571 final, 16.7.2025.

15 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zur Sicherheit und Verteidigung der EU, Beratungsergebnisse, 27.5.2024.

16 Ebd.

17 Judson, Jen: Army Europe chief unveils NATO eastern flank defense plan, DefenseNews, 17.7.2025.

18 Red Storm Bravo: Proteste gegen NATO-Kriegsübungen im Hamburger Hafen, Perspektive Online, 10.9.2025.

Das Ende der Konversion

Die Bundeswehr-Rückeroberung der Fläche zum Ärger der Kommunen

von Jürgen Wagner

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und der Verkleinerung der Bundeswehr wurde seit 2011 eine ganze Reihe von Liegenschaften stillgelegt und der Aufsicht der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) übergeben. Vielfach begannen inzwischen teils weit fortgeschrittene Planungen für eine zivile Nutzung, die nun zum Ärger vieler Kommunen in den meisten Fällen umsonst gewesen sein dürften. Denn mit dem anvisierten Aufwuchs der Truppe steigt auch der Flächenbedarf erneut steil an. Viele der stillgelegten Liegenschaften sollen aus diesem Grund nun wieder in ein exklusives Nutzungsrecht der Bundeswehr rücküberführt werden. In der diesbezüglichen Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums hieß es dazu Ende Oktober 2025: „Durch den notwendigen Aufwuchs der Streitkräfte entstehen Bedarfe an Liegenschaften, die in den kommenden Jahren gedeckt werden müssen. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) setzt daher die Umwandlung von militärisch genutzten Liegenschaften in eine zivile Nachnutzung (Konversion) aus.“[1]

„Eine wachsende Bundeswehr braucht Platz“

Im Zuge der Verkleinerung der Bundeswehr auf rund 180.000 Soldat*innen wurde im Jahr 2011 ein neues Stationierungskonzept verabschiedet, in dem eine Reduzierung der Standorte von 394 auf 264 vorgesehen war.[2] Mit den sich stetig verschlechternden Beziehungen zu Russland wurde allerdings über die Zeit eine Trendwende eingeleitet.[3] Schon im Koalitionsvertrag von SPD und Union vom Februar 2018 war angekündigt worden, dass die Zeit der Liegenschaftsschließungen womöglich nun ein Ende finden würde: „Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor dem Hintergrund der Trendwenden jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prüfen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren Abgabe bereits vollzogen ist.“[4]

Im Januar 2019 präsentierte die Bundeswehr daraufhin das Dokument „Schließungszeitpunkte von Liegenschaften der Bundeswehr“, mit dem für knapp 50 Liegenschaften die Abwicklung ausgesetzt oder nach hinten verschoben wurde. Parallel dazu kündigte die Bundeswehr durch eine Pressemitteilung mit dem sinnigen Titel „Eine wachsende Bundeswehr braucht Platz“ an, insgesamt „acht zusätzliche Munitions- und Materiallager“ wieder in Dienst stellen zu wollen: „Nach fast zweieinhalb Jahrzehnten des Schrumpfens wächst die Bundeswehr wieder. […] Bereits im Koalitionsvertrag ist verankert, dass die bisherigen Planungen zur Abgabe von Liegenschaften umfassend zu überprüfen sind. Deswegen hat Verteidigungsministerin von der Leyen jetzt entschieden, acht Lagereinrichtungen schrittweise wieder in Betrieb zu nehmen. Die Umsetzung erfolgt sukzessive im Zeitraum 2020 bis 2031.“[5]

Die endgültige Entscheidung über die Re-Aktivierung der acht Standorte wurde dann im Februar 2021 vom damaligen Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn in einem Tagesbefehl mitgeteilt.[6]

„Kasernenbau am Fließband“

Aktuell verfügt die Bundeswehr über 274 Standorte[7] und 1.500 Liegenschaften.[8] Besonders seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich der Personal- und Platzbedarf der Truppe noch einmal massiv verändert. Schnellstmöglich soll die Bundesweher von ihren aktuell rund 180.000 auf 260.000 Soldat*innen anwachsen, die dementsprechend mitsamt dem massenhaft neu bestellten Gerät auch irgendwo untergebracht werden müssen. Schon der Mehrbedarf durch den neuen Wehrdienst ist enorm, wie Verteidigungsminister Boris Pistorius ausführt: Allein für den neuen Wehrdienst brauchen wir in den kommenden Jahren rund 40.000 zusätzliche Betten für Rekrutinnen und Rekruten. […] Und zwar nicht irgendwann, sondern bis 2031, also in den nächsten fünfeinhalb Jahren.“[9]

Dies soll auf verschiedenen Wegen erreicht werden: Einmal über eine Steigerung der Mittel für militärische Bauvorhaben, die bereits von 2023 auf 2024 um über 20 Prozent auf rund 1,6 Mrd. Euro aufwuchsen.[10] Zweitens soll das militärische Bauen durch das im Sommer vom Kabinett beschlossene Bundeswehr-Planungs- und Be-

Das Patrick-Henry-Village in Heidelberg, in dem Wohnraum für 10.000 Menschen vorgesehen ist. Foto: Oleksiy Golubov, CC-BY-SA 2.0, über wikimedia.

schaffungsbeschleunigungsgesetz erheblich erleichtert werden,[11] indem baurechtliche Hürden wie etwa Umweltauflagen weitgehend beseitigt werden: „Außerdem kann das BMVg bislang übliche Genehmigungsverfahren nach eigenem Ermessen aussetzen und ins eigene Haus delegieren. Pauschal kann hier mit einer ‚Eilbedürftigkeit des Vorhabens' argumentiert werden, um u.a. Umweltverträglichkeitsprüfungen durch Umweltschutzbehörden zu umgehen."[12]

Und schließlich soll drittens das eigentlich für den schnellen Ausbau im Ausland vorgesehene German Armed Forces Contractor Augmentation Program (G-CAP) ein modulares und damit schnelles Bauen im Inland ermöglichen: „Demnach plant der Minister, 270 Kompaniegebäude bei der Industrie in Auftrag zu geben. […] Baubeginn soll bereits 2027 sein. […] G-CAP ermögliche den ‚Kasernenbau vom Fließband', so der Minister. […] Es wird bereits seit 2017 erfolgreich in den Auslandseinsätzen genutzt, um schnell und lageangepasst Unterbringungs- und Sanitätseinrichtungen bereitzustellen."[13]

„Strategische Liegenschaftsreserve"

Mit der bereits eingangs erwähnten Pressemitteilung Ende Oktober 2025 verkündete das Verteidigungsministerium die Ergebnisse einer Prüfung der Liegenschaften, die faktisch eine Rückabwicklung zahlreicher Stilllegungen bedeuten: „Der in den frühen 1990er Jahren begonnene und in den 2010er Jahren nach Aussetzung der Wehrpflicht fortgesetzte Prozess der Konversion von Liegenschaften der Bundeswehr wird mit diesem Moratorium also angehalten: Aktuell betrifft das zunächst 187 ehemalige militärische Liegenschaften, die sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) befinden. Diese sind grundsätzlich für eine Nutzung durch die Bundeswehr geeignet. Betroffen sind außerdem weitere 13 Liegenschaften, die die Bundeswehr noch betreibt. Entgegen früherer Entscheidungen werden diese nicht aus der Nutzung genommen."[14] Die Flächen würden einer „strategischen Liegenschaftsreserve der Bundeswehr" zugeführt, um im „Bedarfsfall kurzfristige Lösungen für die Infrastrukturbedarfe der Bundeswehr" zu ermöglichen, so das Verteidigungsministerium weiter.

Auf Nachfrage des Journalisten Thomas Wiegold antwortete das Verteidigungsministerium, eine Liste, um welche konkreten Liegenschaften es sich handelt, werde vorerst zumindest nicht veröffentlicht.[15] Eingeräumt wurde lediglich, unter den 13 Liegenschaften, die nun doch nicht abgewickelt werden sollen, befänden sich der ehemalige Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck und Teile des stillgelegten Flughafens Tegel in Berlin. Kurz darauf veröffentlichte die ARD aber eine vollständige Liste sowohl der 187 stillgelegten als auch der 13 für den Weiterbetrieb auserkorenen Liegenschaften.[16]

Im Verteidigungsministerium scheint man sich dabei völlig darüber im Klaren zu sein, dass die Entscheidung beileibe nicht in allen Kommunen Begeisterungsstürme auslösen dürfte. So bemühte sich der für Infrastruktur zuständige Staatssekretär Nils Hilmer sichtlich, die Wogen zu glätten: „Wir sind uns der Tragweite der Entscheidung sehr bewusst und wissen, dass in vielen Fällen bereits Planungen bestehen, betroffene Flächen zivil zu nutzen. Es ist uns deshalb sehr wichtig, in einem Dialog mit Ländern und Kommunen gute Wege zu finden, um die notwendigen Planungen der Bundeswehr im gemeinsamen Interesse umzusetzen. Wo immer dies möglich ist, werden wir versuchen, auch bestehende zivile Planungen zu berücksichtigen."[17] Doch schon aus der Wortwahl wird hier deutlich, dass die Bundeswehr kommunale Belange lediglich „wo immer es ihr möglich erscheint" berücksichtigen wird, diese im Zweifelsfall also keine Rolle spielen dürften.

Bundeswehr statt Wohnungsbau

Durch ein Versehen stellte die ARD zuerst die Liste der Liegenschaften einschließlich geschwärzter aber entzifferbarer Adressen ins Internet, was insbesondere bei abgelegenen Standortübungsplätzen irgendwo in der Fläche hilfreich zur Lokalisierung ist. In der nun im Internet auffindbaren Variante sind diese Adressen nicht mehr enthalten, doch auch aus ihr lassen sich „interessante" Schlüsse

Grenze kommunaler Selbstbestimmung. Foto: Freddy2001, CC-BY-SA 4.0, über wikimedia.

ziehen. Dies gilt insbesondere für die Standorte in städtischen oder stadtnahen Gebieten, meist ehemalige Kasernen, in denen Planungen für eine zivile Nutzung bereits weit fortgeschritten sind. Um nur einige Beispiele zu nennen: In Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis) ist ein Wohngebiet für bis zu 1.800 Menschen in Planung, dieselbe Zahl wurde auch für Ellwangen (Ostalbkreis) angepeilt, was sich aber erledigt haben dürfte, nachdem sich beide Standorte auf der „Liegenschaftsliste" des Verteidigungsministeriums finden.[18]

Auch das früher von der US-Armee genutzte und dann an die BImA übergebene Patrick-Henry-Village (PHV) in Heidelberg ist aufgeführt, für das große Pläne mit Wohnraum für rund 10.000 Menschen existieren, die ebenfalls drohen, sich in Nichts aufzulösen. Schon vor dem Bekanntwerden der jetzigen Pläne wurde berichtet: „Die Stadt Heidelberg will das ungefähr 100 Hektar große Patrick-Henry-Village (PHV) zu einem neuen Stadtteil entwickeln und dafür das Gelände am westlichen Stadtrand kaufen. Doch die Verhandlungen mit der für Immobilien des Bundes zuständigen Bundesanstalt BImA stocken, denn die Bundeswehr ist mit im Spiel. […] Die Entwicklung des früheren US-Areals ist seit Jahren intensiv in der Planung und Diskussion in Heidelberg."[19] Inzwischen wurde der Stadt auch offiziell mitgeteilt, dass sie die Nutzungspläne auf Eis zu legen habe: „Das Bundesverteidigungsministerium habe die Stadt Heidelberg darüber informiert, dass das Patrick-Henry-Village (PHV) zu den Liegenschaften zählt, die grundsätzlich für eine mögliche künftige Nutzung durch die Bundeswehr geeignet seien. Das hat ein Sprecher der Stadt mitgeteilt. Daher sei die Umwandlung in eine zivile Nachnutzung zunächst ausgesetzt."[20]

Ebenfalls problematisch stellt sich die Lage in Kiel dar, wo die Stadt Ende 2020 für 30 Mio. Euro das Areal des einstigen Marinefliegergeschwaders 5 (MFG5) in Holtenau erwarb, das ebenfalls auf der Liegenschaftsliste gelandet ist. Geplant war ein riesiges Städtebauprojekt mit u.a. 2.250 Wohnungen, aus dem wohl jetzt nichts wird. Schon im Sommer wurde berichtet: „Als die Stadt 2020 das Gelände gekauft hat, wurde ein Passus zur Rückabwicklung in den Vertrag aufgenommen. Dieser Passus greift, wenn politische oder militärische Gründe für einen Rückkauf vorliegen. […] Die Bundeswehr hat der Stadt signalisiert, dass sie dringenden Bedarf für die militärische Nutzung des gesamten Geländes hat."[21]

Proteste

Viel Handlungsspielraum haben die Kommunen nicht, sich den Begehrlichkeiten der Bundeswehr zu widersetzen, wie der Kieler Fall zeigt: „Auch ohne die Ratsversammlung könnte der Bund das MFG-5-Gelände der Bundeswehr durch Enteignung beschaffen, da bei Landesverteidigung ein übergeordnetes Gemeinwohlinteresse besteht."[22]

Andererseits sind solche Enteignungen gegen lokalen Widerstand langwierig. Ganz so geräuschlos, wie sich die Bundeswehr das erhofft, dürfte die Rückabwicklung der Liegenschaften allerdings nicht ablaufen. In Kiel etwa rief das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum" schon am 18. Oktober 2025 zu Protesten auf, an denen sich 200 Menschen beteiligten. Dort wurde der geplante Verkauf scharf kritisiert: „Der Anteil von bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen geht nach den Beschlüssen des Rats weit über das Maß der sonstigen Kieler Neubaugebiete hinaus. […] Doch jetzt kommt die Bundesmarine und sagt: Aus die Maus, wir brauchen das Gelände, denn in wenigen Jahren steht der Russe vor der Tür. Über diese Gefahrenanalyse kann man trefflich streiten. Doch, dass Kiel dringend mehr bezahlbaren Wohnraum braucht, ist unstrittig. […] Wir brauchen dringend eine Zeitenwende für bezahlbaren Wohnraum! Auch in Holtenau Ost! Daher keinen Verkauf an die Bundeswehr!"[23]

Anmerkungen

1 Moratorium für die Konversion von Liegenschaften, bmvg.de, 28.10.2025.
2 Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland Bundesministerium der Verteidigung, Oktober 2011.
3 Kleiß, Alexander: Konversion rückwärts: Wiederaufrüstung in Baden-Württemberg, IMI-Studie 2018/03.

4 Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode.

5 Eine wachsende Bundeswehr braucht Platz, BMVg, Pressemitteilung, 15.01.2019. Konkret war die Rede von Altheim, Hardheim, Huchenfeld (Baden-Württemberg), Lorup (Niedersachsen), Königswinter (Nordrhein-Westfalen), Kriegsfeld (Rheinland-Pfalz), Bargum und Ladelund (Schleswig-Holstein).

6 Tagesbefehl des Generalinspekteurs: Änderungen in der Grobstruktur, bmvg.de, 5.2.2021.

7 Wohin mit neuen Soldaten? tagesschau.de, 23.4.2025.

8 Infrastrukturbericht der Bundeswehr 2024, Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2025.

9 Bundeswehr-Infrastruktur: 40.000 Betten bis 2031 benötigt, defence-network.com, 9.10.2025.

10 Als gesamter Investitionsbedarf wird angesetzt: „Um den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr erfüllen zu können, [ist] der Substanz- und Funktionserhalt vorhandener Anlagen und Einrichtungen erforderlich. Hieraus resultiert bereits ein dokumentierter und prognostizierter infrastruktureller Handlungsbedarf von rund 24 Mrd. EUR. Der Gesamtinvestitionsbedarf für militärische Infrastruktur wird sich bis in die 2040er Jahre auf über 67 Mrd. EUR belaufen.“ (Infrastrukturbericht der Bundeswehr 2024, Bundesministerium der Verteidigung, Mai 2025)

11 Siehe Seifert, Andreas: Die Crux vom Bürokratieabbau in der Beschaffung, in: AUSDRUCK (September 2025).

12 So Philip Steeg, Investigativ-Rechercheur bei Greenpeace Deutschland, zitiert bei Hochgesand, Sonja: Klima- und Umweltschutzaspekte im Bundeswehr Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwPBBG), Greenpeace Greenwire, 14.9.2025.

13 40.000 Unterbringungsplätze für Rekrutinnen und Rekruten bis 2031 geplant, bmvg.de, 7.10.2025.

14 Moratorium für die Konversion von Liegenschaften, bmvg.de, 28.10.2025.

15 Wiegold, Thomas: Kasernen zurück in die Truppe – Update: Die ARD hat die Liste, Augengeradeaus, 28.10.2025.

16 Was die Bundeswehr nun doch behalten will, tagesschau.de, 28.10.2025.

17 Moratorium für die Konversion von Liegenschaften, bmvg.de, 28.10.2025.

18 Bundeswehr-Comeback an vielen Standorten in BW? Diese 26 Areale sind betroffen, SWR, 28.10.2025.

19 Bundeswehr bestätigt Prüfung der früheren US-Kaserne Patrick-Henry-Village in Heidelberg als Standort, tagesschau.de, 6.10.2025.

20 Bundeswehr-Comeback an vielen Standorten in BW? Diese 26 Areale sind betroffen, SWR, 28.10.2025.

21 Bundeswehr will MFG-5-Gelände in Kiel zurückkaufen: Was wir wissen – und was nicht, Kieler Nachrichten, 15.7.2025.

22 Widerstand gegen Pläne der Bundeswehr für MFG-5-Gelände: „Lassen das nicht mit uns machen, Kieler Nachrichten, 18.10.2025.

23 So Andreas Meyer für das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ auf der Demonstration am 18.10.2025. MFG5 Demo am 18.10.25, https://bezahlbar-wohnen.org, 20.10.2025.

Zivile Wohnprojekte – Pistorius‘ Aufforderung zum Protest!

Nicht nur Wohnungsbauprojekte, auch Windparks und Photovoltaikanlagen sind von der Rückabwicklung der Liegenschaften betroffen. Bei pv-magazine.de (5.11.2025) ist dazu zu lesen: „Für Vorhaben, die sich derzeit in Planung befinden, besteht indessen das Risiko, dass sie nicht mehr umgesetzt werden dürfen. […] Die betroffenen Flächen befinden sich derzeit weiterhin in der Verwaltung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Diese teilte der Redaktion mit, dass auf den 200 Liegenschaften bereits drei Photovoltaikanlagen errichtet wurden und sich derzeit eine weitere Freiflächenanlage auf einer der Liegenschaften in Planung befindet.“

Auch vor Naturschutzgebieten macht die aktuelle Entwicklung nicht Halt, etwa vor dem 200 Hektar großen Hermeskeil im Hunsrück, wie der SWR (29.10.2025) berichtet. In dem Beitrag finden sich auch weitere Wohnungsbauprojekte, die nun zumindest vorläufig gestoppt werden mussten. So hätte auf dem Gelände der Kurpfalz-Kaserne in Speyer ein neues Baugebiet entstehen sollen. Auch das Konversionsvorhaben für die Straßburg-Kaserne in Idar-Oberstein liegt ebenso auf Eis, wie der geplante Bau von 300 Wohnungen in Paderborn. In Düsseldorf ist die zivile Nutzung der „Bergischen Kaserne“ gefährdet, wo über 1.000 neue Wohnungen hätten entstehen sollen. Und in Bielefeld sind auf dem Gelände der Rochdale-Kaserne 650 Wohneinheiten für 1.200 bis 1.500 Menschen geplant – der nun verordnete Planungsstopp habe die Kommune „kalt erwischt“ wird Claudia Koch von der Stadt Bielefeld bei zdf.de (9.11.2025) zitiert.

Interessant ist dabei die Aussage von Verteidigungsminister Boris Pistorius, man wolle sich nur dort breit machen, wo man als Bundeswehr auch erwünscht sei – ein klarere Aufforderung, durch Proteste die zivilen Bauvorhaben zu retten, kann es eigentlich kaum geben: „Es geht also nicht darum, all das rückabzuwickeln, was wir den Ländern und Kommunen bereits in Aussicht gestellt haben. Wohl aber um eine gemeinsame und genaue Einzelfallprüfung, welche Liegenschaften wie genutzt werden können. Und auch: Wo Länder und Kommunen ein Interesse daran haben, die Bundeswehr zurück in die Region zu holen.“

Die NATO in der Arktis

Eine „Friedensbotschaft“ von Admiral Giuseppe Cavo Dragone

von Ben Müller

In der isländischen Hauptstadt Reykjavík wird jedes Jahr im Oktober die „Arctic Circle Assembly“ ausgerichtet, die größte jährlich stattfindende internationale Konferenz zur Arktis. Seit 2022 ist auch regelmäßig der höchste militärische Vertreter der NATO als Redner zu Gast, der diese Gelegenheit traditionell nutzt, um von einer wachsenden Bedrohung durch Russland und China zu sprechen.

Der italienische Admiral Giuseppe Cavo Dragone, der seit Januar den Vorsitz im NATO-Militärausschuss belegt, hatte 2025 seinen ersten Auftritt in diesem Rahmen. Die Videoaufzeichnung[1] seines Vortrags zeigt, wie er seine Rede pflichtbewusst vorliest und in der anschließenden Diskussion allen gestellten Fragen elegant ausweicht. Aber wenn er einen Witz einstreuen kann, dann lebt er sichtlich auf.

„Militarisierung“ machen die anderen

Seine Rede beginnt mit schmeichelnden Worten für die unscheinbare Schönheit der Arktis, die durch den wachsenden Einfluss von Macht und Wirtschaft bedroht wird, und sie endet mit einem Appell für umsichtiges Handeln und Zusammenarbeit. Die Arktis befinde sich an einem Scheideweg, ob sie sich in Richtung Wettstreit und Ausbeutung entwickle, wofür Dragone auch die Bezeichnung „Sahara scramble“ verwendet, oder ob es zu internationaler Kooperation mit Sicherheit und Nachhaltigkeit komme.

Russland und China sind laut Dragone die Bedrohung, wobei Russland das Territorium und das Militär bereitstelle, während China mit seinem umfassenden Ehrgeiz für Kapital und Technologie sorge. Ihr gemeinsames Ziel sei es, die allgemeinen Regeln für Zugang und Einfluss zu ihren Gunsten zu verändern und die Rolle des internationalen Rechts zu schwächen. Die NATO stehe dagegen für Freiheit, Demokratie und Sicherheit und verteidige die Freiheit der Schifffahrt und das Recht auf freie Zugänge.

Bereits hier stellt sich die Frage, ob die NATO damit zum Beispiel auch freien Zugang zu den Erdgasvorkommen auf der zu Russland gehörenden Halbinsel Jamal beansprucht. Mit dem Vorwurf, das internationale Recht zu schwächen, meint Dragone wahrscheinlich unterschiedliche Interpretationen des UN-Seerechtsübereinkommens durch Russland (und NATO-Mitglied Kanada) einerseits und die meisten anderen NATO-Staaten andererseits.[2] Den Vorwurf könnte man aber zum Beispiel auch an das NATO-Mitglied USA richten, das das Seerechtsübereinkommen bis heute nicht ratifiziert hat.

In seiner Rede erwähnt Dragone auch die Menschen, die in der Arktis leben und für die die Arktis seit Jahrtausenden Heimat ist. Ihnen solle aufmerksam zugehört werden, um ihre Lebensgrundlage und ihre Gemeinschaften zu bewahren. Dabei sagt er aber zum Beispiel nichts über die Haltung der NATO zur Bevölkerung von Grönland, die aktuell mit Annexionsdrohungen aus den USA konfrontiert ist. In der Arktis leben rund vier Millionen Menschen. Etwa die Hälfte davon befindet sich auf dem Gebiet der Russischen Föderation. Möchte Admiral Dragone ihnen auch zuhören?

Am deutlichsten wird Dragone, wenn er die Mission der NATO beschreibt: Die NATO will „andere von einer Militarisierung abhalten“. Dafür müsse die NATO Präsenz und Stärke aufbauen und sich an den Kampf unter arktischen Bedingungen gewöhnen. Er erwähnt auch konkrete Maßnahmen wie die Übung „Joint Viking“ im März 2025 mit 10.000 Soldaten aus neun Ländern oder die Eröffnung des neuen „Combined Air Operations Center“ im norwegischen Bodø. Aber er bezeichnet das nicht als „Militarisierung“. Nur Russland betreibe „Militarisierung“, indem es unter anderem arktische Militärbasen aus Sowjetzeiten wieder in Betrieb nimmt, Raketen und Radarsysteme aufbaut und seine Nordflotte mit Atom-U-Booten in der Arktis stationiert.

Neue NATO-Strukturen in der Arktis

Nach dem Ende des Kalten Kriegs spielte die Arktis im NATO-Bündnis für längere Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Aber spätestens 2018 bekam die Region durch das NATO-Großmanöver „Trident Juncture“ und durch die Einrichtung einer neuen Kommandozentrale in Norfolk (Virginia) wieder stärkere Bedeutung für das Bündnis. Das „Joint Force Command“ Norfolk erfüllt dabei die

gleichen Aufgaben wie die Kommandozentralen in Brunssum (Niederlande) und Neapel (Italien), konzentriert sich aber geographisch auf die Transport- und Kommunikationswege im Nordatlantik und wird auch für die nordeuropäischen Länder Norwegen, Schweden und Finnland zuständig sein.

Nach dem Beitritt von Finnland und Schweden zur NATO-Allianz entstehen im Norden weitere Bündnis-Strukturen. Admiral Dragone hat bereits das „Combined Air Operations Center“ (CAOC) erwähnt, das vorläufig in Bodø eingerichtet wurde und später zum Sitz des norwegischen Oberkommandos in Raitan umziehen soll.[3] Wie die beiden anderen CAOC in Uedem (Deutschland) und Torrejón (Spanien) soll es die NATO-Luftoperationen in seinem Bereich koordinieren und befehligen. Mit dem „Multi-Corps Land Component Command Northwest“ (MCLCC-NW) wurde im finnischen Mikkeli ein ähnliches Kommandozentrum für die nordeuropäischen Landstreitkräfte errichtet.[4] In Enköping (Schweden) soll außerdem ein Hauptquartier für die NATO-Logistik in der Region entstehen: das „Joint Logistics Support Group Headquarters“ (JLSG HQ).[5]

In Finnland wird außerdem eine NATO-Vorwärtspräsenz („Forward Land Forces“) aufgebaut, wie sie bereits in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien stationiert ist. Dem Bataillon (400-1200 Personen), dessen Kommando von Schweden geführt wird, sollen Soldaten aus Norwegen, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Island und Italien angehören.[6] Als Stationierungsorte sind Rovaniemi und Sodankylä im finnischen Lappland vorgesehen. Gegebenenfalls soll es auf Brigade-Stärke (bis 5000 Personen) erweitert werden.

Auch mit Militärübungen ist die NATO immer stärker im Hohen Norden präsent. Geübt wird unter anderem der Umgang mit extremer Kälte und unwirtlicher Landschaft sowie der Transport von Personen und Militärmaterial an die norwegische Küste und von dort weiter in Richtung russischer Grenze. Auch auf See finden regelmäßig NATO-Übungen statt, zum Beispiel die Manöver „Formidable Shield“ und „Dynamic Mongoose“.

„We can achieve or defend peace only if we are strong“

Für Admiral Dragone stellt dieser Ausbau der NATO im Hohen Norden aber keine Militarisierung dar. Anscheinend sind es für ihn lediglich Maßnahmen, die der Stabilität und Sicherheit dienen und vielleicht sogar internationale Kooperation ermöglichen. Wenn es der NATO aber wirklich um internationale Kooperation und Sicherheit ginge, dann müsste sie sich unter anderem dringend für multilaterale Rüstungskontrolle einsetzen. Das letzte Rüstungskontroll-Abkommen „New START“ zwischen den USA und Russland, das die Anzahl von atomaren Sprengköpfen und Trägersystemen begrenzt, läuft im Februar 2026 aus. Danach gibt es kein Abkommen mehr, das ein unkontrolliertes Wettrüsten verhindern könnte.

Es ist schön, wenn Dragone sagt, in der Arktis solle das internationale Recht regieren und nicht das Recht des Stärksten. Aber leider meint er diese Aussage nicht so. Vielmehr meint er: In der Arktis muss die NATO am stärksten werden, damit sie ihr Recht durchsetzen kann, weil nur ihr Recht das richtige ist. Deswegen möchte er die Stärke und Präsenz der NATO in der Arktis ausbauen. Und deswegen sagt er in der Diskussion: „Nur wenn wir stark sind, können wir Frieden erreichen oder verteidigen.“ So entschlüsselt wird seine oberflächlich als „Friedensbotschaft“ erscheinende Rede aber zu einer Kampfansage. Und internationale Kooperation in der Arktis wird dadurch leider noch schwieriger.

Anmerkungen

1 Arctic Circle: NATO in the Arctic, 22.10.2025 youtube.com.
2 Vgl. Ben Müller: Streit um die nördlichen Passagen, 20.3.2023 imi-online.de.
3 Hilde-Gunn Bye: Norway's Minister of Defense: The Establishment of the NATO Air Operations Centre Is on Track,18.8.2025 highnorthnews.com.
4 Clemens Speer: NATO eröffnet neues Hauptquartier in Finnland, 4.10.2025 suv.report.
5 NATO to establish logistics headquarters in Sweden, 21.8.2025 government.se.
6 Sweden welcomes Italy’s participation in NATO’s Forward Land Forces in Finland, 24.10.2025 government.se.

Europas Rüstungsfahrplan 2030

Kommission legt neues Papier mit konkreten Zielvorgaben vor

von Özlem Demirel und Jürgen Wagner

Der offizielle Name einer am 16. Oktober 2025 vorgelegten Mitteilung von EU-Kommission und EU-Außenbeauftragter lautet „Frieden sichern: Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030“. Ungeschminkt und deutlich treffender schrieb das Internetportal Politico von einem „Fahrplan für den Krieg“. Das Dokument enthält einen Mix aus neuen Initiativen, neuen bzw. erhöhten Zielvorgaben und einem Fahrplan zur Umsetzung des Maßnahmenpaketes, das Anfang März von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Plan zur „Wiederaufrüstung Europas“ (ReArm Europe“) präsentiert und kurz darauf ins Weißbuch zur europäischen Verteidigung übernommen wurde: „Mit diesem Fahrplan werden das Weißbuch und die vom Europäischen Rat vorgegebenen Leitlinien in klaren Etappenzielen und Zielen mit festen Terminen für die vorzulegenden Ergebnisse und in Indikatoren zur Beobachtung der Fortschritte konkretisiert.“

Die dabei verfolgte ambitionierte Agenda wird mit folgenden Worten zusammengefasst: „Europa braucht bis 2030 ein ausreichend starkes europäisches Verteidigungsdispositiv, um seine Gegner glaubwürdig abzuschrecken und auf jegliche Aggression zu reagieren. Europa muss jetzt handeln, damit es ‚bereit für 2030‘ werden kann. […] Die Verteidigungsbereitschaft setzt die Entwicklung und den Erwerb der Fähigkeiten voraus, die für die moderne Kriegsführung erforderlich sind. Es muss also sichergestellt werden, dass Europa über eine industrielle Basis im Verteidigungssektor verfügt, die ihm einen strategischen Vorteil und die erforderliche Unabhängigkeit verschafft. Und es bedeutet, sowohl zu modernsten Innovationen als auch zur schnellen Massenproduktion in kritischen Zeiten fähig zu sein.“

Rüstungsflaggschiffe

Als zumindest zum Teil neue Elemente werden im EU-Rüstungsfahrplan vier Flaggschiffprojekte präsentiert: eine Europäische Drohnenabwehrinitiative, Eastern Flank Watch, European Air Shield und European Space Shield.

Allerdings sind die Informationen, was sich hinter diesen Begrifflichkeiten verbirgt, mehr als spärlich. Am ehesten lässt sich zur Drohnenabwehrinitiative etwas finden, die wohl sehr bewusst eine neue Bezeichnung erhalten hat. Denn beim „Drohnenwall“, der von interessierten Kreisen – namentlich vor allem Unternehmen wie Helsing und Quantum – bereits seit einer Weile forciert wird, geht es darum, bis zu 100.000 Drohnen an den russischen Grenzen zu stationieren. Nun scheint es darüber hinaus aber um ein System zu gehen, das in allen Mitgliedsstaaten zur Anwendung kommen soll. Weshalb allerdings dieses anscheinend für Abwehrzwecke gedachte System dann „Fähigkeiten zum Treffen von Bodenzielen durch die Nutzung von Drohnentechnologie für Präzisionsschläge“ umfassen soll, bleibt wohl das Geheimnis der Verfasser:innen des Rüstungsfahrplans.

Außerdem scheint nicht nur eine Nutzung gegen vermeintliche oder tatsächliche russische Übergriffe oder Ziele vorgesehen, unter anderem auch die Migrationsbekämpfung hat man dabei augenscheinlich im Blick: „Das Netzwerk für die Drohnenabwehr wird sich auch zivil-militärisch nutzen und an doppelte Verwendungszwecke anpassen lassen und es wird auch zur Abwehr nicht verteidigungsbezogener Bedrohungen oder anderer Gefahren, die an allen EU-Grenzen auftreten, beitragen. Dazu gehören der Grenzschutz, der Einsatz von Migration als Waffe, der Schutz kritischer Infrastrukturen und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.“

Deutlich weniger ergiebig sind die Passagen zur Eastern Flank Watch, bei der es scheinbar um die Aufrüstung der osteuropäischen Länder gehen soll – und zwar auch und gerade gegen sogenannte „hybride Operationen“, die eigentlich unterhalb der Kriegsschwelle liegen (explizit genannt wird zum Beispiel die russische Schattenflotte). Beim European Air Shield handelt es sich um den Aufbau einer Luft- und Raketenabwehr; inwiefern es sich dabei aber um eine bloße Umbenennung oder Weiterentwicklung der European Sky Shield Initiative (ESSI) oder um etwas komplett Neues handelt, bleibt offen. Ähnlich verhält es sich mit dem European Space Shield, von dem auch kaum etwas Handfestes im Papier steht.

Kapazitätskonsortien

Im Gegensatz zu den Flaggschiffprojekten sind andere Teile des Rüstungsfahrplans deutlich konkreter. Schon in ihrer Industriestrategie EDIS beklagte die Kommission im März 2024, lediglich 22 Prozent der beschafften Rüstungsgüter würden aus „einheimischer" Produktion stammen. Aus diesem Grund wurde das Ziel ausgegeben, diesen Wert bis 2030 auf 50 Prozent zu steigern. Der Rüstungsfahrplan geht nun noch einmal darüber hinaus und peilt bis 2030 den Wert von 55 Prozent an. Ferner werden aktuell unter 20 Prozent der Beschaffungen von mehreren EU-Ländern im Verbund getätigt – bis Ende 2027 sollen es laut Rüstungsfahrplan 40 Prozent sein (im Weißbuch war noch die Rede von 35 Prozent).

Die Auflage länderübergreifender europäischer Beschaffungsprojekte gilt als entscheidender Schritt, um in Größenordnungen vorzustoßen, die eine Reduzierung der derzeitigen Abhängigkeit vom US-Markt ermöglichen können: „Die zunehmende Umstellung der Verteidigungsinvestitionen auf die gemeinsame Beschaffung wird ein Schlüsselfaktor für die Erreichung der Bereitschaft sein, da die Bündelung der Nachfrage und Skaleneffekte dazu beitragen werden, die Produktionskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie zu steigern und die Interoperabilität zu fördern. Die Bündelung der europäischen Nachfrage wird Kostensenkungen bewirken, da sie vermeidet, dass sich die Mitgliedstaaten gegenseitig überbieten, und deren Gesamtkaufkraft erhöht."

Die Bereiche, in denen solche Beschaffungsprojekte künftig bevorzugt aufgelegt werden sollen, listet der Rüstungsfahrplan 2030 ebenfalls auf. Dabei übernimmt er einmal die bereits im Weißbuch enthaltenen Prioritäten: 1. Luft- und Raketenabwehr; 2. Artilleriesysteme; 3. Munition und Flugkörper; 4. Drohnen und Drohnenabwehrsysteme; 5. Militärische Mobilität; 6. KI, Quanteninformatik, Cyber- und elektronische Kriegsführung; 7. Strategische Enabler und Schutz kritischer Infrastruktur. Darüber hinaus werden aber mit „Marine" und „Landkampf" noch zwei weitere Bereiche hinzugefügt, mit denen dann wohl auch tatsächlich fast alles abgedeckt wäre.

Schließen sich EU-Länder für den Einkauf von Rüstungsgütern in diesen Bereichen zu „Kapazitätskonsortien" zusammen, ermöglicht ihnen dies, von neuen Fördertöpfen zu profitieren. Dazu gehört vor allem SAFE („Security and Action for Europe"), über das 150 Mrd. Euro zinsgünstige Kredite für länderübergreifende Rüstungseinkäufe vergeben werden. Zuletzt einigten sich Kommission, Rat und Parlament bei den Trilog-Verhandlungen am 16. Oktober 2025 außerdem auf das Rüstungsindustrieprogramm EDIP, mit dem unter anderem die Beschaffung europaweiter Rüstungsgüter direkt mit bezuschusst werden kann.

Laut Rüstungsfahrplan sollen im ersten Quartal 2026 für alle Prioritätsbereiche Kapazitätskonsortien aufgelegt worden sein. Gleichzeitig gilt es aber auch sicherzustellen, dass die EU-Unternehmen ihre Produktion hochfahren, um die steigende Nachfrage auch bedienen zu können. Vor allem über EDIP soll deshalb die Aus- oder Weiterbildung von Arbeitnehmer:innen für Tätigkeiten im Rüstungssektor finanziell unterstützt werden – der Rüstungsfahrplan gibt in diesem Zusammenhang das Ziel aus, bis Ende 2026 zusätzliche 200.000 und bis 2030 sogar 600.000 neue Beschäftigte dem Rüstungssektor zuführen zu können.

Finanzen

Das alles will sich die Kommission bzw. die Bevölkerungen einiges kosten lassen – lobend wird der Anstieg der Militärausgaben der EU-Mitglieder auf 392 Mrd. Euro in diesem Jahr erwähnt (von rund 200 Mrd. im Jahr 2020). Im selben Atemzug wird im Rüstungsfahrplan aber nachgeschoben, um das neue Ausgabenziel von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erreichen, seien weitere 288 Mrd. Euro erforderlich (bislang ging die Kommission in ihren Berechnungen von 50 Mrd. Euro weniger aus). Die Militärausgaben der Mitgliedsstaaten würden sich so auf 680 Mrd. Euro summieren, wozu noch weitere 1,5 Prozent des BIP für Militärausgaben im weiteren Sinne hinzukommen sollen, zusammen also rund 970 Mrd. Euro!

Die EU unterstützt die Mitgliedsstaaten vor allem dadurch, dass sie die Kreditaufnahme durch eine Aufweichung der Schuldenregeln und über zinsgünstige SAFE-Kredite erleichtert, die laut Rüstungsfahrplan bis zum dritten Quartal 2028 mindestens zur Hälfte ausgeschüttet sein sollen. Außerdem schlug die Kommission im Juli 2025 vor, die militärrelevanten Töpfe im nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2034 massiv zu erhöhen – allein 131 Mrd. Euro sollen für ein neues Instrument „Resilienz und Sicherheit, Verteidigung und Weltraum“ ausgelobt werden, weitere 17 Mrd. Euro für „Militärische Mobilität“. Diese Zahlen macht sich auch der Rüstungsfahrplan zu eigen, vergisst aber darüber hinaus nicht, extra zu betonen, dass es auch mit dem künftigen Forschungshaushalt (Horizon Europe), für den 175 Mrd. Euro vorgeschlagen werden, möglich sein soll, „Maßnahmen mit doppeltem Verwendungszweck“ zu fördern.

Fazit

Als Begründung für diesen enormen Rüstungsschub wird auch im Fahrplan 2030 auf Russland verwiesen, das allerdings bereits heute den EU-Staaten bei allen Großwaffensystemen deutlich unterlegen ist. Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass es der Europäischen Union generell darum geht, sich in den nicht nur mit Russland, sondern auch mit China und inzwischen zunehmend auch den USA immer weiter verschärfenden Großmachtkonflikten militärisch in Stellung zu bringen. Die Aussagen der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas bei der Vorstellung des Fahrplans 2030 deuten jedenfalls in diese Richtung: „Unsere Streitkräfte müssen in der Lage sein, jede Krise zu antizipieren, sich darauf vorzubereiten und darauf zu reagieren. Hier gibt es große Chancen, nicht zuletzt für die europäische Verteidigungsindustrie, sondern auch für die europäischen Länder, die wir ermutigen, gemeinsam an Projekten zu arbeiten, die dem gemeinsamen Interesse dienen. Es ist höchste Zeit, die wirtschaftliche Macht Europas rasch in militärische Stärke umzuwandeln.“

Rechts und Vorseite: Vorstellung des Rüstungsfahrplans 2030.
Quelle: Europäische Union, 2025

Stop ReArm Europe: Offener Brief

Die Stop-ReArm Kampagne, an der sich die IMI beteiligt, hat einen offenen Brief mit dem Titel **„Move the money from war to peace!“** formuliert, der an Parlamentarier:innen des Europaparlaments gesendet werden soll. In dem offenen Brief werden die EU-Parlamentarier:innen aufgefordert, Subventionen für die Rüstungsindustrie zugunsten von Diplomatie und Konfliktprävention umzuleiten. Ferner werden sie aufgefordert, das Omnibus-Paket für Verteidigung abzulehnen, mit dem „Hürden“ für die Rüstungsindustrie abgebaut werden sollen. Und außerdem soll dem Kommissionsvorschlag für den nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2034 eine Absage erteilt werden, der u.a. etwa eine Verzehnfachung der Militärbudgets vorsieht. Zur Begründung heißt es in dem offenen Brief u.a.:

„Die Geschichte der europäischen Integration macht sie besonders anfällig für unzulässige Einflussnahme durch Unternehmensinteressen, wie dies zahlreiche Berichte belegen, und die Rüstungspolitik bildet dabei keine Ausnahme – ganz im Gegenteil.

Die diskrete, aber einflussreiche Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie spielte eine entscheidende Rolle bei der Verabschiedung der ersten EU-Subventionen vor zehn Jahren, und ihr Einfluss auf die europäische Militär- und Zivilpolitik hat seitdem weiter zugenommen. […] Infolgedessen läuft der sogenannte „Verteidigungsbereitschaftsplan” für eine vermeintliche europäische Autonomie letztlich darauf hinaus, große, oft internationale Militärunternehmen zu subventionieren, die Produktion anzukurbeln und den Waffenverkauf, einschließlich der Exporte außerhalb Europas, zu steigern. […]

Insgesamt ist der Plan ‚ReArm Europe‘ vom März 2025 zusammen mit allen früheren und späteren damit verbundenen Maßnahmen zum Scheitern verurteilt, da er im Wesentlichen die Unsicherheit in Europa und weltweit verstärken, das globale Wettrüsten anheizen – was wiederum bewaffnete Konflikte schürt – und den Klimawandel und die Umweltschäden verschärfen wird, angesichts des CO2-Fußabdrucks und der Umweltbelastung durch das Militär.“

STOP ReArm Europe
welfare, not warfare

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben
von und bezogen über:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de

IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Marburg), Yasmina Dahm (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Rosenheim), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen), Karina Wasitschek (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Reza Schwarz ist Mitarbeiterin im IMI Büro und hat als Heilerzieherin gearbeitet; Margot Mehlis ist Sozialwissenschaftlerin und antimilitaristische Aktivistin; Sophie Schnegg ist Aktivist*in im provisorischen anarchistischen Antikriegsrat Berlin; Robin Welsch studierte Kultur- und Sozialwissenschaften und setzt sich ein gegen Kapitalismus, Militarisierung und gegen Rechts; Victoria Kropp ist IMI-Beirätin und im BSV aktiv; Jutta Weber ist Medienwissenschaftlerin und Professorin an der Universität Paderborn; Marcus Schwarzbach ist Berater für Betriebsräte und Autor von „Work around the clock?“ (Papyrossa Verlag); Marius Pletsch ist DFG-VK Bundessprecher und IMI-Beirat; Franz Enders ist bei Rheinmetall entwaffnen aktiv; Der Beitrag von Jonathan Jokisch entstand im Rahmen eines IMI-Praktikums; Özlem Demirel ist MdEP.

Texthinweise:

Franz Enders, Drohnenwälle erschien zunächst bei nd-online.de, 22.10.2025; Jürgen Wagner, Das Ende der Konversion erschien zunächst bei Telepolis, 29.10.2025.

Bildhinweise:

S. 51, Drohnengrafik eigene Arbeit unter Verwendung der HX-2-Drohne von Helsing; S. 67, Foto von Boris Pistorius in den USA, Quelle DoD; S. 69, Foto von Cavo Dragone in Kiew, Urheber: Präsidialbüro der Ukraine.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

IMI-Mitglied werden!

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. ist unabhängig - damit sie es bleibt, brauchen wir Ihre/Eure Unterstützung! Wie das geht, zeigen wir auf unserer Webseite.

NEU von IMI Autoren

Die Broschüre kann per E-Mail unter bestellungen@oezlem-demirel.de gratis angefordert werden.

VERNETZTE WAFFENSCHMIEDEN

Eine Webseite erstellt im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung: ein aktualisierter Überblick über die deutsche Rüstungsindustrie und damit ein Einstieg in eine informierte Debatte.

www.rosalux.de/vernetzte-waffenschmieden

BETRIEB ENTRÜSTEN